

die Landwirtschaft, die auch schon seit eh und je selbstverständlich in der Steiermark eine besondere Note gespielt hat. Gleich wie in der Landwirtschaft oder wie in den Zweigen des Bergbaues oder auch der Industrie hat sich nun auch in der letzten Zeit vor allem seit dem Jahre 1945, also nach dem zweiten Weltkrieg, auch die Situation in der Landwirtschaft entwickelt. Und wir wissen, daß gerade seit dieser Zeit, also dem Jahre 1945, die Mechanisierung, die Technisierung auf all diesen Gebieten einen besonderen Fortschritt erreicht hat, was natürlich auf der anderen Seite mit sich bringt, daß, wenn die Mechanisierung und die Automatisierung solche weite Sprünge und Schritte nach vorwärts machen, das selbstverständlich mit Freiwerden von Arbeitsplätzen in Verbindung gestellt werden muß. Wir haben das ja auch in der Landwirtschaft sehr deutlich verspürt. Und wenn wir nun vor einer sehr entscheidenden Situation in der Landwirtschaft stehen und vor allem schwierige Zeiten vor uns haben, die wir fest die Absicht haben, zu meistern und, wenn wir über diesen Fragenkomplex diskutieren und reden wollen, so muß man auch kurz zurückblenden.

Und ich darf in dem Zusammenhang sagen, Sie werden das ja alle wissen, meine Damen und Herren, daß es vor allem nach dem zweiten Weltkrieg die wesentlichste Aufgabe für die Landwirtschaft war, aus sich heraus den Tisch der Bevölkerung in unserem Steirerland zu decken. Erst um das Jahr 1951 hat ein nicht vorher zu erwartender dynamischer Anpassungs- und Umstellungsprozeß eingesetzt und ist bis zum heutigen Tage durchgedrungen.

Wir wissen, daß seit dem Jahre 1951 bis 1967 aus der Landwirtschaft insgesamt 345.000 Arbeitskräfte abgewandert sind. Und wir wissen auch, wenn wir diese Zahl vor uns haben, daß dieser Prozeß der Abwanderung aus der Landwirtschaft bei weitem noch nicht als abgeschlossen zu erklären ist. Wir erwarten auch, daß wir selbstverständlich uns zu einem erweiterten und weiterfolgenden Fluß dieser Dinge bekennen. Wenn 345.000 nun in dieser Zeitepoche aus der Landwirtschaft abgewandert sind, so macht das einen Prozentsatz von insgesamt 34 der damals Beschäftigten. Ja, nicht nur die Zahl der Arbeitskräfte ist laufend weniger geworden, sondern auch die Anzahl der Betriebe, wir reden ja immer wieder davon, daß es notwendig sein wird, daß wir die landwirtschaftlichen Betriebe aufstocken müssen und eine solche Aufstockung ist selbstverständlich nur dann möglich, wenn entsprechende Flächen frei werden. Sie sehen, daß es möglich war, eben 50.000 solcher landwirtschaftlicher Betriebe freizubekommen, deren Fläche im wesentlichen dazu gedient hat, um kleinere Betriebe entsprechend aufzustocken.

Nicht nur die Betriebe sind weniger geworden, sondern vor allem auch die landwirtschaftliche Nutzfläche direkt wird von Jahr zu Jahr geringer. Und zwar rechnet man damit, daß diese Fläche um ca. 5.000 ha jährlich weniger wird, ob das nun für den Straßenbau zur Verfügung gestellt wird, für den Wohnhausbau oder dergleichen. Wir von der Landwirtschaft begrü-

ßen es und wir bekennen uns auch zu diesem so wichtigen Problem.

Trotz dieses Rückganges der Arbeitskräfte und der landwirtschaftlichen Nutzfläche muß gesagt werden, daß auf der anderen Seite der Produktionswert der landwirtschaftlichen Güter in dieser Zeit sich von 25 Milliarden auf 30 Milliarden gesteigert hat. Also Sie sehen hier, daß die Landwirtschaft im Verlauf dieser letzten Jahrzehnte sich der Situation bewußt war oder auch auf der anderen Seite auf Grund der Möglichkeiten der Technisierung auch in der Lage war, den Produktionswert entsprechend anzuheben.

Trotz all dem, meine Damen und Herren, steht nach wie vor die Landwirtschaft vor einer schwierigen Situation deshalb, weil sie mit einer äußerst ungünstigen Agrarstruktur zu kämpfen hat. Wir wissen — und auch diese Zahlen werden immer wieder gesagt —, daß wir 65 Prozent landwirtschaftliche Betriebe in der Steiermark haben, die kleiner sind als 10 ha und 18 Prozent sind kleiner als 10 bis 20 ha, also 83 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe unter 20 ha. Wir wissen aber, daß von der EWG her die agrarischen Fachexperten immer wieder sagen und behaupten, daß sich ein landwirtschaftlicher Betrieb nur von 20—25 ha aufwärts in der künftigen Entwicklung in der europäischen Situation halten wird. Also hier stehen wir vor diesem Dilemma und müssen nach Möglichkeiten suchen, um den vielen kleinen bäuerlichen Betrieben auch noch eine Existenzmöglichkeit zu schaffen.

Und gerade die Kammer und die Agrarführung, an der Spitze Herr Landesrat Niederl bei uns in der Steiermark, waren emsig in der letzten Zeit bestrebt, vor allem der Spezialisierung immer wieder das Wort zu reden. Und nun schon seinerzeit, bevor man diesen Schritt zur Spezialisierung in der Landwirtschaft getan hat, hat man selbstverständlich aus logischen Gründen heraus das Bergland einerseits und das Flachland andererseits getrennt, weil man der Meinung war, daß naturbedingt das Vieh und die Milchwirtschaft nach Möglichkeit in die bergbäuerlichen Regionen verpflanzt werden müssen. Und die 44 Umstellungsgebiete, die wir in der Steiermark haben, zeugen auch davon, daß die Agrarführung emsig bestrebt war, eben diese Wirtschaftszweige oft in diese Gebiete zu verlegen. Gerade auch in letzter Zeit war ein wesentlicher Faktor für diese bergbäuerlichen Gebiete der, daß man dem Fremdenverkehr in diesen Regionen ganz besonderes Augenmerk entgegengebracht hat.

Ich meine, daß es auch in der Zukunft notwendig sein wird, um diese Bergbauernbetriebe zu halten, dem Fremdenverkehr in diesen Gebieten weiterhin volles Augenmerk zuzuwenden. Allerdings ergeben sich in dem Zusammenhang immer wieder auch Schwierigkeiten deshalb, weil wohl die Beherbergungsmöglichkeiten in den Bauernhöfen vorhanden sind, aber nicht immer besteht auch die Möglichkeit, die in diese Gegend kommenden Fremden auch entsprechend auszuspeisen, also ihnen das Mittagmahl zu verabreichen. Es wäre daher für die Zukunft zweckmäßig, leistungsfähigere Gasthöfe in diesen berg-

bäuerlichen Gebieten und die Privatinitiative der dort bereits ansässigen Gasthöfe derart zu fördern, daß diese Möglichkeit auch für die Zukunft gegeben ist. Vor allem wird es notwendig sein, Maßnahmen einzuleiten, damit unsere Bergbauerngebiete nicht entsiedelt werden. Ich könnte mir keinen künftigen Fremdenverkehr vorstellen, wenn es dort keine gepflegten Almen, Wiesen, also keine gepflegte Gegend mehr geben würde. Wenn dort eben die notwendigen Arbeitskräfte und die Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind zu leben, dann können wir uns bereits ausrechnen, daß in einiger Zeit schon diese Gegend verwildern würde und selbstverständlich der Fremde dann andere Gebiete und Regionen für seine Erholung in Anspruch nehmen würde.

Man sieht, daß man bemüht und bestrebt ist, hier in diesen bergbäuerlichen Regionen der Landwirtschaft auch die notwendige Möglichkeit zu geben.

Natürlich hat sich auch die ganze Spezialisierung in besonderem Maße in den Flachlandgebieten in der letzten Zeit ausgewirkt. Bevor man beratend an die landwirtschaftlichen Betriebsführer im einzelnen herantreten ist, hat man sich Gedanken darüber gemacht, wo habe ich die Möglichkeit zu spezialisieren.

Es konnte in den Jahren 1964 und 1965 auf Grund der Statistik und der vorhandenen Unterlagen die Feststellung getroffen werden, daß wir damals noch um ca. 1.5 Milliarden Schilling Mais, Gemüse, Obst und Tabak aus dem Ausland importieren mußten. Auf Grund dieser Situation war vor allem die Kammer in der letzten Zeit bestrebt, die Spezialisierung dahingehend voranzutreiben, diese noch offenen Importlücken zu stopfen. Sie wissen ja, daß sich gerade auf dem Sektor des Maisbaues in den verschiedenen Gebieten der Ost-, Süd- und Weststeiermark in den letzten Jahren sehr viel getan hat und Sie wissen auch, daß der steirische Obstbau seinen seinerzeit so guten Ruf in kurzer Zeit zurückgewonnen hat. Wir haben auf dem Sektor des Maisbaues und auch des Obstbaues noch weitere Ausweichmöglichkeiten. Wenn es uns in der nächsten Zeit gelingt, diese einzelnen Sparten nun noch ausweiten zu können, so geht das selbstverständlich auch auf das Konto der Milch- und zum Teil auch der Viehwirtschaft.

Wir könnten also in dem Zusammenhang zwei Fliegen auf einen Streich erschlagen, nämlich daß wir auf der einen Seite die noch offenen Importlücken stopfen und auf der anderen Seite den bis zum vorigen Jahr immer größer gewordenen Milchstrom zum Versiegen bringen. Apropos Milch: Sie wissen ja, daß gerade diese Maßnahmen unserer Agrarführung bereits soweit geführt haben, daß die Milchlieferung in letzter Zeit wiederum im Rückgang begriffen ist. Sie sehen also, daß die Kammer sowie die Agrarführung bemüht sind, hier dem um die Existenz kämpfenden Bauern am Berg und im Flachland eine entsprechende Lebensmöglichkeit für die Zukunft zu geben. Allerdings gibt es trotzdem immer noch die verschiedensten Schwierigkeiten, vor allem deshalb, weil es besonders in un-

seren Flachlandgebieten noch viele Betriebe gibt, die auf Grund ihrer schlechten geographischen Lage nicht in der Lage sind, sich der Spezialisierung auf diese oder jene Sparte hin unterzuordnen.

Es bleibt daher für diese kleinen und zum Teil auch mittelbäuerlichen Betriebe keine andere Möglichkeit, als zu einem Nebenerwerb zu schreiten. Dies Notwendigkeit betrifft vor allem die Gebiete im Bezirk Murau, in der ganzen Süd- und Oststeiermark, wo wir eine Vielzahl von kleinbäuerlichen Betrieben haben und auf der anderen Seite aber feststellen müssen, daß die Industrialisierung sehr, sehr schlecht und kaum vonstatten gegangen ist. Es wird unsere Aufgabe sein, und wir müssen hier immer wieder die Bitte an unsere führenden Leute heranzubringen, daß man uns in dieser Frage unterstützt und bemüht ist, entsprechende Industrien in diese Gebiete hin zu verlagern.

Wenn ich früher gesagt habe, daß diese kleinen landwirtschaftlichen Betriebe sich einen Nebenerwerb suchen müßten, so möchte ich das vielleicht so formulieren, daß ich sage, diese Kleinlandwirte müßten schon während ihrer Jugendzeit bemüht sein, einen Hauptberuf zu erlernen und könnten dann in der weiteren Folge die Landwirtschaft nur als Nebenerwerb betreiben.

Das sage ich vor allem deshalb, weil diese Nebenerwerbsbetriebe sich nicht zur Konkurrenz für den hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen herauskristallisieren sollten. Wir haben ja selbst in der letzten Zeit in den verschiedenen Bezirksstädten höhere Schulen eingerichtet und damit für die Landbevölkerung die Möglichkeit geschaffen, auch eine solche höhere Schule zu besuchen. Wir sagen das auch bei jeder Gelegenheit draußen bei den Versammlungen, wo wir in direktem Kontakt mit der bäuerlichen Bevölkerung stehen, daß sie auf Grund der Entwicklung nun entsprechend umlernen muß, daß die Zeit vorbei ist, sich nur immer wieder auf die Regierung verlassen zu wollen, sondern daß es notwendig sein wird, auch in der Landwirtschaft wie in allen anderen Betriebszweigen in erster Linie darauf zu achten, aus eigenem heraus zu versuchen, sich eine entsprechende Existenzgrundlage zu schaffen.

Ich meine, wenn es für die Zukunft möglich ist, daß sich vor allem die Besitzer von kleinbäuerlichen und auch Ackerbaubetrieben bis zu einem Flächenausmaß von 20 ha einen anderen Haupterwerb suchen und die Landwirtschaft nur nebenberuflich betreiben, daß dann für verschiedene Betriebe und verschiedene Gegenden auch der Lebensstandard für die bäuerliche Bevölkerung entsprechend gehoben werden kann.

Ein wesentlicher Faktor für die in der Landwirtschaft hauptberuflich Verbleibenden wird der sein, daß wir uns mehr denn je dem Marktgeschehen widmen, daß wir uns mit den Fragen der Marktforschung befassen, ja nicht nur das, sondern daß unsere Agrarmanager in der Zukunft ständig unterwegs sein müssen, nicht nur, um die heimischen Märkte zu beobachten, sondern auch hinausfahren in alle Gegenden, vor

allem in das Ausland nah und fern, um auch dort an Ort und Stelle zu erkunden, wie wird sich diese Situation oder auch der Geschmack des Kunden für die Zukunft entwickeln. Nur wenn wir das auch bei uns wissen und vor allem auch die Möglichkeit auf Grund dieser intensiven Marktforschung haben, im Vorhinein bereits zu wissen, welchen Geschmack seine Majestät der Konsument in der Zukunft haben wird, nur dann haben wir die Möglichkeit, uns entsprechend auf das künftige Marktgeschehen vorzubereiten.

Es wird notwendig sein, daß wir in der Landwirtschaft die Werbung entsprechend vorantreiben. Allerdings kann man die Werbung für ein landwirtschaftliches Produkt nicht mit der Werbung für industrielle Produkte vergleichen, weil es in der Landwirtschaft so ist, wenn ich für den Absatz von Butter werbe und der Butterkonsum steigen wird, so muß ich doch damit rechnen, daß unter Umständen der Konsum von Obst oder Fleischprodukten zurückgeht. Die Situation ist so, daß der Mensch nicht mehr als 2.500 Kalorien für sich in Anspruch nehmen kann und da ist es äußerst schwierig, dem einzelnen Konsumenten zu sagen, du mußt jetzt mehr essen und mehr Nahrungsmittel zu dir nehmen.

Sie sehen, daß hier der Werbung gewisse Grenzen gesetzt sind, aber trotz allem müssen wir diesen Fragen, sei es nun das Marktgeschehen oder die Werbung oder das Marketing, wie man es heute zu nennen pflegt, eine besondere Aufmerksamkeit entgegenbringen. Selbstverständlich ist es eine der wesentlichsten Voraussetzungen, daß wir nicht nur den Markt kennen, sondern jeder einzelne Betrieb muß in der Lage sein, die zentralen Handelsstellen auch tatsächlich erreichen zu können.

Da ist es notwendig, auch in der Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß die Wegverhältnisse noch weiterhin verbessert werden, es ist ja auf dem Sektor schon sehr vieles geschehen, ja sehr Entscheidendes geschehen, ja nicht nur das, es wird vor allem auch in der Zukunft für die Landwirtschaft notwendig sein, daß wir entsprechend den Verhältnissen auch an das Telefonnetz angeschlossen werden. Denn gerade in dem Zusammenhang haben wir immer wieder die größten Schwierigkeiten, weil es heute für einen entlegenen landwirtschaftlichen Betrieb oder auch gewerblichen Betrieb wegen der hohen Kosten nicht möglich ist, an das Telefonnetz angeschlossen zu werden.

Diese Frage hängt sehr eng auch mit den Fragen des Marktes zusammen und ich möchte in dem Zusammenhang ersuchen, daß wir alle gemeinsam auch diese spezielle Frage nie aus dem Auge verlieren. Eine grundsätzliche und eine der wichtigsten Fragen wird für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft die sein, daß wir uns im speziellen und vor allem ganz und gar auf die Bildung und Ausbildung der Jugend konzentrieren. Und wir haben da ein sehr vorbildliches Fachschulnetz in der Steiermark, in den letzten drei Jahren wurden insgesamt 120 Millionen Schilling dafür zur Verfügung gestellt, auch heuer steht wieder ein Betrag von

ca. 22 Millionen Schilling zur Verfügung, um eben allen Hofübernehmern für die Zukunft die Möglichkeit zu geben, sich einer entsprechenden Fachausbildung zu unterziehen.

Ich weiß, wenn diese Voraussetzungen für die bäuerliche Jugend gegeben sind, daß sich die bäuerliche Jugend und vor allem die Hofübernehmer, die künftigen Hofübernehmer dieser Ausbildung auch entsprechend unterziehen werden. Wenn dann unsere künftige Bauernschaft mit der entsprechenden Vorbildung dann die Höfe ihrer Väter übernehmen wird, meine ich, daß es dann einmal wesentlich leichter sein wird, die verschiedenen Probleme in der Landwirtschaft zu lösen.

Wir, die Landwirtschaft, sind vor allem bestrebt, immer wieder wird das bei jedem Anlaß gesagt, daß wir dem Konsumenten gegenüber bei jeder Gelegenheit ein echter Partner sein wollen, wir in der Landwirtschaft sind immer wieder bestrebt und versuchen, dem Konsumenten nach seinen Wünschen unsere Produkte anzuliefern und wir erwarten und bitten auch, daß von der anderen Seite her der Landwirtschaft auch immer wieder das entsprechende Verständnis entgegengebracht wird. Sie haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Hohen Hause immer wieder bewiesen, daß Sie Verständnis für die Belange der steirischen Landwirtschaft haben und wir alle sind Ihnen dafür herzlich zum Dank verpflichtet. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Prenner das Wort. Nachher spricht Herr Abg. Zinkanell.

Abg. Prenner: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! In die Gruppe 7 gehören auch die Besitzfestigungsaktionen und der Güterwegbau. Eine der bedeutendsten Förderungseinrichtungen für die Landwirtschaft ist die Agrarinvestitionskreditaktion für Baumaßnahmen in bäuerlichen Betrieben. Die Zahl dieser Aktionen kann den Nachholbedarf unserer Bauernhöfe wie auch den Willen zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe nachweisen. In den letzten Jahren wurden an 11.400 Antragsteller, die Investitionen im Ausmaß von 1.7 Milliarden Schilling durchgeführt haben, Agrarinvestitionskredite in der Höhe von 630 Millionen Schilling gegeben. Dazu kommt noch die Besitzfestigungsaktion, die vor allem in bergbäuerlichen Gebieten arbeitet. In den letzten Jahren kam diese Aktion 6.200 Höfen zugute. Der hierzu erforderliche Betrag von 85 Millionen Schilling wurde vom Bund und Land freigegeben. Die beiden Aktionen, deren Auswirkungen man in allen ländlichen Gemeinden leicht erkennen kann, dienen einerseits der Existenzsicherung und andererseits wirken sie der Entsedlung bergbäuerlicher Betriebe entgegen.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß die Finanzierung dieser Förderungsmaßnahmen nur zu einem Drittel durch Agrarinvestitionskredite und öffentliche Mittel zu einem weiteren Drittel durch Eigenmittel der Interessenten und zum letzten Drittel durch Materialleistung-

gen der Interessenten erfolgte. Das heißt also zwei Drittel des Investitionsaufwandes, das sind für die Zeit 1959 bis 1968 einschließlich der Besitzfestigungsaktion mindestens 1,3 Milliarden Schilling, sind über diese Aktion der gewerblichen Wirtschaft auch in den entlegensten Gebieten des Landes zugekommen. Gerade daraus ist wieder der Wert dieser Förderung für die Allgemeinheit zu erkennen, obwohl scheinbar nur die bäuerliche Bevölkerung daraus Nutzen zieht.

Die Elektrifizierung in der Landwirtschaft darf man als Restelektrifizierung bezeichnen. Sie dürfte in wenigen Jahren tatsächlich beendet sein. Das ist das Ergebnis von 20 Jahren Arbeit, in denen über 23.000 ländliche Anwesen, also nicht nur bäuerliche Anwesen, mit elektrischer Energie versorgt wurden. Dazu waren notwendig 1.600 km Hochspannungsleitungen, rund 5.000 km Niederspannungsleitungen und 760 Transformatorstationen. Die Gesamtbaukosten betragen rund 307 Millionen Schilling, von denen 186 Millionen die Interessenten durch Arbeiten, Eigenmittel und Agrarinvestitionskredite aufgebracht haben, 38 Millionen Schilling haben die Elektrizitätsversorgungsunternehmen beigesteuert, Land und Bund haben 83 Millionen Schilling in Form von Zuschüssen zur Finanzierung beigetragen. Das Ende der Restelektrifizierung ist also in nächster Zeit zu erwarten. Wir stehen aber vor einem neuen Problem, dessen größtmäßige Beurteilung ebenfalls so schwierig ist, weil es im Augenblick dafür noch keine stichhaltigen Grundlagen gibt, das ist die Voll-
elektrifizierung. Die Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe hat eine derart große Steigerung in der Stromabnahme gebracht, daß die älteren Leitungsnetze nicht mehr hinreichen und daher auch die Versorgung der Höfe mit elektrischer Energie unbefriedigend geworden ist.

Die Sanierung dieser Netze läßt Kosten in der Größenordnung von hundert Millionen Schilling befürchten. Der Versuch, diese Kosten genauer festzulegen, ist eben erst im Gange. Die Finanzierung der dann etappenweis notwendigen Sanierung der Leitungsnetze läßt erhebliche Schwierigkeiten erwarten und wird zwangsläufig zu einer genaueren Kontrolle der Leitungsnetze führen müssen. Die Öffentlichkeit darf sich daher nicht wundern, wenn sie trotz Beendigung der Elektrifizierung auch weiterhin von Problemen der ländlichen Stromversorgung hören wird.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ein besonderes Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung und der Gemeinden ist nach wie vor der Wegebau. Die zunehmende Anzahl der Fahrzeuge, nicht nur der bäuerlichen, stellt eine beträchtliche Anforderung an das ländliche Wegnetz. Es ist doch heute so, daß jeder, der eine Ausweichmöglichkeit hat, einen gut ausgebauten Weg durch eine ruhige Landschaft den lärmdurchdrungenen Schnellstraßen vorzieht. Bei einer Testuntersuchung wurde festgestellt, daß von gezählten 52.000 Fahrzeugen 30.000 Pkw's waren, nur 2.700 Traktoren, ein Beweis dafür, daß sich der Ausflugsverkehr im ländlichen Weg-

netz abspielt. Somit besteht daher am Ausbau der Wege nicht nur ein bäuerliches, sondern ein allgemeines öffentliches Interesse.

Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre zeigt, daß in der Zeit von 1957 bis 1967 6.600 km Wege angelegt wurden und 439 Brücken errichtet worden sind. Von den Gesamtkosten von 1.073.000.000 Schilling haben die Interessenten 618 Millionen Schilling selbst aufgebracht. 455 Millionen betragen die Beihilfen des Bundes und des Landes. Die Ausweitung des Wegbauprogramms ist eine Folge der Förderung, abgesehen von den 2.000 Projekten, die bereits im Wegbauprogramm bearbeitet werden, lagen mit dem Stichtag 1. Jänner 1968 insgesamt 1.857 Ansuchen um Förderung von Güter- und Hofzufahrtswegen vor. Ganz allgemein ist das Bestreben, qualitativ hochwertige Fahrbahnen herzustellen, um die Erhaltungskosten so niedrig wie möglich zu halten. Es ist jedenfalls sicher, daß die Beendigung dieser Wegbauaktion nicht eine Frage von Jahren, sondern von Jahrzehnten sein wird.

Hohes Haus! Zum Thema Aussiedler möchte ich folgendes sagen: Die Betroffenen müßten von vornherein entsprechend aufgeklärt werden damit Fehlplanungen, die große finanzielle Schwierigkeiten nach sich ziehen, vermieden werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Zinkanell das Wort. Nach ihm spricht Herr Präsident Koller.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wie Ihnen aus dem Landesvoranschlag bekannt ist, sind für das kommende Jahr zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark im ordentlichen und außerordentlichen Budget rund 190 Millionen Schilling vorgesehen. Ich darf dazu feststellen, daß es meines Wissens über diesen Betrag im Schoße der Landesregierung keine Auseinandersetzungen gegeben hat, daß also nichts erkämpft oder erstritten werden mußte. Gestritten werden könnte allenfalls über die Verteilung der Gelder innerhalb der Landwirtschaftsförderung.

Ich möchte aber nicht mit dem Herrn Landesrat Dr. Niederl streiten. Er hat es ohnehin nicht ganz leicht, in die vielen offenen Hände, die sich ihm entgegenstrecken, den Betrag hineinzulegen, der erhofft wird. Trotzdem will ich aber meine Meinung nicht zurückhalten, daß mir eine deutlichere und stärkere Schwerpunktbildung bei der Verwendung der 190 Millionen möglich und auch zweckmäßig erschiene. Die naheliegende Frage, welche und wo Schwerpunkte gesetzt werden sollten, darf ich mit der Feststellung beantworten, daß die Forcierung und finanzielle Förderung der überbetrieblichen Maßnahmen für das Wachstum des wirtschaftlichen Einkommens, auf Dauer gesehen, eine bessere und fruchtbarere Hilfe ist als z. B. Einzelgaben, deren Befürwortung nicht immer fachlich fundiert ist.

Dieser allgemeinen und grundsätzlichen Feststellung möchte ich aber auch eine konkrete Antwort auf die rhetorische Frage anfügen. Zu den Aufgaben von entscheidender überbetrieb-

licher Wirkung, die nicht nur vom Bund her, sondern auch im Rahmen der landwirtschaftlichen Mittel des Landesvoranschlages schwerpunktmäßig mehr gefördert werden sollten, zähle ich vor allem und nach wie vor — und ich bin hier mit dem Kollegen Buchberger völlig einer Meinung — die Bildung und Ausbildung der bäuerlichen Menschen.

Über die Bedeutung der Bildung und Ausbildung am agrarischen Sektor brauche ich nicht mehr zu sprechen. Es ist oft und es ist viel darüber geredet worden. Es ist auch absolut nicht zu bestreiten, daß auf diesem Gebiete in der Steiermark verhältnismäßig viel getan wird. Mir scheint es jedoch so zu sein, daß Bildung und Ausbildung für die Zukunft der bäuerlichen Menschen ein noch größeres Gewicht haben, als sich zur Zeit aus den Bildungsbemühungen in der Landwirtschaft herauslesen läßt. Das gilt nicht nur für die bäuerliche Jugend, sondern das gilt in sehr starkem Maße auch für die Erwachsenen, und ich glaube, man müßte sich hier besonders bemühen, noch mehr Interesse zu erwecken und dann die Interessierten auch entsprechend stärker in Schulungen zu erfassen. Ein weiterer überbetrieblicher Schwerpunkt, der noch stärker betont werden könnte, ist die Strukturverbesserung durch Kommassierung. Vor zwei Tagen habe ich bei der Würdigung der Arbeit der Agrarbezirksbehörden kurz dazu gesprochen. Wie ich in der gestrigen Presse aber sehen mußte, haben sich da anscheinend einige Mißverständnisse ergeben. Mein Debattenbeitrag hat nicht die ländlichen Bezirksgerichte, sondern die eben auch wichtige Arbeit der Agrarbezirksbehörden betroffen.

Um aber weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, mehr aber noch, um einen kleinen Einblick in die mit der Grundzusammenlegung verbundenen Aufgaben dieser Agrarbezirksbehörden zu geben, darf ich darauf hinweisen, daß neben den juristischen und administrativen Arbeiten noch folgende vier Arbeitsstufen durchzuführen sind.

Die Stufe 1 enthält die Vorbereitung, das heißt Beschaffung der Planunterlagen, Grundstücksverzeichnisse, Vergleich der Besitzverhältnisse im Kataster, im Grundbuch und in der Natur, Beseitigung der Unstimmigkeiten, Bodenschätzung und Ausarbeitung der Besitzstandsausweise für jede einzelne Partei, wobei jeder Partei die Fläche und der Wert der eingebrachten Grundstücke nachzuweisen ist.

Die Stufe 2 ist die eigentliche Planung. Sie beinhaltet Planung des Wege- und Gewässernetzes, die Wunschaufnahme mit den Parteien, die Planung der neuen Grundstücke für jede Partei, die Stufe 3 umfaßt die Übertragung der neuen Grenzen aus dem Plan in die Natur, Absteckung und Vermarkung und schließlich die Einweisung der Parteien in ihre neuen Grundstücke.

Die Stufe 4 ist die Beschaffung der Grundlagen für die Berichtigung des Grundbuches und des Katasters, Neuvermessung und geodätische Berechnung, Verfassung der Pläne usw. Bereits nach Abschluß der Stufe 3 beginnen die Wegbauten, ebenso auch Entwässerungsarbeiten, so-

weit letztere nicht schon vor der Einleitung des Verfahrens erfolgt sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal kurz auf meinen Beitrag vom Dienstag zurückkommen. Ich habe damals nämlich darauf hingewiesen, daß in der Zeit von 1946 bis 1968 36.000 ha in der Steiermark zusammengelegt wurden. Das ist doch einigermaßen etwas anderes, als wenn man in der Zeitung dann lesen konnte, daß es sich um 36.000 Zusammenlegungen gehandelt hätte.

Ich war der Meinung, daß es gut ist, hier diese Mißverständnisse auch noch zu berichtigen. Eine moderne, konkurrenzfähige Landwirtschaft ist nicht denkbar ohne Strukturverbesserung durch großzügige Flurbereinigung einerseits und Strukturverbesserung durch Grundaufstockung andererseits, die mitsammen die Voraussetzung dafür sind, daß bei einem ökonomischen Zeitaufwand ein rationeller, gewissermaßen bereinigter Anbauplan und ein ebenso rationeller Maschineneinsatz durchgeführt werden kann.

Mit dem Hinweis auf den rationellen Maschineneinsatz würde sich automatisch ergeben, auf den rationellsten, nämlich auf den überbetrieblichen Maschineneinsatz näher einzugehen. Ich habe aber schon mehrmals über diese wichtige Frage gesprochen und darf mit besonderer Freude feststellen, daß ich auch hier mit dem Hauptsprecher der ÖVP zu dieser Frage übereinstimme. Ich möchte mich daher nicht wiederholen.

Ich darf nur darauf hinweisen, daß es sich hier auch um ein Problem handelt, das erstrangig zu den besonderen förderungswürdigen überbetrieblichen Schwerpunkten der zukünftigen Agrargestaltung gehört. Ob die Dotierung der Post 731,710 Förderung der Mechanisierung der Landwirtschaft, der Maschinenhöfe und Maschinenringe, die gegenüber dem Voranschlag 1968 um 120.000 Schilling bzw. um gut ein Drittel reduziert wurde, deren Aufgabenbereich aber wesentlich erweitert erscheint, noch als eine schwerpunktmäßige Förderung betrachtet werden kann, das muß wohl oder übel ein bißchen bezweifelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe an Hand einiger Beispiele, auf die ich mich bewußt beschränkte, aufgezeigt, daß es sehr wohl sinnvoll ist, die Förderung überbetrieblicher Maßnahmen gegenüber von Einzelgaben zu forcieren. Auf die gesamte Problematik der Land- und Forstwirtschaft einzugehen muß ich mir und will ich mir auch versagen, da doch erst vor einigen Monaten, genau gesagt am 3. Juli dieses Jahres hier im Hohen Hause eine sehr ausführliche und zum Teil auch sehr heftige Landwirtschaftsdebatte durchgeführt wurde.

Damals ist die wirtschaftswidrige Überproduktion bei Milch einerseits und der Mangel an anderen Produkten, insbesondere von Futtermitteln zum Beispiel andererseits einer scharfen und berechtigten Kritik unterzogen worden. Es sind keine verlässlichen Anzeichen vorhanden, daß die für die österreichische Agrarpolitik verantwortlichen Funktionäre des Bauernbundes Wege eingeschlagen hätten, die uns in abseh-

barer Zeit aus diesen Schwierigkeiten herausführen könnten. Für die Bauernschaft zeigte sich vielmehr so, daß sie ab 1. Jänner 1969 zusammen mit den Konsumenten neue Belastungen auf sich nehmen müssen, daß aber ihr Lohn, nämlich der Erzeugerpreis, zum Beispiel bei der Milch, aber auch beim Weizen, reduziert bleibt. Diese negativen Einwirkungen auf die Landwirtschaft stammen zwar vom Bund, wirken sich aber auch auf die steirischen Familien belastend aus.

Ich habe bei der Landwirtschaftsdebatte am 3. Juli im Namen der sozialistischen Fraktion konkrete Lösungsvorschläge eingebracht, die heute noch gelten. Von den zehn Punkten damals will ich nur in Erinnerung bringen, erstens unseren Vorschlag für eine elastische Regelung der Milchproduktion und auch des Milchabsatzes, dann die Strukturverbesserung im Molkereiwesen, mehr Teilnahme der Landwirtschaft an der Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte und Ausbau der sozialen Sicherheit für die bäuerlichen Menschen. Sie, meine verehrten Damen und Herren der ÖVP, haben diesem Antrag damals nicht zugestimmt. Nachdem es ein rein sachlicher agrarwirtschaftlicher Antrag war, hat er offensichtlich nur den einen Fehler gehabt, daß er von Sozialisten eingebracht worden ist. (Abg. Scheer: „Na net.“)

Eben.

Ich möchte meinen Diskussionsbeitrag nicht abschließen, ohne festzustellen, daß die Entwicklung, die unaufhaltbar auf uns zukommt, nur gemeistert werden kann, wenn sachliche Überlegungen und Argumente die Grundlage wirtschaftlicher Entscheidungen bilden. Ich begrüße es daher auch sehr, daß nach harten Verhandlungen in den letzten Tagen im Parlament das Marktordnungsgesetz und weitere wichtige, die Wirtschaft beeinflussende Gesetze beschlossen werden konnten. Ich begrüße das, weil es im Interesse der Bauern und der Konsumenten liegt und weil ich überzeugt bin, daß damit für die nächste Zeit wieder eine brauchbare und gesetzliche Basis für den wesentlichen Teil der österreichischen und damit natürlich der steirischen Wirtschaft und der steirischen Landwirtschaft geschaffen wurde. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Präsident Koller das Wort. Nach ihm spricht Herr Abg. Schrammel.

3. Präsident Koller: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn auch entscheidende Fragen der Landwirtschaft auf der Bundesebene zur Entscheidung liegen, ist dennoch die Aufgabe des Landes, nachdem ihm ja wesentliche Förderaufgaben übertragen sind, sehr groß. Und es ist daher selbstverständlich, daß sich die Tätigkeit und die Aufgaben des Landes harmonisch einfügen in die gesamte österreichische Agrarkonzeption, treffen doch letzten Endes die Auswirkungen der Agrarpolitik direkt und indirekt auch unsere Menschen und die Wirtschaft unseres Landes. Ich darf mich daher vielleicht auch hier mit einigen grundsätzlichen

Überlegungen beschäftigen, es wird dabei sicherlich auch mein Bestreben sein, Mißverständnisse oder falsche Beurteilungen zu klären zu versuchen bzw. Gegenargumente zu setzen.

Ich möchte gleich damit beginnen, daß ich es sehr begrüße und erfreut feststelle, daß der Herr Kollege Zinkanell sich sehr positiv im großen und ganzen zu den verschiedenen Agrarproblemen ausgesprochen hat. Nur eines gestatten Sie mir bitte gleich. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß die Ursachen der Probleme in der österreichischen Agrarpolitik darin liegen, daß die österreichische Agrarführung mehr oder weniger versagt habe. Denn es erhebt sich gleich darauf die Frage, wie kommt es dann, daß in sozialistisch regierten Ländern es ja auch Agrarprobleme gibt. Schauen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, man kann die Dinge nur von dieser und von jener Seite anschauen, aber ich glaube doch, daß diese Frage bei sachlicher Überlegung letzten Endes doch berechtigt ist. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß mit der Umstellung der österreichischen Landwirtschaft von der Selbstversorgung und den historischen Betriebsformen auf das marktwirtschaftlich ausgerichtete Produzieren viele Probleme aufgeworfen wurden. Neben der betriebswirtschaftlichen Umstellung des einzelnen Betriebes und den damit verbundenen Investitionen, der Schaffung der notwendigen Organisationen, der Erzeugung und Vermarktung ist es vor allem auch ein geistiges und fachliches Anpassungsproblem unserer bäuerlichen Menschen.

Es verlangt eben die marktwirtschaftlich ausgerüstete Produktion mehr kaufmännisches Denken und mehr Einfühlungsvermögen in all diesen Fragen des Wechselspieles von Angebot und Nachfrage als es früher bei unseren Vätern und Großvätern der Fall war. Wenn man nun die Marktchancen unserer Landwirtschaft einer sicherlich sehr groben Analyse unterzieht, ergeben sich vielleicht folgende Merkmale oder Feststellungen, die ja nicht unbekannt sind, aber ich möchte sie nur kurz, telegrammstilartig streifen. Der Konsument stellt heute andere Ansprüche bei dem weltweit angebotenen Überfluß und Überschuß an agrarischen Produkten als noch vor einem Jahrzehnt. Daß dabei die gute preiswerte Qualität und die Ansprüche in der Zukunft an diese gute Qualität noch steigen werden, ist uns bekannt und ist eine Selbstverständlichkeit.

Andererseits bleibt aber der Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln im wesentlichen immer um die 3.000-Kalorien-Grenze und ein Mehrverbrauch ist im wesentlichen nur von der steigenden Bevölkerungszahl zu erwarten. Die agrarische Produktion aber muß vom einzelnen Betrieb her betrachtet werden, und will dieser Betrieb seine Investitionen verkraften, konkurrenzfähig bleiben und den Betrieb gesund erhalten, erfordert dies eine immer höhere qualitative und quantitative Produktion. Damit kommen wir zu jenem Problem, daß die agrarische Produktion schneller steigt, als die Bevölkerungsquote zunimmt und daher der Angebots-

druck auf den Märkten immer größer wird. Es stehen nun neben verschiedenen anderen zwei große Möglichkeiten der Landwirtschaft offen. Die eine ist, daß sich die Landwirtschaft bemüht, ihre Produktion zunehmend an die Bedürfnisse des Marktes anzupassen und sich nach ihm zu orientieren, die zweite Möglichkeit liegt natürlich im Export.

Zur ersten Möglichkeit können wir, glaube ich, ohne Überheblichkeit sagen, daß große und ansehnliche Leistungen erzielt wurden. Vor allem bei uns in der Steiermark kann man vom wohl-schmeckenden Obst und den Säften aus unseren neuen Formen des Obstbaues über das sicherlich sehr anspruchsvolle Dessertaprogramm und auch die Erzeugnisse der Maresi in Stainach, den steirischen Geflügelprodukten bis zu den Erzeugnissen unseres Feldgemüsebaues viele neue Wege aufzeigen. Ich möchte dabei dankbar auch die vielseitigen Förderungen unserer Landwirtschaft erwähnen, die neben dem Bund vor allem vom Land und der Kammer zur Erreichung dieses Zieles zur Verfügung gestellt wurden und auch in Zukunft werden. Hiezu gehört auch dankenswerterweise die Errichtung der Versuchsanstalt für Spezialkulturen durch das Land, welche wesentliche Voraussetzungen für die in klimatisch günstig gelegenen Gebieten mögliche Produktion von Spezialkulturen, vor allem im Hinblick auf unsere klein- und mittelbäuerliche Struktur in diesen Gebieten, geschaffen hat.

Sie haben sich mit vielen Problemen herumzuschlagen und wenn auch die Arbeit dieser Versuchsanstalt noch verhältnismäßig jung ist, kann sie doch auf ansehnliche Leistungen schon zurückblicken. Erwähnen möchte ich auch, daß die Bemühungen unserer Agrarpolitik, im großen die Produktionsumschichtungen vorzunehmen, vor allem von Milch und Brotgetreide auf Fleisch und Futtergetreide, doch ihre ersten Auswirkungen zeigen und sich positiv anlassen. Die Marktanpassung, die ich nur kurz gestreift habe, wäre also die eine Möglichkeit.

Die zweite liegt, wie schon erwähnt, im Export. Im Export ist es, das muß festgestellt werden, der österreichischen Landwirtschaft bisher auf dem Rindersektor noch immer gelungen, sich den ausländischen Markterfordernissen anzupassen, wenn es auch nicht immer ganz leicht war, die Schwierigkeiten und Hürden zu überwinden. Allerdings machen Abschöpfungsprobleme, Importrestriktionen der einzelnen Länder, ein Wettlauf der Exportsubventionen und damit Hand in Hand gehend Dumpingangebote von Konkurrenzländern, es uns wirklich nicht immer leicht. Wenn wir und damit unsere Wirtschaft durch diese Maßnahmen von den EWG-Märkten, die ja von der agrarischen Sicht her gesehen besonders interessant sind, verdrängt werden und in echte Schwierigkeiten kommen, dann wird auch die Frage berechtigt, ob wir nicht zu einer Neuorientierung der agrarischen Außenhandelspolitik kommen müssen.

Nur ist das keine Frage, die allein von der agrarischen Führung zu lösen ist, sondern die im gesamten von allen Verantwortlichen gelöst werden muß. Denn die große EWG verwendet die

von uns kassierten Abschöpfungen — um es jetzt sehr hart zu sagen —, um ihre Agrarpreise zu stützen und die Exportverluste nach Drittländern zu decken, und damit finanzieren wir zwangsläufig als österreichische Bauern unsere ausländische Konkurrenz. Grenzt es nicht daher doch — und ich bitte, sich diesen Gedankengang sehr gut zu überlegen — fast an Überheblichkeit oder völlig falsche Beurteilung unserer wirklichen Situation, wenn man auch in Zukunft nicht bereit ist, einzusehen, daß das wirtschaftlich kleine Österreich nicht so stark ist, um auf das zu verzichten, was in der großen EWG selbstverständlich ist, nämlich ein EWG-analoges Abschöpfungs-system. Warum kann man nicht auch bei uns — und ich glaube, diese Frage ist berechtigt — einen Abschöpfungsfonds einrichten, der durch eine Belastung aller agrarischen Importgüter gespeist wird und dessen Mittel für den Ausgleich der Exportverluste verwendet werden. Ich weiß schon, daß hier sehr gerne der Einwand gemacht wird, um die Konsumentenpreise in die Höhe zu treiben. Nur glaube ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß man dies nicht so einseitig sehen darf, denn letzten Endes bedeuten keine Agrarexporte auch eine wesentliche Schwächung unserer Handelsbilanz und keine kaufkräftige Landwirtschaft auch eine Schwächung unserer gesamten Volkswirtschaft. Dieser Gedankengang wird vielleicht deshalb nicht immer in Erwägung gezogen, weil man aus einer falsch verstandenen konsumentenfreundlichen Politik glaubt, etwas verhindern zu müssen, was auf lange Sicht allen in diesem Land, nicht nur der Landwirtschaft, dienlich ist. Es ist bezeichnend, aber nicht verwunderlich, daß auch der Generalredner der SPÖ von der Mansholt-Schiller'schen Theorie zur Lösung der Agrarfrage mehr oder weniger angesteckt ist.

Der Herr Abg. Dr. Klausner hat in der Generaldebatte gesagt, daß die Einkommenssteigerung in der Landwirtschaft nur bei drastischer Verminderung der in der Landwirtschaft Tätigen zu erreichen sei.

Ich halte diese Frage für viel zu tiefgreifend, nicht nur vom bäuerlichen Standpunkt, sondern weil sie auch einen entscheidenden Eingriff in unsere gesamte Wirtschaftsstruktur bedeuten würde, um darüber hinwegzugehen und nicht doch vor Gedankengängen zu warnen, die in ihren Auswirkungen wohl nur zu einseitig gesehen werden.

Es scheint dringend notwendig zu sein, ein so illusionsbeladenes Denken doch auf ein sachliches und zweckdienliches Maß zurückzuführen.

Diese aufgestellte These ist nicht neu. Sie wird von Mansholt seit langem und vom sozialistischen deutschen Wirtschaftsminister Schiller seit neuem vertreten. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Schauen Sie, Sie haben Ihre Argumente dazu, gestatten Sie, daß ich auch meine Argumente dazu habe. Denn, wo würden wir hinkommen, wenn alle gleicher Meinung wären. Sie entspringen sicherlich dem gleichen politischen Gedankengut, das weit entfernt ist von den Auffassungen unserer Gesellschaftsstruktur. Ist es bei uns

der Mensch, der im Vordergrund steht, scheinen diese Überlegungen — und ich betone hier, ich unterscheide sicher nichts Böswilliges — die so tiefgreifend in die Struktur und auch in die persönlichen und menschlichen Schicksale eingreifen, doch einem etwas mehr mechanischen Überlegen mit dem Rechenschieber, oder, wenn Sie es ins Moderne übersetzen wollen, mit dem Computer zu entsprechen.

Es ist nun sicherlich leichter, das gestehe ich ohne weiters zu, vom grünen Tisch her theoretisch zu versuchen, diese Frage zu lösen, die in der Wirklichkeit wohl etwas anders aussieht und vor allem vom Gesichtspunkt der Betroffenen noch wesentlich anders aussieht. Ich möchte dazu die klare Feststellung machen, meine Damen und Herren, daß uns Bauern ebenso klar ist wie allen anderen — und wir wurden in den letzten Jahrzehnten täglich damit konfrontiert — daß der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil abnimmt und auch in Zukunft abnehmen wird. Aber dieser Prozeß ist bisher innerhalb des Umwälzungsprozesses unserer Gesellschaft von selbst vor sich gegangen und es wäre widersinnig, gestatten Sie mir, daß ich diese meine Meinung sage, diese Entwicklung in Zukunft aufhalten zu wollen. Aber ich glaube, man darf sie nicht radikalieren (Landeshauptmann Krainer: „Nicht dramatisieren!“), denn etwas Entscheidendes darf man dabei, meine sehr Verehrten, nicht übersehen. Die hier Abgewanderten müssen ja dort in den Arbeitsprozeß wieder eingegliedert werden. Wenn dies in den vergangenen Jahrzehnten von der abgebenden Landwirtschaft wie von der aufnehmenden übrigen Wirtschaft doch irgendwie verkraftet wurde, lag dies sicherlich auch darin, daß dieser Prozeß in einer Zeit vor sich ging, wo für die Landwirtschaft die Technisierungs- und Rationalisierungswelle am Beginn und die übrige Wirtschaft sich in einer Konjunkturwelle befand, die noch durch einen gigantischen Nachholbedarf ihren zusätzlichen Auftrieb erhalten hat.

Unter diesen Voraussetzungen war es möglich, die Umschichtung von hunderttausenden von Menschen zu verkraften. Und diesen Umschichtungsprozeß weiterhin nach seinen eigenen Gesetzen vor sich gehen zu lassen, wird vernünftigerweise niemand hindern, aber von einer Radikallösung, meine sehr geehrten Damen und Herren, a la Mansholt-Schiller muß, glaube ich, doch nachhaltigst gewarnt werden.

Diesen Prozeß der Ausscheidung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte und Menschen aus der Landwirtschaft in den nächsten Jahren zu verdreifachen und dabei die völlige Beseitigung der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe herbeizuführen, denn das Aufstocken zu Großbetrieben bedeutet ja letzten Endes nichts anderes, das bedeutet letzten Endes die Forderung auf drastische Verminderung der bäuerlichen Bevölkerung, die der Herr Abg. Dr. Klauser, vielleicht, weil er sich doch zu wenig in die Tiefe dieser Materie begeben hat, in seiner Generalrede gefordert hat. Ich glaube nicht, daß man es sich so einfach machen kann, daß man glaubt, daß diese Theo-

rien das Allheilmittel oder die Patentlösung in der Agrarfrage sind.

Denn, meine Damen und Herren, jetzt kommt noch etwas Wesentliches dazu. Ist der Gesamtplan nach Mansholt in seiner Gesamtheit sicherlich schon sehr problematisch, weil es fraglich ist, ob unser Wirtschafts- und Arbeitsmarktpotential in der Lage ist, die nötigen Arbeitsplätze zu schaffen, muß man ja auch wissen, daß Hand in Hand gehend damit die Tatsache verbunden ist, daß die Allgemeinheit ja dabei Milliarden auf den Tisch legen muß. Wenn in der EWG, wie Sie dieser Tage in der Presse lesen bzw. gelesen haben, dies etwa 12 Milliarden Schilling pro Jahr in den sechs Staaten bedeutet, so möge man auf die österreichische Währung und auf unseren Bevölkerungsanteil umgerechnet, ungefähr sich ausrechnen, daß das zusätzlich etwa 3 Milliarden Schilling in Österreich bedeuten würde.

Und nun wirft sich die Frage auf, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es uns möglich und ist man bereit, diese Milliarden zusätzlich auf den Tisch zu legen? Denn nur mit dem Geld und nicht nur mit einer drastischen Verminderung, die ohne Geld nebenbei bemerkt ja gar nicht geht, ist das Überschußproblem zu lösen, das ja die wirkliche und tiefere Ursache fast aller Schwierigkeiten in der Landwirtschaft ist. Denn die Vergangenheit hat uns ja bewiesen, daß weniger Bauern doch nicht automatisch weniger Agrarproduktion bedeutet, sondern es ist genau konträr auseinandergegangen. Man muß daher und wird sich mit Überlegungen und Gedankengängen beschäftigen, daß man andere Wege, wenn man glaubt, daß sie richtig sind, der Produktionsrestriktion geht und dazu, das wiederhole ich noch einmal, darf man nicht übersehen, daß diese Wege sowohl in der Schweiz als auch in Amerika oder sonst wo und zum Teil auch jetzt in der EWG gegangen werden, natürlich nach und nach Geld kosten.

Und damit, meine Damen und Herren, bin ich schon bei einer Kernfrage, auf die es letzten Endes in all diesen Fragen ankommt. Diese Kernfrage lautet nicht mehr und nicht weniger, wollen wir von unserer Heimat aus gesehen eine jederzeit produktionsfähige und kaufkräftige Landwirtschaft erhalten, um einen wesentlichen Faktor unserer Freiheit sicher sozusagen in Händen zu haben, um für Krisenzeiten jederzeit gerüstet zu sein und außerdem einen Teil unserer Volkswirtschaft funktionsfähig halten und dafür auch etwas auslegen oder nicht?

Wenn wir Österreicher also wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diese Fakten zutreffen, dann dürfen wir nicht einseitig in die Entwicklung unserer Landwirtschaft eingreifen, sondern müssen ihr eben den nötigen wirtschaftlichen Lebensraum zubilligen. Daß dies eine vernünftige Preis-, Markt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der die Landwirtschaft ein echter Partner ist, zur Voraussetzung hat, ist völlig klar. Das Verhalten allerdings — und gestatten Sie mir, daß ich das einwerfe und anmerke — in Fragen der Verlängerung der Marktordnungsgesetze: wenn sie auch jetzt 5 Minuten vor 12 über die Bühne gegangen sind, aber in einein-

halb Jahren werden wir ja wieder sehr deutlich sehen, welcher Preis wiederum in diesen Dingen verlangt wird.

Also das Verhalten in den Fragen der Verlängerung der Marktordnungsgesetze und auch die Verhinderung der Anpassung derselben an die modernen Erfordernisse, denn niemand kann bestreiten, daß hier nicht einiges reformbedürftig wäre, aber daran ist gar nicht zu denken, wir müssen ja froh sein, wenn wir sie in der bestehenden Form über die Bühne bringen. Die ewigen Kämpfe, einmal mehr, einmal weniger im Landwirtschaftsbudget, um die Mittel des Grünen Planes, das stete Bemühen direkt oder indirekt etwa im Unterbewußtsein der Landwirtschaft durch niedrige Preise in der Importpolitik, in der Preispolitik sozusagen einseitig Sozialaufgaben zuzuteilen, die gar nicht Aufgabe der Landwirtschaft allein sind, sondern uns alle angehen und auch das Bestreben in der Import- und Exportpolitik vor allem auch bei Kompensationsgeschäften sehr gerne über die Bedürfnisse der Landwirtschaft hinwegzusehen, lassen uns leider die Feststellung berechtigt erscheinen, daß es noch viele Kreise und zwar auch einflußreiche Kreise in diesem Land gibt, die nicht bereit sind, die gestellte Frage, ob wir eine jederzeit produktionsfähige und kaufkräftige Landwirtschaft in diesem Land erhalten wollen, so eindeutig und ohne weiteres mit „ja“ zu beantworten.

Sie wissen sehr genau, genauso gut wie ich und alle hier, daß die Probleme der Agrarpolitik und all die damit zusammenhängenden Fragen wirklich nicht nur einseitig von ein paar Agrarpolitikern zu lösen sind. (Abg. Dr. Klausner: „Die Redezeitvereinbarungen, die man mit der ÖVP trifft, sind für die Katz!“)

Darf ich Ihnen vielleicht noch etwas sagen. Gerade in dieser Auffassung wird man leider noch bestärkt, wenn man jetzt in der Budgetrede des Nationalrates — und wenn Sie mich jetzt herausfordern, muß ich Ihnen auch das sagen — einen bekannten sozialistischen Wirtschaftsexperten im Parlament in diesen Tagen hörte; ich habe selber im Radio die Life-Übertragung gehört, wo er im Zusammenhang mit dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm wörtlich erklärte: „Die Steuerpauschalierung“ — und er sprach in diesem Zusammenhang auch wörtlich von Steuerprivilegien und Durchstechereien — „müßte radikal abgeschafft werden“. Jeder weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß neben den kleinen Gewerbetreibenden vor allem den bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben mit dieser Steuerpauschalierung nicht das Steuerzahlen, sondern wohl der damit verbundene Formalismus weitestgehend erspart wird. Wenn es also das Ziel Ihres Wirtschaftsprogramms ist, den Klein- und Mittelbetrieben in Gewerbe und Landwirtschaft diese Erleichterungen zu nehmen und damit unsere Bauern und Bäuerinnen zu zwingen, neben einer 80-, 90stündigen Arbeitswoche sich noch hinzusetzen und den steuerlichen und sonstigen buchhalterischen Formalkram zu machen, Arbeiten, für die in den nichtpauschalieren Betrieben eigene Fachleute

notwendig sind, dann ersparen Sie mir den Ausdruck dafür, den man für ein solches Verlangen eigentlich setzen müßte. (Abg. Zinkanell: „Er würde sowieso nicht zutreffen!“)

Sie würden gut beraten sein, wenn Sie das stenographische Protokoll des Parlaments durchlesen, dann haben Sie es schwarz auf weiß.

Und damit, meine sehr Verehrten, komme ich zum Schluß, aber nicht, ohne noch ein paar Gedankengänge zu sagen. Ich kann mir vorstellen und habe Verständnis und es ist menschlich auch verständlich und entschuldbar, wenn man in Vorstellungen behaftet ist, daß man sich nicht gerne davon löst, aber irgendwo zeigt es auch von einer gewissen Größe, einzusehen und sich einer besseren Einsicht nicht ganz zu verschließen. Das lassen Sie mich nur nebenbei eingeworfen haben. Wir Bauern und die Landwirtschaft, wir wissen sehr wohl, daß die Bilanz unserer wirtschaftlichen Situation nicht herauszulösen ist aus den großen wirtschaftlichen Zusammenhängen. Wir wissen auch, daß wichtige Fragen der Landwirtschaft nicht vom Bauern allein, sondern auf anderen Ebenen entschieden werden. Und darum möchte ich gerade mit aller Deutlichkeit sagen, daß diese Tatsache und diese Beziehung zu den Verhältnissen um uns herum uns mit zunehmender Sorge und vielleicht auch mit Unzufriedenheit erfüllt. Der Mansholt-Schiller'sche Plan gehört ebenso dazu wie die verschiedenen Rezepturen, die da und dort sehr gerne aus der Lade genommen werden. Wir sehen sicherlich neidlos, wie der allgemeine Lebensstandard immer höher steigt. Dabei kann uns, also der Landwirtschaft, sicherlich niemand streitig machen, daß wir in den vergangenen Jahren alles nur Mögliche zur Anpassung unserer Betriebe an die verschiedenen Erfordernisse unternahmen. Aus der rasanten Entwicklung der Landarbeitsflucht, der Technisierung, der Industrialisierung haben wir ebenso die Folgerungen gezogen wie aus dem Fortfall der Marktgrenzen und den heutigen Ansprüchen des Marktes, den Formen der Konkurrenz usw. Wir haben Millionen investiert in Maschinen, Geräten, Gebäuden, um das alles auszugleichen. Und diese Millionen sind auch in die übrige Wirtschaft geflossen. Ich bitte, das nicht zu übersehen.

Die Landwirtschaft hat Unsummen aufgewendet, um mit Hilfe direkter und indirekter Vermarktungseinrichtungen ihre Ertragschancen weitestgehend zu verbessern. Die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft hält sicherlich jedem Vergleich mit der übrigen Wirtschaft stand. Es ist daher sicherlich keine Überheblichkeit, lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen, wenn die Landwirtschaft meint, daß der Bauer genauso viel und genauso wenig wie jeder andere in der Wirtschaft ist.

Wir tragen als Unternehmer unser Risiko mit dem zusätzlichen Risiko der Abhängigkeit der agrarischen Produktion von den Naturgewalten und möchten auch in dieser unternehmerischen Verantwortung nichts geändert wissen. Das möchte ich auch sehr eindeutig feststellen. Aber wir verlangen sicherlich mit Recht eine ange-

messene Einsicht in unsere Situation. Wenn der Herr Minister Dr. Schleinzer anlässlich der Verleihung des Hans-Kudlich-Preises gesagt hat, daß heute die Agrarfrage in gleicher Weise wie früher die soziale Frage ein Prüfstein ist, an dem die Gesellschaft ihre Fähigkeit beweisen muß, all ihren Gliedern, und dazu zählt auch die Landwirtschaft, den Weg zu einem wirtschaftlich gesicherten, menschenwürdigen und glücklichen Leben zu erschließen, so können wir dem nur zustimmen.

Die Menschen stehen heute an einem Wendepunkt, der sicherlich eine geistige Neuorientierung und den Mut zum Beschreiten neuer Wege verlangt. Das ist uns völlig klar. Es ist uns klar, daß das nicht ohne Reibungsverluste und ohne Schwierigkeiten abgeht. Wir stehen aber auch — und damit möchte ich etwas aus der Vorjahrsbudgetdebatte in Erinnerung rufen — an der Schwelle einer Entwicklung, an der die agrartechnische Revolution der jüngsten Vergangenheit, die industrialisierte Landwirtschaft sozusagen als Antithese zum bäuerlichen Familienbetrieb in den Bereich des Möglichen rückt, siehe die Agrarfabriken und alle diese Versuche auf diesen Gebieten. Es muß daher unsere gemeinsame Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Bauernschaft, daß die Landwirtschaft diesen Gefahren nicht erliegt und wir müssen helfen, den Weg in die Zukunft zu gehen.

Denn wer der Bauernschaft hilft, neben die Erinnerung an das Leitbild ihrer alten Welt ein vom aufbauenden Geist getragenes neues Selbstbewußtsein zu setzen, leistet ihr echte Lebenshilfe. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Gedanken, denen wir uns auch bei einem an und für sich so materialistischen Akt wie der Budget- und Voranschlagsberatung letzten Endes nicht verschließen können. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Schrammel das Wort. Nach ihm spricht Herr Abgeordneter Scheer.

Abg. Schrammel: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Am 3. Budgettag ist es sicher nicht leicht, die Mitglieder dieses Hauses und die Presse begeistern zu können. Es ist aber trotzdem sehr notwendig, die Probleme der Bauernschaft von einer sachlichen Seite her zu beleuchten in der Form, daß man auch innerhalb der gesamten wirtschaftlichen Probleme die der Bauern in der passenden Art und Weise zu vertreten weiß.

Es wurde schon betont, daß es sehr erfreulich ist, daß der sozialistische Kollege Zinkanell als Vertreter der Bauernschaft sich mehr oder weniger doch auf der Ebene des Bauernbundes bewegt.

Der Traditionsbauer von gestern gehört der Vergangenheit an. Wir als die Bauern müssen zur Kenntnis nehmen, daß in der großen wirtschaftlichen Auseinandersetzung auch der Bauer sich einordnen muß und die bäuerlichen oder die landwirtschaftlichen Probleme nicht bevorzugt — in einem gewissen Ausmaß wenigstens

— behandelt werden können. Wenn früher schon von meinen Vorrednern betont wurde, es sollte Ziel sein, daß ein jeder Hofübernehmer seine Fachausbildung mit der Fachschule nach der Berufsschule abschließt. Ich will hier noch weitergehen und den Wunsch aussprechen, es möge ermöglicht werden, daß neben der Fachschule und Berufsschule noch der Meistertitel den Betriebsleiter für das spätere Leben reif machen soll. Wir konnten im Steiermärkischen Landtag, im Verlaufe des heurigen Jahres das landwirtschaftliche Schulgesetz verabschieden. Ich freue mich, daß dies einstimmig geschehen konnte und hier wünschte ich, der Kollege Zinkanell hätte in Wien interveniert, daß auch für die gesamte Bundesebene eine einheitliche Lehne gefunden worden wäre. (Abg. Zinkanell: „Das müßt Ihr einmal bei der ÖVP tun, daß sie sich an die Vereinbarungen hält!“ — Abg. Groß: „Das wird der Herr Bauenminister bestätigen!“)

Ich möchte hier als junger Bauer doch dem Referenten der Landesregierung, Herrn Dr. Niederl, herzlichst danken. Gleichfalls auch dem Landesschulinspektor Dipl.-Ing. Schaller, daß hier die Grundlagen für eine gediegene Fachausbildung der künftigen bäuerlichen Betriebsführer gefunden werden konnten und mit diesem landwirtschaftlichen Schulgesetz verdokumentiert worden sind. Es wurde dieses Gesetz gewissermaßen im Alleingang in der Steiermark geschaffen und es wäre sicher günstiger, hätten wir die steirische gesetzliche Grundlage überall in allen Ländern Österreichs.

Einen Wunsch möchte ich an die Regierung weitergeben, daß man Sorge tragen möge, in allen steirischen, bäuerlich konzentrierten Gebieten eine Fachschule zu schaffen. Es soll auch jenen jungen Bauern oder der bäuerlichen Jugend die Möglichkeit gegeben werden, eine Fachschule zu besuchen, die bisher noch abgewiesen werden mußten. Es wird wenig Berufsgruppen geben, die nachweisen können, sie haben mehr Andrang an Bildungsfreudigen als eben an Bildungsstätten zur Verfügung stehen. Es ist das sicher ein Vorzug bzw. eine Leistung der Aufklärung einerseits und andererseits wieder ein erfreuliches Zeichen, das für die Zukunft spricht. Es sollte bei den bäuerlichen Berufsschulen die Möglichkeit geschaffen werden, die Berufsschüler internatsmäßig zu erfassen. Die Lernerfolge — und das zeigten die Beispiele — sind in der bäuerlichen Berufsschule mit einem Internat weit größer als bei den bisher üblichen Winterkursen.

Wenn die Steiermark nun auch mit dem Raiffeisenhof eine Volkshochschule ausbaut, so ist das ganz besonders zu begrüßen. Mit dem Bau soll bereits 1969 begonnen werden. Nun, alle diese Bildungsbestrebungen für die Landwirtschaft sind sicherlich notwendig. Die Zukunft wird es verlangen, die Zukunft wird vom bäuerlichen Betriebsführer wesentlich mehr abverlangen als das bisher der Fall war. Ich will aber auch betonen, daß die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Produktion sich in der allgemeinen Wirtschaftsleistung sicher sehen lassen kann. Von 1950 bis 1968 hat der Beitrag der heimischen

Produktion zur Ernährung von etwa 70 auf 84 Prozent zugenommen. Diese Produktionssteigerung seit dem Jahre 1950 hat auf dem Sektor Pflanzenbau nicht weniger als 39 Prozent betragen, auf dem Sektor Tierproduktion sogar 74 Prozent, bei der gesamten Landwirtschaft somit eine Steigerung von 61 Prozent und bei der Forstwirtschaft ein Plus von 18 Prozent.

Es muß aber auch in aller Offenheit gesagt werden, daß die Einnahmen mit dieser Produktionssteigerung nicht Schritt halten. Der Bevölkerungsrückgang in der Landwirtschaft ist sicherlich eine Zeiterscheinung, das haben wir heute schon gehört. Es sei aber vermerkt, daß dieser Rückgang beachtlich war. Und zwar vom Jahre 1950 bis zum Jahre 1960 wurden um 420.000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weniger, das wäre ein Abgang pro Jahr von 2,3 Prozent. Der Nebenerwerbsbetrieb spielt in der Landwirtschaft eine immer größere Bedeutung. Der Nebenerwerbsbetrieb ist auch eine Maßnahme, um das Einkommen der landwirtschaftlich tätigen Familie verbessern zu können. Mit diesem Nebenerwerb ist die Möglichkeit gegeben, daß bei solchen Bauern oder bäuerlichen Berufstätigen, die in der Landwirtschaft nicht die volle Berufsfreude finden, anderen die Möglichkeit zur Aufstockung gegeben wird. Verschiedene Maßnahmen werden notwendig sein und Maßnahmen wurden eingeleitet und es ist erfreulich, daß man sich hier bemüht, diese Maßnahmen durchzusetzen. Ich möchte alle im Hohen Hause vertretenen politischen Parteien ehrlich bitten und ersuchen, hier unterstützend mitzuhelfen. Hier wäre zu erwähnen die allgemeine Wandlung der Betriebsgrößenstruktur. Durch die Flurbereinigung — wie der Herr Abg. Zinkanell schon zweimal im Rahmen dieser heurigen Budgetdebatte erwähnt hat — sie ist sicher eine Voraussetzung für jede weitere Arbeit in der Landwirtschaft, dann die Mobilisierung des Grundstücksverkehrs. Hier treten auch dort und da Hemmungen ein, die sicherlich in der Praxis nicht notwendig sein müßten.

Als zweite wesentliche Maßnahme wäre es für ausscheidende Übergangsbetriebe, um den Wandel vom kleinen Betrieb, nicht zukunftsreichen Betrieb zum existenzfähigen, in die Zukunft weisenden Betrieb zu erleichtern, notwendig, daß eben die Bildungseinrichtungen noch mehr gefördert werden, Arbeitsplätze für das Nebeneinkommen in bäuerlichen Gebieten zusätzlich geschaffen werden und vielleicht auch Stillungsprämien, vorzeitige Renten dann zur Auszahlung gebracht werden, wenn man damit eben jungen Betriebsführern, die keinen Hof übernehmen oder erben können, die Möglichkeit geben könnte, daß sie diesen auslaufenden Betrieb weiterführen und weiterleiten könnten.

Die Betriebsgründungsbeihilfe — vielleicht in Form von Zinsenzuschüssen — wäre ein wesentliches Hilfsmittel dazu. Als 3. Punkt möchte ich hier herausgreifen die Aufstockung von Übergangsbetrieben zu Vollerwerbsbetrieben. Wenn immer wieder erwähnt wird, daß die Landwirtschaft mit Beihilfen überfüttert wird, so könnte man Beispiele aus anderen europäischen Län-

dern bringen, wo der Beihilfenanteil um ein Vielfaches größer ist. Ich will aber die Zahlen nicht nennen. Eine sehr wesentliche Feststellung ist sicher, daß das Betriebseinkommen im Jahre 1967 pro Arbeitskraft 28.974 Schilling betragen hat. Diese Zahl ist deshalb erfreulich, weil sie innerhalb der letzten zehn Jahre wesentlich aufgestockt werden konnte. Wenn früher der sonst sehr sympatische Abgeordnete Loidl die Bauarbeiter sehr herausgestrichen hat, so wären viele unserer bäuerlichen Familien mit dem Einkommen eines Bauarbeiters ganz und gar einverstanden und zufrieden. (Abg. Loidl: „Aber es sind sehr viele ehemalige Landarbeiter jetzt Bauarbeiter und sie sind trotzdem nicht zufrieden!“)

Es hat das sicher eine Bedeutung, wenn man bei der Budgetdebatte erwähnt, daß die Agrarexporte im vergangenen Jahr einen Wert von 2,9 Milliarden Schilling ausgemacht haben. Und ich glaube, allen jenen, die immer wieder behaupten, man kann auch alle unsere Nahrungsmittel wesentlich billiger aus dem Ausland beziehen, müßte man das entgegenhalten. Wir Bauern wissen, daß wir unsere Probleme nicht isoliert betrachten dürfen. Wir wissen, daß wir uns einordnen müssen, wie eingangs betont, in die allgemeinen Wirtschaftsprobleme. Wir wissen, daß wir der Marktpolitik wesentlich mehr Augenmerk schenken müssen, als das bisher der Fall war. Wir wissen, daß wir der Produktionsumlenkung mehr als bisher uns zuwenden müssen. Wir wissen, daß in der Milchwirtschaft eine Ausdehnung sinnlos wäre. Und selbst dann, wenn man heute Zahlen bringt, daß die Milchleistung in Österreich und in der Steiermark rückläufig ist, kann man von einer baldigen Entlastung auf diesem Sektor noch immer nicht sprechen.

Wir stehen mit der Milchleistung in Europa an 8. Stelle und wir haben hier noch Reserven auszuschöpfen. Wenn wir daran denken, daß unsere Berggebiete bei intensivster Bewirtschaftung ihre Leistungen pro Kuh und Jahr noch um ein Vielfaches steigern könnten, so soll es für die Flachlandbauern von Bedeutung sein, daß sie das zur Kenntnis nehmen und heute schon zu einer Betriebsumstrukturierung schreiten. Ich will hier noch ein paar Zahlen nennen, die auch von großer Bedeutung sind. Nach den Buchführungsergebnissen, die dem Bundesdurchschnitt an Roh- und Reinerträgen gegenüberstehen, sei folgendes festgestellt:

Der Rohertrag 1962 pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche betrug 9.382 Schilling, der Reinertrag im gleichen Zeitraum 760 Schilling. Im Jahre 1964 betrug der Rohertrag 10.790 Schilling, der Reinertrag 872 Schilling, jeweils pro Hektar. 1966 abermals eine Steigerung des Rohertrages auf 12.037 Schilling pro Hektar, und hier ist bemerkenswert, daß der Reinertrag rückläufig war mit 772 Schilling. Zur Gegenüberstellung das Jahr 1964 noch einmal mit 872 Schilling pro Hektar. Wir wissen, daß all diese Zahlen sicher sehr schwer zu verkraften sind für die Bauern. Wir möchten aber all jenen sagen, die vielleicht als Vertreter der Bauwirtschaft, als Vertreter der übrigen Gewerkschaften meinen, daß die Re-

gierung schuld sei, daß das und jenes nicht erreicht werden konnte; hier sind auch die Rationalisierungsbestrebungen mit am Werk, die von jedem etwas abverlangen, um die Wirtschaft für die Zukunft zu stabilisieren. Diese Preisschere stieg somit innerhalb eines Jahrzehnts um 17 Prozent. Ich will hier noch einiges an Zahlen anführen, sicher in aller Kürze, aber trotzdem sehr von Bedeutung.

Diesen Preisauftrieb haben beispielsweise Investitionen, vor allem an Gebäuden, Maschinen, und deren Erhaltung bewirkt, aber auch Pflanzenschutzmittel und — der Herr Veterinärdirektor ist ja hier im Haus — die Honorare unserer Tierärzte. Am meisten gestiegen sind die Arbeitslöhne unserer Landarbeiter, nämlich seit dem Jahre 1958 um das Zweifache. Im Zeitraum 1958 bis 1966 wurde der Ersatz einer Arbeitskraft durch einen Anstieg des Gebäude- und Maschinenkapitals von 155.000 Schilling wettgemacht. Und hier liegen die echten Sorgen der Bauernschaft verankert. Ich will hier einen Agrarpreisspiegel von europäischer Sicht ganz kurz mit einigen Vergleichen bringen, womit ich verdokumentieren möchte, daß sicherlich unsere Bauern keinesfalls überhöhte Preise innerhalb der europäischen Marktsituation aufzuweisen haben.

Weizenpreis je 100 kg zum Termin Oktober 1968

in Österreich	2.35 Schilling
in Westdeutschland	2.44 Schilling
in Frankreich	2.31 Schilling
in Italien	2.53 Schilling
in Holland	2.46 Schilling

Bei Schlachtrindern sei mir noch ein Vergleich erlaubt, ebenfalls je 100 kg Lebendgewicht, mit 1. Oktober 1968, wo alle Länder, Westdeutschland, Frankreich, Italien und Holland wesentlich höhere Preise aufzuweisen haben. Das gleiche könnte auch bei Schlachtschweinen in diesem Zeitraum bei der gleichen Gegenüberstellung festgehalten werden. Minister Schleizer hat im Spätherbst des heurigen Jahres in Wien bei einer Veranstaltung zum Ausdruck gebracht, daß wir an der Schwelle einer Entwicklung stehen, an der die agrarische Revolution der jüngsten Vergangenheit die industrialisierte Landwirtschaft als Antithese zum bäuerlichen Familienbetrieb in den Bereich der Möglichkeit rückt.

Er sagt dann weiter: „Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Bauernschaft diesen Gefahren nicht erliegt. Wir müssen ihr helfen, den Weg in die Zukunft zu markieren.“ Ich glaube, auch wir hier als die Vertreter des Steiermärkischen Landtages müssen diese Worte beherzigen.

Und wenn der Kollege Zinkanell sicher — und davon bin ich fest überzeugt — ehrlichen Herzens bemüht ist, die Probleme der Bauernschaft sachlich zu betrachten und auch bemüht ist, die Probleme zu lösen, so muß ich aber auch bei aller Sachlichkeit feststellen, daß im Nationalrat sehr deutlich bei der vergangenen Budgetdebatte, bei der vorjährigen Budgetdebatte verlangt wurde, daß der Einheitswert der landwirtschaftlichen Betriebe wesentlich erhöht werden müßte, daß die Mittel des Grünen Planes nie-

mals aufgestockt werden dürften, daß die Agrarpreisstützungen schon längst empfindlich gekürzt werden müßten, daß der Familienlastenausgleich längst schon zu teilen gewesen wäre in einen solchen für Selbständige und in einen solchen für Unselbständige. Ich bin überzeugt, unser Kollege Zinkanell wird dazu in Wien bei seinen SPÖ-Nationalratskollegen intervenieren. Nun aber hier ein Vergleich. Wenn man meint, dem Herrn Österreicher geht es so schlecht: im Jahre 1954 wurden für Alkohol und Nikotin 6.5 Milliarden Schilling ausgegeben, im Jahre 1966 waren es 15.5 Milliarden Schilling, das ist pro Kopf ab dem 15. Jahre an Alkohol und Nikotin 2.798 Schilling. Noch ein Beispiel: im Jahre 1966 wurden in Wien im Durchschnitt täglich 60 Autos angemeldet aber nur 54 Kinder geboren.

Ein Presseauszug aus der sozialistischen Presse, der einem ehrlich denkenden Bauern sicher sehr ins Fleisch schneidet, lautet hier: Das gegenwärtige System ist einfach unhaltbar. Die wirklichkeitsfremden Äußerungen der früheren Bauernbundvertreter lassen darauf schließen, daß man in diesen Kreisen jedes Maß verloren hat. Man meint noch immer, daß der Steuerzahler dazu da ist, das finanzielle Faulbett zu schaffen, drastische Maßnahmen im eigenen Bereich zu ersparen. Ich glaube nicht, daß wir hier, als Mitglieder des Hohen Hauses, uns mit dieser Auslegung einverstanden erklären können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Afritsch: Ich übergebe den Vorsitz an Herrn Landtagspräsident Dr. Kaan.

Präsident Dr. Kaan: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Scheer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zur Gruppe Landwirtschaft zu sprechen, ist für einen Nichtlandwirt oder einen Nichtbauern sicherlich keine einfache Sache, aber sie beweist etwas, daß das bäuerliche Problem nicht nur ein den Bauern allein betreffendes ist, sondern daß es ein Problem ist, das die gesamte Bevölkerung eines Landes angeht und auch angehen muß. Wenn die Österreichische Volkspartei besonders empfindlich ist, wenn auch andere Parteien sich der Bauern annehmen und wenn es daraus gewisse Widersprüche gibt, dann vielleicht aus dem einen Grund, weil die Österreichische Volkspartei eifrigst bemüht ist, Bauern für sich als Parteibauern zu pachten und jeder anderen Partei absprechen will, bauernpositiv eingestellt zu sein. Ich darf also sagen, daß die Freiheitliche Partei sich seit eh und je zu einer positiven Einstellung unseres Bauernstandes aus grundsätzlicher Erwägung heraus bekennt und bekannt hat und immer wieder dafür eingetreten ist. Ich möchte auch an die Spitze meiner Ausführungen vielleicht stellen, daß es mich sehr wundert, daß die Vertreter der Österreichischen Volkspartei des Bauernbundes mit keinem Wort bei ihren Äußerungen darauf eingegangen sind, was sich eigentlich heuer im Sommer an Bauerndemonstrationen ereignet hat, weil diese Bauerndemon-

strationen in einem Widerspruch zu den Äußerungen der hier vorgebrachten Dinge stehen.

Sicherlich haben Sie meine Herren, auch der Herr Präsident Koller und der Herr Kollege Abg. Buchberger festgestellt, daß da oder dort noch Mängel bestünden in der Bauernschaft, aber das so dargestellt, als wären das so niedliche, kleine Mängelchen dort oder da, die man abschaffen müßte, aber im großen und ganzen sei alles in wunderbarer Ordnung. Sogar den Herrn Kollegen Zinkanell kann ich nicht davon ausnehmen, daß er hier so spricht, als sei auch alles in Ordnung, haben Sie sich nur wegen der Zeit irgendwie beschnitten, aber sonst muß ich sagen, waren Sie ein sehr zahmer Arbeitsbauer heute in diesem Hause. (Abg. Zinkanell: „Ich habe die Kritik sehr deutlich gesagt!“ — Abg. Karl Lackner: „Wir haben aus der Erfahrung gelernt, daß es unter Umständen viel mehr kosten kann, wenn man demonstriert — siehe Frankreich!“)

Sicherlich, sicherlich, aber ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß die ja nicht zum Spaß demonstriert haben, sondern, daß die ja einen ganz realen Hintergrund haben, daß ihre Sorgen so groß sind, daß sie demonstriert haben, erwachsene Menschen, die um ihre Existenz ringen, Leute, die wirklich im Leben stehen, haben dort demonstriert, nicht irgendwelche Studenteins, die sich jetzt wegen irgendeiner anderen Sache zusammengefunden haben — ich denke da an die Mittelschüler in Wien, die, meines Erachtens, sicherlich noch nicht die Legitimation haben — soweit sie noch nicht einmal 14 Jahre waren — zu demonstrieren, aber ein Bauer, der immerhin eine Existenz zu verteidigen hat mit seinem Hof, mit seiner Familie, mit seinen Kindern, der dann auf die Straße geht und sehr wohl weiß, was er damit anrichtet, daß er den Verkehr blockiert, daß man nicht weiter kann, daß der Fremdenverkehr dadurch auch sehr ungünstig beeinflusst wird, wenn er das macht, dann hat er doch zweifellos eine Begründung dafür.

Und ich habe mir als Nichtbauer gestattet, mir einmal die Frage vorzulegen, worin kann das eigentlich im besonderen liegen. In erster Linie liegt es daran, und das ist mir klar, daß der Bauer seine Existenz darauf gründet, welche Preise er für seine Produkte erzielt. Und nun hört man immer von einem kostendeckenden Preis auf der einen Seite und von der sogenannten Preisgerechtigkeit. Ich möchte mir erlauben, diese beiden Dinge einmal zu betrachten. Vom kostendeckenden Preis her ist es interessant festzustellen, daß die Milch in Österreich in Vorarlberg genausoviel kostet wie im Burgenland oder in Wien oder in Niederösterreich bzw. was den Bauern anlangt, kriegt der Vorarlberger Bauer genausoviel für seine Milch wie ein anderer Bauer.

Nun wissen wir ja aus eigener Anschauung, daß es einen gleichen, kostendeckenden Preis für diese Bauern ja gar nicht geben kann. Je nach der Lage ihres Grundes, der Lage ihrer Baufläche, ob sie in der Ebene liegen, ob ihr Grund am Hang liegt, ob sie maschinell überhaupt an

die Dinge herankommen, ist ja der Gestehungspreis für den einen Bauern in Vorarlberg, in Salzburg, in Steiermark, in Niederösterreich ja ganz ein anderer, ja sogar der Gestehungspreis für die Milch in einer einzigen Ortschaft ist verschieden. Das werden mir doch die Bauern zugeben? Und alle diese Bauern kriegen alle miteinander den gleichen Preis, ich weiß, daß ich mich jetzt auf eine Ebene begeben, wo es sehr schwierig ist dann festzustellen, welchen Gestehungspreis ich den Bauern in Vorarlberg, im Burgenland usw. zugestehe. Aber ich merke, bei der Bauernschaft da kriegt ich keine Antwort und ich würde mich da sehr interessieren dafür, wie stellt man sich eben diesen Erzeugerpreis, wenn ich ihn so nennen darf, vor, daß er preisgerecht wird und jetzt komme ich zu der dritten Preisgerechtigkeit im Augenblick dazu, wo ist die Preisgerechtigkeit bei den verschiedenen Gestehungskosten, die der Bauer für seine Produkte, jetzt aber nicht nur auf Milch eingeschränkt, sondern für alle seine Produkte hat, ob das jetzt der Weizen ist oder etwas anderes ist ganz gleich, wo bringe ich die Gestehungskosten heraus, wie kann ich da echt helfen?

Und da ist mir die Führung der Landwirtschaft in Österreich einfach die Antwort bisher völlig schuldig geblieben und ich verstehe nicht, daß man diesen Grundsatz der Preispolitik in keiner Weise berührt. Das ist ja der Angelpunkt aller landwirtschaftlichen Politik, nicht all die zweitrangigen Dinge, daß man die Grundstücke nach dem Agrarstrukturplan zusammenlegen muß, daß man den Verkehr darin erschließen muß, daß man eine allgemeine Bodenverbesserung durchführt, daß man die Besitzaufstockung durchführt, Elektrifizierungen, überhaupt alle diese Dinge global zusammen, es haben meine Vorredner das ja hinreichend beleuchtet, das alles ist notwendig. Aber das Ergebnis dieser Strukturpolitik ist, daß ich auf einer kleineren Fläche oder mit einer kleineren Mühewaltung eine größere Produktion und damit einen größeren Preis für meine Produkte erziele. Das ist doch die Endlösung für diese Frage. Und nun kommt es zu einer sehr interessanten Situation, die natürlich in den Wechselfällen der Jahrtausende immer verschieden gewesen ist, nämlich bevor es noch Schulen und Straßen und Schifffahrt und Wolkenkratzer und Industrien gegeben hat, hat es ja schon den Bauernstand gegeben.

Der Bauer und, Herr Präsident, die Jäger waren so ungefähr die ersten Berufssparten, die für die Ernährung gesorgt haben (Landesrat Peltzmann: „Die Fischer nicht?“), die Fischer auch noch dazu. Das ist also ein uralter Berufsstand, der auch in ferner Zukunft immer sein wird, aber erst ein Zeichen der modernen Zeit ist es, daß es Überschüsse in der Landwirtschaft gibt. Mit diesem Problem beschäftigt man sich eigentlich erst seit relativ kurzer Zeit, insbesondere bei der Milchproduktion und beim Weizen. Vielerorts ist man heute schon drauf und dran, dieser Überproduktion ganz entscheidend zu begegnen. In den USA beispielsweise werden Prämien bezahlt für Gründe, die der Bauer freiwillig

lig nicht bebaut oder für die Verminderung des Kuhbestandes usw. Die Frage nach der Überproduktion ist entweder die Frage, ob ich meine Produktion mindern oder ob ich meinen Verbrauch steigern kann, das heißt den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte. Daran liegt es ja.

Natürlich ist das in einem Land begrenzt. Der Bauch hat nur einen gewissen Umfang und dann ist er eben gefüllt und weiter geht es nicht. Das zweite ist dann der Export, aber wie wir sehen, leiden unter den gleichen Bedingungen auch alle anderen, daher kann ich die Landwirtschaft und all ihre Probleme nicht nur vom Kirchturm Österreich her sehen, sondern weltweit. Auch die Überproduktion muß man weltweit sehen, auch in der unter Umständen jetzt einzusetzenden Maßnahme, wie ich diese Überproduktion streiche oder mindere, wobei wir überlegen müssen, ob wir nicht in sehr naher Zukunft unter Umständen gezwungen sind, mindestens diese Produktion, die ich heute wegräumen will, zu steigern, nachdem wir wissen, meine Damen und Herren, daß die Vermehrungsquote der Menschen geradezu zu einer Bevölkerungsexplosion auf unserem Stern führt und wir im Jahr 2.000 eine doppelt so große Anzahl von Menschen vorfinden. — Wenn wir es uns überlegen, ist das gar nicht mehr so lange. Dann werden diese Menschen auch ernährt werden müssen.

Daher sind alle Überlegungen, die zur Zeit auf diesem Gebiet vielleicht hochaktuell sein können, in absehbarer Zeit so umgewandelt, daß wir gerne noch zurückdenken an die Zeit, wo wir eine Überproduktion gehabt haben. Tun wir also alles darum, daß wir trotz des Wissens um die Überproduktion und aller Schwierigkeiten lebensfähige, attraktive Landwirtschaften erhalten. (Abg. Karl Lackner: „Dafür wird schon der Bauer sorgen, der tüchtige und fleißige!“)

Natürlich, aber das Wort gilt ja nicht nur für den Bauern, das gilt auch für die Arbeiter in der Bauwirtschaft, für die Gewerbetreibenden, für die Industriellen, kurz für jeden. Der Tüchtige wird sich in seinem Beruf durchsetzen und durchsetzen müssen. Ich muß ihm allerdings — und das ist vielleicht die erwiesene andere Situation des Bauernstandes — viel mehr Hilfen zuführen, als das bei einem anderen Beruf der Fall ist, weil er mit ganz anderen Imponderabilien rechnen muß. Wenn den Bauern einmal das Unglück trifft, daß er durch Witterungsverhältnisse den ganzen Ertrag der Ernte verliert, dann muß ihm irgendwie geholfen werden. Das ist nur ein kleines Beispiel dazu. Aber — und jetzt werde ich vielleicht etwas politisch — meine Auffassung ist, — und ich habe es in diesem Hause schon öfter gesagt — daß die Politik nichts anderes ist als der Versuch der Menschen, ihre Beziehungen untereinander zu ordnen. In diesem Begriff ist alles Politik und muß auch alles Politik sein. (Abg. Fuchs: „Es gibt da verschiedene Beziehungen!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist es ja eben!“)

Aber zu all dem, was in diesen Dingen jetzt allgemein gesagt wurde, darf ich doch hinzufügen, daß der österreichische Bauer einen großen Nachholbedarf in verschiedenen Dingen hat,

insbesondere auf dem sozialpolitischen Sektor. Und da, Kollege Lackner und meine Herren auf der rechten Seite, möchte ich sagen, haben alle Landwirtschaftsminister der Österreichischen Volkspartei in meinen Augen versagt. Sie haben bis heute nämlich noch immer nicht auch nur annähernd dem Bauern eine derartige soziale Sicherstellung und auch die Einordnung in die soziale Gesellschaftsordnung unseres Staates bringen können, wie es sich hier die Angestellten und die sonstigen Arbeitnehmer schon längst errungen haben. Darüber sprechen sie leider in meinen Augen auch viel zu wenig und das ist auch eines der großen Unbehagen, die den Bauern treffen und warum viele abwandern zur Industrie und in die unselbständigen Berufe, weil Arbeiter oder Angestellter zu sein heute noch immer viel attraktiver ist, als Bauer zu sein. Leider Gottes stelle ich das fest. (Abg. Pabst: „Nur in Österreich? In Deutschland zum Beispiel nicht? Da sind die Entwicklungen ganz anders?“)

Ich will mich weder mit den Verhältnissen in Deutschland noch in Sowjetrußland befassen, sondern nur mit den Dingen, die uns hier betreffen. Wenn jedes Land nur darauf sehen würde, was der andere macht, und wenn der nichts macht, tun wir auch nichts, wohin kämen wir dann! Der Vorwurf geht sehr daneben, den Sie hier bringen. (Abg. Fuchs: „Das war kein Vorwurf, nur eine Frage!“)

Der Herr Kollege Fuchs ist mir in der Hinsicht als Richter angenehm und ich nehme zur Kenntnis, daß das nur eine Frage gewesen sein soll.

Ich bin leider über die deutschen Verhältnisse in dieser Sparte nicht so unterrichtet, daß ich Ihnen eine erschöpfende Antwort geben kann. Vielleicht wird uns der Herr Referent sagen können, ob der Bauer in Deutschland nicht doch sozial besser gestellt ist als bei uns in Österreich. Darauf kommt es ja letzten Endes an, den Bauern sozial möglichst höherzustellen, um ihm die Einordnung in unsere Gesellschaftsordnung auch attraktiv zu machen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Bauern stehen nicht außerhalb der Gesellschaft, weil Sie gesagt haben ‚Einordnung in die Gesellschaft!‘“)

Bauer ist nämlich leider Gottes nicht Bauer, das wäre viel zu einfach. Es gibt nämlich Bauern, von denen Sie reden, die sehr attraktiv sind, sehr attraktiv sein können und es auch schon sind, weil sie durch ihre Verhältnisse in ihrem Beruf entsprechend groß sind, entsprechend ertragreiche Gründe haben, eine gute Lage besitzen, weil ihre Familienverhältnisse vielleicht so gut sind, daß er eine gute Bäuerin, oder vielleicht schon erwachsene Söhne und Kinder hat, die helfen, also die können sich schon dazu zählen. Aber es gibt so viele kleine Bergbauern und Arme im hinteren Winkel, die sich verstoßen fühlen, die abseits sind von all den kulturellen Einrichtungen, die wir Städter genießen, die auch viele großen Bauern genießen können, indem sie mit dem Auto in die Oper fahren können und alle diese Dinge, die gibt es und die soll es geben, Gott sei Dank, daß es sie gibt und es soll der Anteil der Bauernschaft, der sich alles

das leisten kann, noch viel viel mehr steigen.

Dieser Meinung sind wir auch, aber Sie können den Vorwurf nicht entkräften, den wir darin finden, es gibt kein Mutterschutzgesetz für die Bäuerin, sie steht bis einen Tag vor ihrer Niederkunft am Herd. Es ist ihre Sorge, ob sie Urlaub bekommen, ob sie auch in entsprechender Weise sozial gesichert sind, wenn ihnen ein Unglück zustößt. Das sind alles Dinge, die uns und unserer Bauernschaft am Herzen liegen, ja, wenn es Ihnen am Herzen liegt, meine Herren, dann liegt es an Ihrer Initiative. (Abg. Karl Lackner: „Machen Sie uns einen konkreten Vorschlag!“)

Ich habe Ihnen ja einen konkreten Vorschlag gemacht, daß Sie den Mutterschutz für die Bäuerin einführen! (Abg. Karl Lackner: „Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie einen konkreten Vorschlag machen!“)

Ja, lieber Freund Lackner, Sie tun ja gerade so, als wenn wir im Parlament die Mehrheit hätten und nicht Sie. Sie brauchen ja nur im Parlament einen entsprechenden Antrag und eine entsprechende Durchsetzung dieser Forderung einbringen. Sie können das selbst allein machen, daß es geht ist mir auch klar. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Egger: „Wir haben die Familienhelferinnen eingeführt!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte den Redner fortzufahren und sich nicht in Zwiegespräche einzulassen.

Abg. Scheer: Herr Präsident, es ist nicht so schlimm. In dieser Zeit kann man auch ohne weiteres ein bisserl diskutieren. (Landeshauptmann Krainer: „Wie sollen wir es denn machen?“)

Herr Landeshauptmann, das liegt vielleicht auch daran, daß der Einwand wirklich unsachlich ist, wie sollen wir es denn machen? Mit diesem Einwand wollen Sie sagen, als würde es sich nicht machen lassen, daß die Frau bessergestellt wird. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Jetzt wird's ganz gefährlich da herinnen.

Nun, bitte zusammenfassend, meine Damen und Herren, soll mein Beitrag in der Feststellung gipfeln, die Bemühungen des Landtages und die Bemühungen aller Parteien darüber hinaus können nur daraufhin gerichtet sein, uns einen gesunden Bauernstand in unserem Lande sicherzustellen. Und zwar nicht nur sicherzustellen auf eine kurze Zeit, sondern auf eine lange Frist hinaus diesen Beruf attraktiv zu machen und den Bauern um Gottes Willen nicht zu einem fünften Rad am Wagen werden zu lassen, sowohl was das Einkommen betrifft als auch die soziale Sicherheit, die wir ihm bieten müssen wie ich es vorhin genau so gesagt habe, dann wird ein gesundes Zusammenwirken aller Bevölkerungsteile und aller Berufstätigen nur zum Vorteil des Staatsganzen sein. (Beifall.)

Präsident: Ich schalte jetzt 10 Minuten, aber nur 10 Minuten Lüftungspause ein. Also genau 18.46 Uhr wird fortgesetzt.

Unterbrechung der Sitzung: 18.36 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 18.46 Uhr.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Trummer das Wort.

Abg. Trummer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will nicht lange herumreden, sondern was ich will, ist, daß ich für meinen Bezirk ein Geld will. Wie wichtig die Meliorationen in unserem Bezirk sind, werde ich Ihnen in kurzen Sätzen schildern. Unser Bezirk wird von sieben Bächen durchzogen, das sind der Klausenbach, der Drauchenbach, der Sulzbach, der Jahrsbach mit dem Pottendorferbach, der Ottersbach, Saßbach und der Schwarzabach, wovon leider nur der Glasbach im Regulierungsplan ist. Außerdem ist ein Hochwasserschutzbau bei Radkersburg zu bauen. Diese Gewässer versumpfen in unserem Bezirk ca. 4.000 ha Wiesen. Wenn diese Bäche reguliert werden, können diese 4.000 ha Wiesen in ein fruchtbares Ackerland umgewandelt werden. Auf diesen 4.000 ha gewonnenem Ackerland könnte eine Maisernte von ca. 24.000 Tonnen jährlich erreicht werden, welche einen Wert von 53 Millionen Schilling hätte. Dadurch würde das Einkommen unserer Bauernschaft im Grenzland bedeutend erhöht werden können.

Und gerade diese Flächen sind eben Flächen, wo sich der Maschineneinsatz für Maisbau und Ernte einmalig bewährt. Gerade im Maisbau ist eine große Ausweichmöglichkeit vorhanden. Da unser Staat heute noch 300.000 Tonnen Mais und 200.000 Tonnen Gerste lt. Bericht des Landwirtschaftsministers einführen muß, so bitte ich Herrn Landeshauptmann Krainer, daß diese Regulierung unseres Bezirkes im kommenden Jahre zum Zuge kommen möge, denn dadurch erspart sich dann der Staat Millionen von Schillingen an Devisen. Und so kann endlich einmal der Lebensstandard der Bauernschaft sowie der Klein- und Mittelbetriebe in unserem Bezirk gehoben werden. Diese Regulierungen sind einmal eine dringende Notwendigkeit unseres Grenzbezirkes. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Hans Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Für Personalerfordernisse der Landwirtschaftskammer werden im Jahr 1969 über den Landesvoranschlag 16.3 Millionen Schilling ausgegeben, das sind um 2 Millionen Schilling mehr, als im Jahre 1968. Die Landarbeiterkammer erhält für Personalerfordernisse 400.000 Schilling, das sind ebenfalls um 50.000 Schilling mehr als 1968. Ich glaube, hier sagen zu können, daß dies doch sehr erhebliche Mittel sind, eine zusätzliche Hilfe des Landes, die es ermöglicht, sehr wichtige und sehr notwendige Aufgaben zu erfüllen. Es sei mir aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestattet, hier auch einige kritische Bemerkungen anzustellen, vor allem deshalb gestattet, weil bei der Gruppe fünf auch sehr viele Fragen in der Richtung gestellt wurden, wie man beim Gesundheitswesen etwas einsparen kann, wie man einiges rentabler gestalten kann, so stelle ich mir vor, daß man

diese berechnete Frage auch bei den Personalverhältnissen der Kammern stellen kann, weil doch nach meiner Meinung hier ein sehr berechtigter Grund vorhanden wäre. Denn, wenn so wie bei den Landwirtschaftskammern und bei der Landarbeiterkammer, also den beiden gesetzlichen Interessenvertretungen in der Land- und Forstwirtschaft, bei stets sinkendem Stand der Beschäftigten ein gleichbleibender Personalstand zu verzeichnen ist, dann ist meiner Meinung — und ich glaube, ich kann auch das sagen — und nach Meinung der Sozialisten einiges nicht in Ordnung. (Abg. Dr. Heidinger: „Einsparungskommissär!“)

Wir können uns dann auf gleichem Gebiet betätigen, Herr Dr. Heidinger. In der Landwirtschaftskammer sind im Jahre 1950 383 Bedienstete gewesen, 1956 510, 1968 waren es 758 und 1969 763. (Abg. Lafer: „Woher weiß man das?“)

Das weiß man genau, es gibt ja Voranschläge wo es ausgewiesen ist, das müssen Sie ja wissen als Kammerrat.

Wir müssen andererseits feststellen, daß eine ständige Abwanderung erfolgt, ich kann es hier nicht sagen, nach steirischen Verhältnissen, aber die Abwanderung auf Grund der Volkszählung aus den bäuerlichen Gebieten ist mit rund 16 Prozent vom Jahre 1961 bis jetzt zu werten. In der Steiermärkischen Landarbeiterkammer, bei der provisorischen Errichtung, waren 1950 20 Bedienstete zu einem Zeitpunkt, als noch rund 50.000 pflichtversicherte Arbeiter und Angestellte dieser gesetzlichen Interessenvertretung angehört haben. 1968, also 18 Jahre später — inzwischen hat es ja Erhöhungen gegeben — immer noch 20 Bedienstete, allerdings nur mehr bei einem Versichertenstand von 21.000. Wir stellen also fest, daß hier eine sehr enorme Verringerung besteht und ich glaube, daß die Frage berechtigt ist, vor allem in einer Zeit berechtigt ist, wo immer wieder gefragt wird, wo das Geld herkommen soll für verschiedene Aufwendungen, daß man auch diese Sparte einmal untersucht und ich darf daher an Herrn Landesrat Niederl die Frage richten, ob er Möglichkeiten sieht, hier mit Rücksicht auf das ständige Sinken der Beschäftigten in beiden Kammern auch Personaleinsparungen durchführen zu können — ich weiß, daß ist Aufgabe der Kammern — aber dadurch automatisch auch eine Senkung des Personalkostenzuschusses vom Lande her zu erreichen.

Eine kurze Bemerkung gestatten Sie mir auch für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft. Es liegt eine Regierungsvorlage vor, mit der wir uns in absehbarer Zeit — ich nehme an im Jahre 1969 — zu beschäftigen haben und in dieser Regierungsvorlage ist erstmalig eine Verschlechterung in der Form enthalten, daß ein gesetzlicher Feiertag, den die land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer nun durch mehr als 20 Jahre hindurch bezahlt erhielten, daß der aufgelassen werden sollte, ein einseitiges Tauschgeschäft für eine schwache Dienstnehmergruppe zugunsten des Nationalfeiertages. Ich hoffe, daß wir noch genügend Gelegenheit haben werden, in den zuständigen Gremien über dieses Problem

zu reden, um Verschlechterungen der Landarbeitsordnung, der gesetzlichen Grundlage für unsere Dienstnehmer zu verhindern, weil wir der Meinung sind, daß auch in der heutigen Zeit alle Ursache dazu besteht, daß wir bemüht sein müssen, Schritt zu halten mit der allgemeinen Entwicklung und auch unseren Menschen entsprechend bessere gesetzliche Grundlagen zu schaffen haben. Wir haben daher auch im Finanz-Ausschuß beantragt, daß bezüglich der Arbeitszeit, wo die gesetzlichen Bestimmungen weit hinter dem Kollektivvertrag zurückliegen, eine Änderung und eine Angleichung erfolgen soll.

Ich darf dies sagen, im Hinblick darauf, daß immer noch etwas über 700 Schilling Unterschied der Einkommen gegenüber den Arbeitern in Industrie und Gewerbe besteht und daß es absolut noch nicht so ist, daß die Löhne der Land- und Forstarbeiter zufriedenstellend sind. Also ein sehr starkes Lohngefälle auf diesem Gebiet, das unbedingt in absehbarer Zeit beseitigt werden muß. Es ist hier von einem Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei darauf hingewiesen worden, daß es auch in Ländern mit sozialdemokratischer Mehrheit Probleme bezüglich der Agrarfragen gibt, ich darf ganz konkret auf Schweden verweisen. Selbstverständlich gibt es dort auch Probleme, mit denen man sich zu beschäftigen hat und die sozialdemokratische Regierung in Schweden beschäftigt sich damit, sie beschäftigt sich in der Form, daß es dem Bauern dort möglich ist, den bei ihnen beschäftigten Landarbeitern bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden einen Stundenlohn von 40 Schilling, nach unserem Geld umgerechnet, zu bezahlen. Ich nenne das eine positive Beschäftigung und ich sehe darin auch, daß es im gesamten gesehen möglich ist, bei entsprechender Regelung, bei entsprechender Einteilung, doch auch auf dem agrarischen Sektor jene Voraussetzungen zu schaffen, die sowohl den Arbeitgebern, also auch den Bauern selbst, als auch den Landarbeitern als den dort Beschäftigten zugutekommen.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch — ich hatte mir das ursprünglich nicht vorgenommen — Stellung nehmen, zu einigen grundsätzlichen Fragen in der Agrarpolitik. Ich habe eingangs geglaubt, bei der Gruppe 7, als der Herr Abg. Buchberger für die Österreichische Volkspartei hier in sehr ruhiger, sachlicher und objektiver Form die Probleme über die Agrarpolitik dargelegt hat, daß doch diese Gesinnungsänderung langsam aber sicher sich in den Reihen der Österreichischen Volkspartei durchgesetzt hat. Aber ich habe feststellen müssen, eine Schwalbe, wie man sagt, macht noch keinen Sommer.

Nachdem Präsident Koller über Agrarprobleme gesprochen hat, war die Situation doch wesentlich anders und letzten Endes so, meine sehr geehrten Damen und Herren, das darf ich sagen, daß sie es immer noch sehr schwer haben, von vergangener Tradition und von den Begriffen, mit denen in vergangenen Jahrzehnten Agrarpolitik gemacht wurde, loszukommen. Ich war eigentlich etwas erschüttert darüber, daß Sie von

einer Illusionstheorie des Landwirtschaftsministers der EWG Dr. Mansholt sprechen (3. Präsident Koller: „Weil das Geld dazu nicht da ist!“), vor allem deshalb erschüttert, weil ich doch der Meinung und der Auffassung bin, daß in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der sehr hart und sehr gründlich und sehr lange über die Probleme der Agrarpolitik gestritten worden ist, nicht nur Dr. Mansholt den Ton angibt, daß letzten Endes dort die Landwirtschaftsminister der EWG-Staaten und ich erinnere mich nicht daran, daß einer davon ein Sozialist wäre, bitte berichtigen Sie mich, wenn das der Fall sein sollte, ich weiß das nicht so genau, aber ich nehme an, das sind Landwirtschaftsminister, die Ihrer Richtung angehören und daß die Dr. Mansholt, den ehemaligen holländischen Landwirtschaftsminister dort zum Landwirtschaftsminister der EWG gewählt haben. Und vielleicht ist eines interessant und das darf ich auch aussprechen. Ein österreichischer Nationalrat, er gehört übrigens auch Ihrer Fraktion an, hat in Brüssel in Gegenwart eines Nationalrates von unserer Seite, an einen sehr maßgebenden Parlamentarier die Frage gestellt, wie es überhaupt möglich ist, daß in der EWG ein Sozialist Landwirtschaftsminister werden kann? Und er hat darauf die bezeichnende Antwort erhalten, es war die einzige Möglichkeit und die einzige Chance einen Sozialisten mit dieser ungeheuren Verantwortung zu betrauen, weil nur er, der nicht belastet ist mit all dem Vergangenen in der Lage ist, eine fortschrittliche Politik im Hinblick auf die weitere Entwicklung zu machen. (Abg. Ritzinger: „Darum übernehmen wir nun die verstaatlichte Industrie und die Sozialpolitik!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß es doch letzten Endes eine sehr, sehr entscheidende Frage ist, weil auch in der EWG, an die Sie sich so gerne anhalten und von der Sie so gerne reden, diese Landwirtschaftspolitik oder Agrarpolitik im gesamten ja nicht von einem Mann gemacht werden kann, da sind doch dort Beschlüsse. Es ist selbstverständlich, daß jemand Vorschläge machen muß und die Vorschläge, die gemacht worden sind — ich weiß jetzt nicht wie lange es her ist, ungefähr zehn Jahre und die Prognosen, die damals gestellt worden sind (Landeshauptmann Krainer: „Elf Jahre!“), die sind übrigens ziemlich genau eingetroffen. Und wenn also Dr. Mansholt jetzt neue Prognosen stellt und neue Vorschläge erstellt, da mögen die sehr revolutionierend sein und sehr revolutionär ausschauen im gegenwärtigen Zeitpunkt, aber unsere Zeit ist sehr schnelllebig und die Veränderung ist enorm auf diesem Gebiet, nicht nur auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik auch auf allen anderen Gebieten und daher glaube ich, Herr Präsident Koller (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Prof. Dr. Eichinger.)

Aber schauen Sie, Herr Professor, der deutsche Landwirtschaftsminister hat in der EWG Sitz und Stimme und hat dort genauso die Politik zu vertreten und die Politik zu machen, die sie gemeinsam beschließen. Das ist nichts anderes im Endeffekt als in unserer Steiermärkischen Lan-

desregierung, wenn ich das vergleichen darf, daß man sich bemüht, auf dieser Ebene mit den Problemen zurecht zu kommen. Und Herr Präsident Koller, Sie haben in dem Zusammenhang, daß Sie Mansholt und seine Vorschläge (3. Prä. Koller: „Warum verteidigen Sie ihn denn so?“), bitte, es ist Ihr gutes Recht, daß Sie das ablehnen, ich sage und stelle es nur im allgemeinen fest, haben Sie zugleich auch so daneben den Wirtschaftsminister der Deutschen Bundesrepublik mit hinein in diesen Reformertopf, wenn ich es so nennen darf, gesteckt. (3. Präsident Koller: „Er vertritt doch dieselbe Idee!“)

Ja, er vertritt noch ganz andere Ideen, er als Nationalökonom. (Zwischenruf 3. Präsident Koller.)

Aber, Herr Präsident, der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik kann sich nicht nur mit diesen fortschrittlichen Ideen in der Landwirtschaft befassen, er muß sich darüber hinaus selbstverständlich auch mit der gesamten Wirtschaft beschäftigen und Sie müssen mir doch zugeben, in Deutschland war doch die Situation so, daß Erhard angestanden ist mit seiner Regierung, daß es nichts anderes gegeben hat als eine Koalitionspolitik zu machen und daß nun das Gespann Schiller und Strauß, ich gestehe Ihnen das zu, in der Lage ist, auch dort entsprechend voranzukommen und jenen Auftrieb zu geben, auf den Sie eigentlich hoffen hier. (3. Präsident Koller: „Darum rechnen Sie sich aus, wie es in Bayern ausschauen würde, wenn es dort ‚Schillern‘ würde!“)

Ich bin vor 14 Tagen durch Bayern durchgefahren, Herr Präsident, allerdings auf der Autobahn, ein bisserl abseits und ich habe dort feststellen müssen, daß es sehr viel neue Industrie-Gründungen gibt, enorme Industrialisierung und daß das die einzige Chance und Möglichkeit ist, auf diesem Gebiet überhaupt die Probleme zu erledigen. (Landesrat Sebastian: „Die größte Industrialisierungsrate!“ — Abg. Zinkanell: „Auch zugunsten der Landwirtschaft, das haben Sie selbst gesagt. Das ist der Weg!“)

Aber, meine Damen und Herren, es wäre eine Tragikomödie möchte ich fast sagen, wenn die ÖVP nun der Nutznießer einer Politik wäre, die von den Sozialdemokraten in Deutschland in überwiegendem und überzeugendem Maße gemacht wird, die hier herinnen, von Ihnen als ÖVP-Abgeordnete abgelehnt wird, das wäre eine Tragikomödie.

Ich bin schon am Schlusse: Für mich war allerdings das Erschütterndste, wenn ich das offen sagen darf, das, wie der Herr Abg. Scheer die Frage aufgeworfen hat, wie kann man nun im Bereiche der Landwirtschaft gewisse Verbesserungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik machen. Da hat er die Antwort darauf bekommen: „Ja, wie soll man das machen?“ (3. Präsident Koller: „Weil Ihr nicht mittut!“)

Wenn ihr das nicht wißt, wer soll es dann wissen! (Landeshauptmann Krainer: „Aber, Herr Kollege, sind Sie doch nicht so überheblich!“)

Nein. (Landeshauptmann Krainer: „Doch, überheblich und nichts anderes! Natürlich wissen wir es, nur, mit einem Gesetz kann ich nicht einen

Ersatz für die Bäuerin hinstellen, das war die Diskussion. Die Wirklichkeit ist ja anders.“ — 3. Präsident Koller: „Das Problem ist ja ein menschliches!“ — Landeshauptmann Krainer: „Die Familienhelferinnen sind nicht in notwendiger Zahl da usw. Das hat ja nicht an der Verwirklichung von Maßnahmen gelegen!“)

Das hat gar nicht so überzeugend geklungen, absolut nicht. (Landesrat Sebastian: „Die Frage hast ja nicht Du gestellt, wie machen wir das!“ — Präsident: „Ich bitte den Redner, fortzufahren in seiner Rede.“)

Ich bin schon fertig, Herr Präsident. Ich war erschüttert, denn wissen muß es der Bauernbund und wissen müßt es Ihr, wie der Bauernschaft zu helfen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Lafer. Ich erteile es ihm.

Abg. Lafer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich einige Fragen des Herrn Kollegen Brandl beantworte, möchte ich doch die Förderung der Kammer noch zur Sprache bringen. Man ist vielfach der Meinung und man fragt sich, ob die Förderung der Landwirtschaft in einer Zeit der Nahrungsmittelfreiheit überhaupt noch notwendig sei. Ich stelle diese Frage deshalb, weil man oft feststellen kann, daß viele die Meinung haben, die Landwirtschaft müsse nur so lange gefördert werden, als Nahrungsmittelmangel im Inland herrscht und darüber hinaus hätte man keine Verpflichtung mehr, die Landwirtschaft zu fördern. Wenn die österreichische Landwirtschaft eines Tages in einem Großraum vollkommen konkurrenzfähig sein soll, so müßten für sie und für ihre Entwicklung dieselben Voraussetzungen gelten, wie sie für die Entwicklung der übrigen Wirtschaft in Anspruch genommen werden. Sollen wir aber die Produktivität der Landwirtschaft steigern, dann kommt es zwangsläufig zu einer Steigerung der Produktion und natürlich auch zu Schwierigkeiten im Absatz. Leider werden hier oft nicht jene Maßstäbe angewandt, wie sie für die übrige Wirtschaft gelten.

Die Landwirtschaft steht einerseits unter der gleichen Konkurrenz, wie sie die Konjunktur ausübt, in bezug auf Wirtschaftlichkeit, Lohnpolitik, Arbeitsfestlegung und Beschäftigungszahl, andererseits wird sie aber in eine Ausnahmestellung gestellt, und zwar dahingehend, daß sie Lebensmittel erzeugt, die für die Erhaltung der Menschheit wesentlich wichtiger sind. Dazu hat die Landwirtschaft ungleich größere Schwierigkeiten zu überwinden. Sie ist z. B. an den Ablauf der vier Jahreszeiten gebunden und der Ertrag ihrer Arbeit hängt letzten Endes von den Einflüssen der Witterung ab. Es ist also die Frage, ob die Förderung auch in einer Zeit notwendig ist, wo wir in einzelnen Sparten bereits mehr erzeugen, als wir zur Versorgung des Inlandes brauchen. Es wird oft, wenn man Fragen und Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zur Debatte stellt, wie z. B. Landflucht, Mindereinkommen usw., der Gedanke vertreten, es gäbe ein Wundermittel für die Landwirtschaft, jedoch

seien die agrarischen Vertreter noch nicht daraufgekommen, was eigentlich unternommen werden sollte.

Ich glaube aber, daß die Landwirtschaftsförderung, wie sie bisher erfolgte, völlig richtig war. Ich sage dies deshalb, weil ein Großteil der Förderungsaufgaben sowohl des Landes als auch des Bundes der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, also der Selbstverwaltung der bäuerlichen Vertretung, eingeordnet wurde. Es ist eine Tatsache, daß wir uns in einer sehr raschlebigen Zeit befinden und daß auch die Landwirtschaft sich hier rasch fortentwickeln muß. Dadurch tauchen natürlich neue Probleme auf. Es ist leider Tatsache, daß heute noch viele Landwirte im Alter von 50 bis 60 Jahren Wirtschaften führen, die in ihrer Jugendzeit keine Möglichkeit zu irgend einer Ausbildung hatten. Kaum war das Kind aus der Schule, mußte es bereits ins harte Joch der Arbeit, im besonderen beim Bergbauern. Die Landwirtschaftsförderung hat vor allem das Ziel, zu verhindern, daß Bauern überhaupt notleidend werden. Das war bisher immer der tragende Gedanke, die Förderung dort einzusetzen, wo es notwendig ist.

Daher war es notwendig, auch Betriebsberater einzusetzen, um hier Unterstützung zu leisten, damit solche Betriebe auch in Zukunft bestehen können. Deshalb hat die Kammer für Land- und Forstwirtschaft auch Aufbaugelände geschaffen, die sich segensreich ausgewirkt haben. Dort wurden auch besondere Förderungsmaßnahmen durchgeführt, wie vor allem der Wegebau bei Erschließung der einzelnen Höfe, Güterwegebau und in der Waldwirtschaft Forstwege usw. Besonderes Augenmerk ist auch der Verbesserung der Agrarstruktur zu schenken. Ein kleines Beispiel aus dem Bezirk Feldbach, und in vielen Teilen der Steiermark ist es ähnlich. Von den 9.742 landwirtschaftlichen Betrieben ist fast die Hälfte unter 5 ha. Um die Vielzahl der Kleinbetriebe existenzfähig zu erhalten, müssen Nebenerwerbsquellen erschlossen werden. Die Lebensfähigkeit der Kleinbetriebe kann durch Aufstockung, durch Nebenerwerb oder durch Sonderkulturen gewährleistet werden. Die Tendenz zur Vergrößerung von Besitzflächen findet ihren Ausdruck in der Inanspruchnahme der Grundaufstockungsaktion. Sie war leider im Jahre 1967 gegenüber 1966 rückläufig.

Daraus ist ersichtlich, daß das Problem der kleinbäuerlichen Betriebe nicht mit der Aufstockung allein zu lösen ist, da allgemein der Hang zum Grundbesitz feststellbar ist und dadurch nur geringe Aufstockungsmöglichkeiten überhaupt bestehen. Die Schaffung von Nebenerwerbsmöglichkeiten in Form von Industrie Gründungen in Gebieten kleinbäuerlicher Betriebsstrukturen könnte hier weitgehend Abhilfe schaffen. Allerdings meine ich hier vor allem Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Genaue Erhebungen in vier Kleingemeinden im Bezirk Feldbach haben ergeben, daß von 291 Betrieben 89 Betriebe einem Nebenerwerb nachgehen, der als Haupterwerb zu rechnen ist. Das sind etwa 32 Prozent, rund ein Drittel.

Leider viel zu wenig Beachtung fanden in diesen Gemeinden noch die Sonderkulturen. Von den oben erwähnten 291 Betrieben sind 11 Erwerbsobstbauern, 2 Gemüsebauern und die größte Zahl, 27, sind Geflügelmäster, während die übrigen keinen Nebenerwerb haben. Diese Erhebung verschafft uns auch einen Überblick über die Wohnverhältnisse. 113 Betriebe von diesen 291 oder 39 Prozent sind gut, 175 Betriebe oder 61 Prozent mittel bis schlecht wohnversorgt. Diese Ziffern besagen, daß auf dem Wohnbausektor am Lande noch große Aufgaben vor uns liegen. Die besondere Förderung von seiten der Kammer wird dem Maisbau, er wurde heute schon mehrmals genannt, zuteil. Die Getreideflächen gehen zugunsten des Maisbaues so wie auch die Grünflächen ständig zurück und wir können feststellen, daß in den letzten zehn Jahren der Maisbau in der Steiermark sich flächenmäßig verdoppelt hat. Durch die Eigenerzeugung von Futtermais kann weitgehend auch der Import von Futtermitteln eingeschränkt werden. Im Zuckerrübenbau betreute die Kammer 1967 829 Anbauer mit einer Anbaufläche von 683 ha. Sicheren Absatz für die vielen Kleinbetriebe bringt der Tabakbau. Hier verzeichnen wir eine Anbaufläche von 86 ha. In vier weststeirischen Gemeinden wird der Hopfenanbau betrieben. Auch er wird von der Kammer betreut. Die Hopfenernte 1967 brachte die beachtliche Menge von rund 86 Tonnen.

Im besonderen sei auch der Feldgemüsebau, der heute schon mehrmals genannt wurde, mit seinen verschiedenen Arten erwähnt. Die Kammer hat die Bedeutung des Feldgemüseanbaues für die vielen Kleinlandwirte rechtzeitig erkannt und widmet ihr seit Jahren besondere Aufmerksamkeit. In der Steiermark sind auch mit Unterstützung der Kammer und des Landes rund 3.500 Hektar Intensivobstkulturen errichtet worden. Besonderes Augenmerk wendet die Kammer der fachlichen Betreuung der Obstbauern sowie der wichtigen Frage der Vermarktung zu. Neben einer gut funktionierenden Absatzorganisation bestehen auch sechs Genossenschaften und zehn Arbeitsgemeinschaften. Es stehen bereits zehn Obstlagerhäuser mit einem Fassungsraum von 8.500 Tonnen zur Verfügung.

Im Grenzland wird sehr erfolgreich Weinbau betrieben. Das Hauptaugenmerk wendet die Kammer der Einführung arbeitssparender Erziehungsmethoden und der Reduzierung der Rebsorten zu. Es wurden bereits ca. 1.000 ha Hochkulturen errichtet. Des weiteren obliegt der Kammer die Aufgabe, den steirischen Wald im besonderen in die Förderung miteinzubeziehen. Gerade der Wald hat für die Steiermark, wie Sie, meine Damen und Herren, ja wissen, eine große Bedeutung. Hier sind wir leider zu einem gewissen Grade auf den Export angewiesen, der in den letzten Jahren manches zu wünschen übrig ließ. Die Erfolge der Kammer auf dem Gebiet der Aufklärung und Beratung zeigen, daß das Programm zielführend war. Von besonderer Bedeutung ist auch die Tätigkeit der Bauabteilung der Kammer auf dem Gebiete des landwirt-

schaftlichen Bauwesens. Allein im Jahre 1967 wurden 929 Planungen durchgeführt.

Es ist daher dringend notwendig, auch für die Zukunft diese Förderung der Landwirtschaft fortzusetzen. Bei all dieser Förderung geht es um Betriebe, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, den Anschluß zu finden, der heute unbedingt notwendig ist, um bestehen zu können.

Es wurden daher auch verschiedene Gemeinschaften gebildet, wie z. B. Wegbau, gemeinsame Maschinenbeschaffung und vieles andere mehr. Ich bin daher der Meinung, daß das Land und der Bund gut daran tun, sich hier besonders anzustrengen. Hilfe tut in den abgelegenen Gebieten besonders not. Leider wissen viele noch nicht, wie dürftig oft noch Bauern leben, besonders der Bergbauer, und wie er auf viele Annehmlichkeiten verzichten muß, die heute schon Selbstverständlichkeit sind.

Meine Bitte geht dahin, daß sich das Land auch in Zukunft besonders bemüht, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Kammer diese Maßnahmen fortsetzen kann. Aus meinen kurzen Ausführungen ist zu ersehen, daß die Mittel, die Bund und Land neben den Mitteln, die die Kammer und die Bauern selbst in Form der Kammerumlage aufbringen, gut angewendet sind. Man kann die Kammer auch als eine Art Denkkern für viele andere Dinge bezeichnen.

Wie Sie aus meinen Ausführungen entnehmen konnten, erfüllt die Kammer auch viele Aufgaben für Bund und Land und ist es daher nur recht und billig, wenn sie von seiten der öffentlichen Hand die entsprechenden Mittel hierfür bereitgestellt erhält. Die Landwirtschaft muß nicht nur weiterbestehen, sondern, da sie so vielfach behindert ist, auch die Errungenschaften für sich in Anspruch nehmen können, wie es in der Industrie der Fall ist. Umso mehr ist es notwendig, der Landwirtschaft in allen Fragen der Förderung, des Exportes Verständnis und tätige Hilfsbereitschaft entgegenzubringen und nicht Beileidsworte und Zusicherungen zu sagen.

Die Bauernschaft selbst ist bereit, alles zu tun, um den Tisch des Volkes zu decken. Wir brauchen aber dazu die Unterstützung, um unsere Aufgaben als Nährstand unseres Volkes erfüllen zu können. Aus diesen Ausführungen, Herr Kollege Brandl, ist zu entnehmen, daß die Kammer sehr wohl ihre Aufgaben erfüllt hat und daß, wenn Sie früher vom Personalstand gesprochen haben, ich Ihnen sagen muß, daß ich selbst leider einem Ausschuß angehöre, der hier schon mehrere Male getagt hat, um auch langsam bei der Kammer zu einem Dienstpostenplan zu kommen. Wenn die Zahl der Angestellten mit 758 derzeit stimmt, so stimmt sie sicherlich nicht mehr — und besonders die erhöhte Zahl — für das Jahr 1969. Bei den letzten Sitzungen wurden bereits etwa 20 bis 25 Posten eingespart. Es wurde niemand entlassen, nur wurden einige Posten, die normal auf Grund der Pensionierung ausscheiden, durch Umschichtung ersetzt. (Abg. Zinkanell: „Da sind die Erläuterungen zum Voranschlag der Kammer. Da steht es drinnen!“)

Das mag sicher stimmen, denn dort sind auch die Leute enthalten, die erst etwa im März 1969 ausscheiden. Der größte Teil scheidet nämlich erst im März 1969 aus. Und ich glaube, dann ist es sicherlich schon besser in Ordnung. Letzten Endes, die 2 Millionen Schilling oder etwas darüber, die das Land für Personalausgaben der Kammer mehr aufwendet als im Vorjahr, sind nicht auf das vermehrte Personal zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Angleichung der Löhne und Gehälter an die der Landes- und Bundesbediensteten. Wir haben hier gemeinsam beschlossen, daß hier die Löhne und Gehälter denen der Landes- und Bundesbediensteten angeglichen werden. Soviel zu den Aussagen vom Herrn Kollegen Brandl.

Eines steht fest, daß die Freiheit eines Volkes weitgehend davon abhängt, daß wir uns aus eigener Scholle ernähren und daß wir dies in der Zukunft nur dann tun können, wenn der Landwirtschaft jene Voraussetzungen zugebilligt werden, die heute für die übrige Wirtschaft im Staate gelten. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nigl. Ich erteile es ihm.

Abg. Nigl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Scheer: „Ist das auch ein Bauer!“)

Dem Kollegen Scheer möchte ich gleich antworten auf seine soeben gestellte Frage, ob ich auch ein Bauer bin, zumindestens soviel wie er.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vielleicht eingangs gleich eine Frage an den Kollegen Abg. Brandl, die ich deshalb stelle, weil er ja Mitglied der Landarbeiterkammer ist, also nicht nur in der Vollversammlung, sondern auch dem Vorstand — wie ich — angehört und hier kritisiert hat, daß die Zahl der Angestellten der Landarbeiterkammer zu hoch sei, weil die Anzahl der Kammerzugehörigen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Ich darf daher vielleicht gleich die Frage an Dich richten, Kollege Brandl, welche Reduzierungsvorschläge Du einbringen wirst für die nächste Kammersitzung hinsichtlich der Kammerbediensteten aus dem Kreise Deiner Fraktion, weil ich annehme, daß Dir auch in der Kammer diese hier aufgestellte Forderung ernst ist. Dort hast Du Gelegenheit, in eigener Funktion einen entsprechenden Beschluß herbeizuführen. (Abg. Brandl: „Und dann stellen wir das richtige Verhältnis her!“)

Ich habe die Absicht, ein paar Probleme der Forstwirtschaft aufzureißen, weil die Land- und Forstwirtschaft nicht nur gerne als Land- und Forstwirtschaft miteinander genannt werden, sondern weil sie letzten Endes auch in der Natur selbst ein zusammengehörender Bestandteil sind und ich lade die Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses ein, sozusagen geistig mir zu folgen auf einen Marsch durch den Wald. (Abg. Brandl: „Sind wenig da!“)

Wenn die mitgehen, die hier sind, so reicht es mir schon. (Abg. Vinzenz Lackner: „Aber keine Drei-Tage-Wanderung!“)

Das kannst Du haben, Kollege Lackner, wenn

ich so lange rede wie Du, wirst Du sehr müde werden von der Wanderung. (Abg. Zinkanell: „Wir sind dauernd abgeläutet worden, aber die anderen Leute nicht!“)

Herr Kollege Zinkanell, sei doch nicht so boshaft und so böse, ich werde Dir nichts unterstellen.

In der Forstwirtschaft der Steiermark muß man doch sagen, daß dieser Wirtschaftszweig eine sehr beachtliche Bedeutung hat. Er hat sie nicht nur deshalb, weil wir aus unseren steirischen Wäldern ein erhebliches Maß der österreichischen Holzgewinnung für die Steiermark in Anspruch nehmen können, nämlich rund 2,600.000 Ernte-Festmeter pro Jahr, sondern weil wir genau wissen, daß das Prädikat „die Grüne Mark“ nicht von ungefähr kommt. Diese Bezeichnung hat eine sehr große Bedeutung, nicht nur in der Holzgewinnung, sondern auch deshalb, weil diese Grüne Mark auch einen sehr erheblichen Teil für unseren Fremdenverkehr und für das Landschaftsbild in Anspruch nehmen kann. In der Zeit der Technisierung werden wir immer mehr feststellen, daß sich eine Öffnung des Waldes ergibt. Die Menschen, die in Industrie und Gewerbe arbeiten, haben das Bedürfnis zur Erholung draußen in der Natur. Und sehr viele unserer Mitmenschen kommen eigentlich nur dann immer mit der Forstwirtschaft in Beziehung, wenn sich plötzlich ein Schranken auf irgend einer Waldstraße vor ihnen zeigt und sie ärgerlich wieder mit ihrem Fahrzeug umkehren müssen.

Ich glaube, es ist richtig, wenn wir die Bedeutung unserer Forstwirtschaft nicht nur von der Holzgewinnung und von der Tatsache her betrachten, daß auch manche Nebenerwerbszweige eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung haben, denken Sie an die Papierindustrie, die Plattenindustrie und alles das, was sich da anschließt, sondern auch im Hinblick auf die Erhaltung unserer Landschaft und dieses unseres Waldes eine ansehnliche Zahl von Arbeitern und Angestellten in diesem Wald, der ja letzten Endes Lebensgemeinschaft zwischen Pflanze und Tier darstellt, tätig sind. Ich habe mir da ein paar interessante Zahlen herausgeschrieben. Ich möchte sie Ihnen gerade deshalb nicht vorenthalten, weil eben diese Zahlen sehr deutlich machen, wie also das Verhältnis zwischen Menschen einerseits und den Maschinen andererseits aber andererseits auch die Bedeutung des Waldes selbst hinsichtlich seiner gesundheitswirksamen Bedeutung als Luftreiniger, als Wasserfilter, als Wasserhaushaltsträger usw. ist. Wenn man beispielsweise vergleicht, daß ein Mensch in einer Stunde etwa 600 Liter Luft einatmet, dann kann man schon verstehen, wenn er das starke Bedürfnis hat, diese Luft hin und wieder in einer gesunden Waldzone einzuatmen.

Zum Vergleich dazu braucht ein Auto dagegen 95.000 Liter Luft in einer Stunde. Ein Mensch benötigt etwa in einer Stunde 26 Liter Sauerstoff, ein Auto aber bei 10 Liter Kraftstoffverbrauch in einer Stunde 19.800 Liter. Ein Mensch scheidet in einer Stunde etwa 20 Liter Kohlendioxid aus, ein Auto dagegen 12.600 Liter. Sie

werden daher verstehen, wenn gerade diejenigen Menschen, die in der Forstwirtschaft, also im Wald tätig sind, eine ganz andere Beziehung zu dieser ihrer Werkstätte haben, weil sie ja vielleicht auch ein nötiges Quentchen Idealismus mitbringen in der Auffassung, diesen so notwendigen Lebensraum unseren Mitmenschen zu erhalten. Und wenn ich daher sozusagen hier stellvertretend allen jenen nicht nur danke, sondern ihnen auch die Bitte vortrage, auch weiterhin für diese schöne Aufgabe tätig zu sein, so deshalb, weil ich glaube, daß das Land Steiermark auch bedankt sein soll für das Verständnis, das es diesen Menschen, die dort arbeiten, seit Jahr und Tag entgegenbringt, auch durch entsprechende Budgetansätze im Landesvoranschlag.

Das ist einmal die Gruppe der Forstarbeiter, aber auch die Gruppe der Angestellten, für die im Budget Förderungsmittel eingesetzt sind, die sich auch für den Sektor des Wohnungsbau, aber auch als Treueprämien oder in anderen Bereichen ausdrücken und die sehr deutlich machen, daß hier ein echtes Bedürfnis, nämlich leider der oft sehr unerfreuliche Wohnungszustand bei diesen Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft, verbessert werden kann. Und wenn ich dazu auch noch einschließe ein aufrichtiges Weidmannsdank an alle Jäger des Landes, so auch deshalb, weil diese Jäger mit dazu beitragen, diesen Lebensraum Wald, der aus Pflanze und Tier besteht, dem Land zu erhalten und dadurch auch beitragen, einen sehr entscheidenden Teil für den Gesundbrunnen zu leisten, den alle unsere Mitmenschen, vor allem die in der Industrie sind und das Bedürfnis haben, hinauszugehen, in Anspruch nehmen.

Wenn ich also abschließend mir auch noch erlauben darf, einen Satz auszuleihen aus der Kulturdebatte, aus dem Schlußwort, das unser Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Koren geprägt hat, so tue ich das hoffentlich mit seinem gütigen Einverständnis, als er da sagte, „es geht also darum, daß wir uns die Substanz in der Natur erhalten“. Diese Substanz in der Natur zu erhalten, ist auch ein sehr entscheidender Beitrag, den Angestellte, Arbeiter aber auch alle jene, die im jagdlichen Bereich, also überhaupt insgesamt in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, leisten. Für diese Tätigkeit auch an dieser Stelle einmal aufrichtiger Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Pabst das Wort.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Zunächst muß ich doch auf die Fragen vom Herrn Kollegen Scheer etwas eingehen. Herr Kollege, Ihr Interesse an der Landwirtschaft ist zweifellos sehr gut, aber trotzdem, Herr Kollege, würde ich mich an Ihrer Stelle solcher Aufgaben und solcher schwieriger Agrarprobleme nicht annehmen, nämlich dann nicht, wenn man dafür überhaupt keine Grundlagen hat. Das Problem der kostendeckenden Preise Herr Kollege ist derart komplex, daß wir dies

hier wirklich nicht so kurz abklären können. Zu den Bauernaufmärschen, die Sie auch angezogen haben: Wir haben es zu oft erlebt, in Frankreich, in Deutschland zuletzt, welche wirkliche Wirkung solche Aufmärsche letztlich auslösen. Wir haben in Österreich unsere Abgeordneten im Parlament, wo sie mitbestimmen, wo sie mit an der ganzen Gestaltung für die Landwirtschaft mitarbeiten können und sie haben im heurigen Jahr sehr viel erreicht, das wird von anderen Berufsgruppen sehr stark unterstrichen, daß sogar zu viel erreicht worden wäre. Sicher könnte man noch mehr erreichen, wenn entsprechendes Verständnis gegeben wäre, aber wir wissen alle, wie das in einer Demokratie ist.

Und nun zum Herrn Kollegen Brandl und dem Mansholt-Plan. Meine Verehrten, wir wissen, daß wir in Österreich derzeit in der Landwirtschaft ungefähr um die 16, 17 Prozent noch in der Landwirtschaft tätig haben. Und es wird allgemein vorausgesagt, daß dieser Prozentsatz noch absinken wird, auf die Hälfte. Mansholt vertritt die Meinung, daß ein Betrieb in der Milchwirtschaft erst eine Existenzmöglichkeit hätte, wenn mindestens 60 Stück Kühe im Stall stehen, wenn mindestens 100 ha Getreide angebaut werden kann, wenn mindestens 1.000 Stück Schweine im Stall stehen können, das ist im großen, die Linie von Mansholt. (Abg. Brandl: „Damit das gleiche Einkommen erreicht wird!“)

Ich frage Sie, ohne polemisch zu werden, wie Sie das in Österreich bei diesen geographischen Verhältnissen durchsetzen wollen erstens und zweitens, müssen Sie sich und Ihre Partei auch sehr darüber Gedanken machen, wo diese so stark dann zur Abwanderung kommenden Menschen aus der Landwirtschaft eine Arbeit finden sollen, wenn wir schon heute am Nachmittag gehört haben, welche Schwierigkeiten dort und da und immer und überall durch die verschiedensten Rationalisierungsmaßnahmen gegeben sind, um die Leute entsprechend zu beschäftigen und auch einen entsprechenden Verdienst zu sichern.

Aber nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, man könnte fast sagen — auch alle Jahre wieder — muß wenigstens ein bäuerlicher Vertreter zum Kapitel Landwirtschaftsförderung über die Vieh- und Milchwirtschaft sprechen. Kommt doch gerade aus diesen Produktionsparten ein großer Teil — in der Steiermark sogar der größte Teil der Einnahmen — für unsere Bauern.

Die Viehwirtschaft macht uns derzeit weniger Sorgen, konnten doch im Vorjahr rund 148.000 Stück Rinder insgesamt exportiert werden. Zum Vergleich, ich glaube, er ist ganz interessant: In den Zwanzigerjahren mußten in Österreich jährlich um die 100.000 Stück Schlachtrinder importiert werden. Heuer wurden in den ersten neun Monaten bereits über 100.000 Stück Rinder wieder exportiert. Dadurch war auch der Herbstviehabsatz verhältnismäßig flüssig, wenn auch die Preise nicht ganz befriedigten. Dies besonders durch die Diskriminierung der EWG-Marktordnung, wo zu dessen Überwindung immer wieder starke Zuschüsse gegeben werden müssen.

Wesentlich mehr Sorgen macht uns derzeit die

Milchwirtschaft. Vor einem Jahr bei diesen Budgetberatungen konnte ich noch berichten, daß bis auf einen gewissen Butterüberschuß, der aber durchaus nicht echt war und ist — bei Emmentaler-Käse und besonders bei Milchpulver, worauf wir im Vorjahr rund ein Drittel der angelieferten Milch, das sind rund 700 Millionen Kilogramm verarbeitet haben — verhältnismäßig gute Exportmöglichkeiten hatten. Diese Situation hat sich im heurigen Jahr sehr plötzlich und radikal geändert. Sowohl für den Emmentaler-Käse, als auch für Milchpulver bestehen derzeit wenig Exportmöglichkeiten, und wenn, so nur mit großen Zuschüssen.

Die Milchanlieferung ist im ersten Viertel des heurigen Jahres um 6 Prozent gestiegen. Das hat die verantwortlichen Bauernvertreter und auch den Landwirtschaftsminister veranlaßt, ab 1. Juni einen Absatzförderungsbeitrag von 19 Groschen je Liter Milch vom Produzenten einzuheben. Diese Maßnahmen waren zweifellos nicht populär, sie waren aber notwendig und sie haben in der Hauptsache bewirkt, daß nun die österreichische Milchanlieferung in den ersten neun Monaten nur mehr einen Zuwachs von insgesamt ein Prozent aufzuweisen hat.

Mit der Butter haben wir derzeit keine besonderen Sorgen. Die momentanen Vorräte reichen für einen Konsumbedarf von zwei Wochen.

Seit 4. November dieses Jahres sind wir mit dem Austria-Butterschmalz auf dem Markt und es ist sehr erfreulich, daß sich dieses Butterschmalz sehr gut einführt und derzeit einen österreichischen Wochenkonsum von 200 Tonnen aufweist. Allerdings erfordert es einen Zuschuß von 20 Schilling je kg.

Bei Käse konnte der Inlandskonsum in den letzten Jahren durch die gute Qualität — aber auch durch Entwicklung von neun neuen österreichischen Käsesorten sehr wesentlich gesteigert werden. Der Import ist dadurch heuer schon wieder um 7,5 Prozent auf 2.500 Tonnen zurückgegangen, während der allgemeine Käseexport heuer schon um 12,3 Prozent auf 12.500 Tonnen angestiegen ist. Der Konsument schätzt zweifellos die vorzügliche Qualität.

Nicht unerwähnt dürfen die Molkereiwarenexporte der Ennstaler Molkereigenossenschaft bleiben, die nach wie vor nach Deutschland, Italien, Griechenland, aber auch in die Türkei, nach Lybien und sogar in das Schefichtum Bahrain gehen.

Produktionsumlenkungen, weg von der Milch, werden ständig vorgenommen, nur ist es nicht so einfach, wie man sich das vielfach vorstellt. — Denn, außer bei Futtergetreide, wo wir zehn Prozent der Anbauflächen Spielraum haben, sind im allgemeinen die Mehrerzeugungsmöglichkeiten sehr gering.

Abschließend kann festgestellt werden, daß wir die Milchwirtschaft in Österreich wieder gut in der Hand haben — jedenfalls wesentlich besser als in den verschiedensten europäischen Ländern. Ab 1. Jänner 1969 wird die Milchqualitätsbezahlung für den Bauern eingeführt. Die Rationalisierungsmaßnahmen in den Molkereibetrieben werden fortgesetzt und die Verlängerung

des Milchwirtschaftsgesetzes wird zweifellos noch dazu beitragen, daß sowohl die Wünsche der Produzenten — für die es vielfach eine Existenzfrage bedeutet — als auch der Konsumenten, die sicher und gut versorgt werden wollen, erfüllt werden.

Verehrte Damen und Herren! Vergessen wir nie, daß es sich in der Sparte Milch- und Viehwirtschaft um ein Problem handelt, das für viele Bauern Existenz bedeutet, um Menschen, die bereit sind, wöchentlich weit mehr als 45 Stunden zu arbeiten, die aber auch leben wollen; deshalb bitte ich um Ihr Verständnis. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile nunmehr dem politischen Referenten, Herrn Landesrat Dr. Niederl das Wort.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer, wenn in der Gruppe 7 die Landwirtschaft beendet ist, dann rüsten wir zum Ende des Budgets, dann ist der Abend des dritten Tages angebrochen mit Ermüdungen. Ich würde vorschlagen, zu erwägen, ob man das Budget nicht einmal umdreht, bei der Gruppe 9 beginnt und bei der Gruppe 0 aufhört (Allgemeiner Beifall.), damit so wichtige Dinge, wie Wirtschaft, Landwirtschaft und Fremdenverkehr einmal zu einer Zeit behandelt werden, in der man nicht so müde ist. In der Diskussion über die Abschnitte der Land- und Forstwirtschaft sind neben ziffermäßigen Feststellungen eine Reihe von Problemen aufgeworfen worden. Ich möchte aber nur zwei Hauptdinge herausnehmen und hier behandeln.

Die erste Frage behandelt die Produktion landwirtschaftlicher Güter und die Bemühungen um die Anpassung der Produktion an den Markt. Es wurde in sehr erregten Diskussionen über den Mansholt-Plan gesprochen, der uns ja nicht neu ist, den wir sehr genau kennen. Der in der Theorie sicher großartig ist und auch behandelt wird. Aber wir wissen auch, wie schwierig es ist, ihn einzuführen oder die Bahn dorthin zu ebnen, wenn man bedenkt, daß nur in Österreich etwa 3 Milliarden Schilling notwendig wären, um die Grundlagen für die Verwirklichung dieses Mansholt-Planes zu schaffen. (Landeshauptmann Krainer: „Sehr richtig! Das ist das Entscheidende!“)

Es gibt da nicht wenig Rezepte, die vorgeschlagen werden, die aber auch zeigen, daß bei einem Produktionszweig, wie es die Land- und Forstwirtschaft ist, wo so viele nicht voraussehbare Ereignisse im Produktionsablauf eintreten können, große Unterschiede zwischen Theorie und Praxis vorhanden sein können. Dazu kommt noch, daß es eben nicht einfach ist, über 380.000 Betriebe mit ständigen Betriebsführern, die in ihren Entschlüssen frei und unabhängig sind, so auszurichten, daß alle Erzeugnisse auf den Kilo genau auf den Markt kommen.

Wie groß ist schon das Problem in der verstaatlichten Industrie, nur einige wenige Unternehmen zu bewegen, daß sie gemeinsam abge-

stimmt produzieren. Die Bemühungen, den Markt mengenmäßig in den Griff zu bekommen, war und ist eine wichtige Aufgabe, wobei Manipulationen der Marktbeeinflussung über den Preis allein gerade bei den landwirtschaftlichen Produkten nicht ausreichend sein werden.

Wir werden uns unter anderen bereits aufgezeigten Maßnahmen neben der modernen Werbung, die ja eingesetzt hat, auch überlegen müssen, denen einen Anreiz zu geben, die unsere landwirtschaftlichen Produkte absetzen, und zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch die Handelsspanne letzten Endes eine Rolle spielt. Schließlich wird beim Export landwirtschaftlicher Produkte die Zusammenfassung zum einheitlichen, qualitativ hochstehenden Angebot mit eingeführten Marken auch wichtig sein.

In der Erkenntnis all dieser aufgezeigten Probleme, wurde im Landesbudget Vorsorge getroffen, daß neben der Marktbeobachtung, die ja Bundessache ist, für die Forschung, Beratung und Ausbildung mehr Mittel bereitgestellt werden. Gerade die Marktbeobachtung und Marktforschung — es sollen keine Schlagworte sein, die ich hier sage —, die natürlich nur bundeseinheitlich vorgenommen werden kann, wird den Produzenten die Möglichkeiten geben, die Grundlagen und die Erkenntnisse zur besten Erzeugung zu liefern. Eines ist auch zu sagen. Wir müssen die Realität beachten, daß für gewisse Nahrungsmittel die industrielle Verwertung vordringt und daß künstliche Nahrungsmittel und Ersatzprodukte bereits auf den Markt gebracht werden.

Gerade auf diesem Gebiet muß die individuelle Erzeugung der Naturprodukte in den Vordergrund gestellt werden. Eines sei zur Diskussion auch gesagt. Die Landwirtschaft hätte natürlich lieber echte Preise, wenn sie dieselben bekommen könnte; lieber echte Preise als die Ausweichmöglichkeit über Preisstützungen und Preisausgleiche.

Nun eine Frage zur Marktordnung. Sie ist ja ein Gegenstand heißer Diskussion geworden. Da und dort wird sogar die Notwendigkeit einer solchen Marktordnung bezweifelt. Sicher werden wir uns aus Vorstellungen einer Zwangsbewirtschaftung mehr als bisher lösen müssen. Aber der vorliegende Gesetzentwurf einer modernen Marktordnung wäre der richtige Weg auf diesem Gebiet gewesen. Leider war eine so umfassende Lösung nicht zu erreichen. Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme einen zeitgerechten Gesetzentwurf vorgeschlagen. Ein modernes Gesetzeswerk für das agrarische Marktgeschehen hätte vor allem die Möglichkeit eröffnet, die heimische Produktion dann zu schützen, wenn sie durch Importe mit unechten Preisen zerschlagen zu werden droht. Wir brauchen auch eine Marktordnung, um die Versorgung unserer Bevölkerung mit heimischen Nahrungsmitteln sicherzustellen. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Schließlich muß es uns wohl auch interessieren, den Bestand von bäuerlichen Betrieben in marktfernen Gebieten unseres Landes aus vielen Gründen sicherzustellen bzw. diesen Bauern den Absatz ihrer Produkte

zu einem annehmbaren Preis zu ermöglichen.

Wir wollen nicht jene Zeiten heraufbeschwören, in denen die Bauern der entlegenen Gebirgstäler keine Lebensmöglichkeit finden können. Wir stehen daher zur Marktordnung als wichtiges Instrument unserer Versorgung und wären ohne weiteres bereit, für die zeitgemäße Modernisierung dieses wichtigen Gesetzeswerkes einzutreten. Vor allem wäre es notwendig, daß eine für die Landwirtschaft so wichtige Sache nicht mit anderen vollkommen agrarfremden Angelegenheiten junktiniert wird.

In der Erkenntnis aller aufgezeigten Probleme wurde im Landesbudget auch Vorsorge getroffen, daß in wichtigen Teilbereichen unserer Bauernschaft Hilfsstellungen gegeben werden kann. Herr Abg. Zinkanell, ich bin wohl der Meinung, daß wir in den letzten Jahren Schwerpunkte gesetzt haben. (Abg. Zinkanell: „Ich wollte sie noch betont haben!“)

So war es besonders das Bildungsproblem, das eines der Schwerpunkte ist. Der zweite Schwerpunkt liegt in den umfassenden Agrarstrukturmaßnahmen, die in unserem Budget Aufnahme gefunden haben, wobei natürlich zu sagen ist, daß Strukturmaßnahmen bei den Einzelnen ab und zu andere Zielvorstellungen haben können. Ein wesentliches Anliegen ist auch, daß die Forschung und das Versuchswesen gefördert werden. Im Landesbudget 1969 haben wir hierfür 5 Millionen Schilling ausgewiesen. Damit werden die Versuchsanstalten in Graz, in Burgstall und Haidegg in bester Zusammenarbeit mit der Versuchsanstalt der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Gleisdorf weiter ausgebaut und betrieben. Bei Erfüllung dieser Aufgaben und Anpassung an die veränderten ökonomischen Bedingungen, an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und an den Markt, mit dem verschärften Wettbewerb spielen neben der Forschung die Beratung und Ausbildung eine der wichtigsten Rollen. Die Ergebnisse der Versuchsreihen werden gerade über die Beratung den einzelnen Betriebsführern immer wieder zur Kenntnis gebracht. Für die Berufs- und Fachausbildung ist es der weitere Ausbau und Betrieb unserer bäuerlichen Berufsschulen und landwirtschaftlichen Fachschulen, für die wir einen Betrag von 63,5 Millionen Schilling im Jahre 1969 vorgesehen haben. Obwohl die Zahl der Betriebe zurückgeht, nimmt die Zahl der landwirtschaftlichen Fachschüler zu. Das läßt erkennen, daß von der Jugend einer gründlichen Fachausbildung immer steigende Bedeutung beigemessen wird. Ja wir haben Gebiete, wo es geradezu zu einer Bildungsexplosion auf bäuerlichem Gebiet gekommen ist.

Aber eines müssen wir zum Produktionsproblem doch auch noch sagen. Wir brauchen die heimische Nahrungsmittelproduktion für unser eigenes Leben und kein Staat und keine Volkswirtschaft kann auf die heimische Produktion von Lebensmitteln verzichten, soll man nicht zum Satelliten anderer Staaten werden. Wenn man soviel von Landesverteidigung spricht, dann Verteidigung beginnt nicht nur bei den Waffen, muß eines sehr klar gesagt werden, die Landes-

sondern auch bei der Ernährung. Letzten Endes ist es auch so, daß die Erzeugung heimischer landwirtschaftlicher Rohstoffe eine wichtige Basis für unsere gewerbliche und industrielle Wirtschaft ist.

Wenn wir zusammenfassend diese Punkte der Diskussion betrachten, müssen wir uns eines in einer besinnlichen Stunde eingestehen, es ist immer noch besser, sich mit dem Überschußproblem auseinanderzusetzen, als mit der Unterversorgung oder gar mit dem Hunger.

Der Herr Landesrat Sebastian hat gestern zwei Punkte hervorgehoben, die ich voll unterstreiche. Der eine ist die Freiheit und der andere ist die Gesundheit als unsere höchsten Güter. Ich möchte nur dazu sagen, die Grundlage jedes Lebens ist die Ernährung. Robinson auf seiner Insel hätte gesund und frei sein können, aber wenn er kein Essen gehabt hätte, dann wäre er verhungert. (Beifall.)

Der zweite Problemkreis, den die Abgeordneten dieses Hauses diskutieren, zeigt uns den weiten Bogen, der sich um die Land- und Forstwirtschaft spannt. Die verschiedenen Betriebsgrößen, die naturgegebenen Produktionsvoraussetzungen spielen genauso eine Rolle, wie die technischen und maschinellen Einrichtungen.

Die bäuerlichen Betriebsführer, die tagaus, tagein, werken und wirken, müssen Produzenten sein, die in der Lage sind, immer beste Qualität für die immer mehr verfeinerten Konsumwünsche zu erzeugen. Sie müssen aber auch als vorausschauende Unternehmer, Fragen der Nationalökonomie genauso beherrschen wie die eines modernen Marktes, den sie entweder selbst oder über ihre Hilfsorganisationen beachten. Wer etwa anlässlich der Eröffnung der Brutanstalt der Geflügelzuchtgenossenschaft in Fehring dabei war, konnte feststellen, wie weit die Landwirtschaft bereits nach modernsten Methoden produziert und wie notwendig die Kooperation geworden ist.

Unser Leitbild ist der Familienbetrieb, der auch in der Großraumwirtschaft bestehen soll.

Oft wurde versucht, diese Betriebsform des Familienbetriebes zu definieren. Um die Jahrhundertwende war die Definition anders als sie dann Prof. Priebe gesagt hat. Bei der letzten CEA-Tagung in Salzburg hat man den dynamischen Familienbetrieb definiert.

Aber eines ist allen gemeinsam und für unsere Auffassung, die auch hier bei der Diskussion hervorgekommen ist, wichtig, diese Betriebsform soll einer Familie ein ausreichendes Einkommen mit erträglichen sozialen Verhältnissen sichern.

Die soziale Frage wurde angeschnitten. Wir haben die Familienhelferinnen eingesetzt. Die soziale Frage in der Landwirtschaft ist keine Frage eines Gesetzes, das könnte man leicht beschließen, auch keine Frage des Geldes, sondern sie ist letzten Endes eine Frage der Menschen. Denn ich muß Sie fragen, wo werden sich bei 60 bis 70 Stunden Arbeitszeit pro Tag noch Menschen finden, die diese Bürde auf sich nehmen. Wenn der Lackner Karl diese erste Frage der Arbeitsüberbürdung gestellt hat, dann hat er damit gemeint, wo findet sich letzten Endes noch

die Frau als Mitarbeiterin. Meine Mutter war selbst Bäuerin und ich muß zurückblickend immer wieder bewundern, mit welcher Freude und mit welchem Idealismus aber auch mit welchem Opfer sie immer tätig gewesen ist.

Eines wird auch notwendig sein: daß die rechtlich freie Verfügbarkeit über den Besitz, verbunden mit der wirtschaftlichen Dispositionsfreiheit erhalten bleibt. Gut, die Zusammenarbeit über bäuerliche Organisationen in der gemeinsamen Produktion, den gemeinsamen Absatz, der gemeinsamen Verwertung, das verlangt zwar Disziplin, aber das soll diese Freiheit nicht nehmen, sondern soll höchstens das Wirtschaften erleichtern und vielleicht ist das die Richtung, um eben Erleichterungen zu schaffen.

Eng im Zusammenhang mit der Veränderung der Agrarstruktur, die auch eine der Diskussionspunkte war, steht die Betriebsgröße. Wir haben 80 Prozent der Betriebe, die sind kleiner als 20 ha, 60 Prozent sind kleiner als 10 ha und 40 Prozent sind kleiner als 5 ha. Ich glaube, daß dies auch im westeuropäischen Raum ziemlich gleich ist. Es wird oft gesagt, daß diese kleinbetriebliche Struktur die Entwicklung der Rentabilität hemmt. Aber nun die große Frage, wo liegt die optimale Betriebsgröße? Gibt es hier für die Praxis ein Patentrezept? In der Theorie haben wir ja die verschiedenen Vorstellungen. Wann ist ein rationelles Wirtschaften überhaupt noch gegeben? Gerade in der Steiermark, als Land der Vielfalt mit den extremen Bergbauern, mit den Betrieben des Murtales und den Kleinbauern unseres Hügellandes, wird es ein solches Rezept wohl sehr schwer geben. Sicher werden wir über das Budget die Möglichkeit eröffnen, durch Aufstockung und Zusammenlegung positive Veränderungen zu ermöglichen. Dabei wird bei Selbständigkeit der Betriebe auch der Weg über größere Produktionseinheiten gefunden werden können. Solche Ansätze sind zum Beispiel im Bezirk Feldbach vorhanden.

Ein Patentrezept oder gar eine lineare Abgrenzung wird es auch hier nicht geben. Die Kleinbetriebe werden immer mehr auf Spezialkulturen ausgerichtet. Viele Enns- und Murtaler Bergbauern haben früher und auch heute im Rahmen des nebenberuflichen Fremdenverkehrs, dessen besondere Bedeutung nicht unterschätzt werden soll, eine ausreichende Wirtschaftsbasis gefunden. Vielfach wird mit diesen Problemen auch die Abwanderung in Verbindung gebracht.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft vollzog sich in der Vergangenheit organisch und wird auch in der Zukunft organisch weitergehen, das ist eine Realität.

Hier eine Regel aufzustellen oder gar zur Abwanderung zu animieren, wäre nicht richtig. Unsere Aufgabe von der Agrarseite her ist es, Hilfestellung für die zu geben, die abwandern wollen und den Verbleibenden die Möglichkeit zu schaffen, gerade in den Klein- und Mittelbetrieben das Einkommen zu verbessern. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Stärkung dieser Betriebsformen sind im Budget 1969 eine Reihe von Ansätzen vorhanden, die in der Summe ungefähr 92 Millionen

Schilling betragen. Es handelt sich neben Bundesmitteln und Mitteln des Grünen Planes um Landesmittel für Maßnahmen zur Einrichtung von Spezialkulturen genauso wie für den vom Abgeordneten Trummer so sehr gewünschten landwirtschaftlichen Wasserbau, allgemeine Förderungsmaßnahmen, die wichtige Vorbeugung der Tierseuchenbekämpfung, Besitzfestigungsmaßnahmen, Grundauffangfonds, Grundzusammenlegung, die Förderung der Almwirtschaft, die Forstaufschließung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Daneben wird sich der Landtag im Jahre 1969 mit mehreren Gesetzen befassen müssen, die der Verbesserung der Agrarstruktur dienen.

Das landwirtschaftliche Siedlungsgesetz, das Flurverfassungsgesetz, das Güter- und Seilwegesgesetz befinden sich im Anhörungsverfahren. Damit werden die gesetzlichen Möglichkeiten für Verbesserungsmaßnahmen geschaffen. Eines möchte ich noch sagen: Die Landwirtschaft ist von der Verfassung her, sofern wir einzelne Bestimmungen, wie die Produktionsumlenkung und die Marktwirtschaft weglassen, in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache. Es ist daher unsere oberste Pflicht, diesem Budgetzweig unsere guten Dienste anzubieten und Hilfestellung zu leisten und über das Budget die Probleme zu erleichtern sowie die Selbsthilfe unserer bäuerlichen Betriebe zu unterstützen.

Eines sei auch noch gesagt. Es ist immer wieder so, daß die Landwirtschaft wegen dieser Hilfsstellung von der Öffentlichkeit her vielfach angegriffen wird. Der Landwirtschaft wird vielfach vorgeworfen, sie sei ein Subventionsempfänger, und es klingt auch fast so, als sei sie ein Almosenempfänger. Ich glaube, das müßten wir mit aller Schärfe zurückweisen, denn die Bauernschaft hat in den letzten 20 Jahren selbst große Anstrengungen auf dem Weg zu einem modernen Zweig der Volkswirtschaft unternommen. Allein in den Jahren 1961 bis 1967 hat sich der Produktionswert unserer Landwirtschaft trotz sinkender Zahl der Arbeitskräfte von 25,7 auf 31,1 Milliarden Schilling erhöht. Das jährliche Betriebseinkommen ist in der gleichen Zeit allerdings auch von 18.400 auf 28.900 Schilling gestiegen. Die Landwirtschaft ist ein respektabler Auftraggeber und Kunde der gewerblichen Wirtschaft geworden. Diese wenigen Ziffern sind uns ein Beweis für den außerordentlich dynamischen Anpassungsprozeß und für den Leistungswillen unserer steirischen und österreichischen Bauernschaft.

Als Agrarreferent der Steiermark danke ich den steirischen Bauern für ihre Leistungen und für ihren Fleiß und ich wünsche ihnen für das Jahr 1969 einen weiteren Aufschwung, einen Absatz ihrer Produkte zu guten Preisen und keine Katastrophen. Im Rahmen des Landes werden wir nach bestem Wissen und Gewissen unsere Aufgabe erfüllen im Interesse der Bauern dieses Landes und damit auch der gesamten Bevölkerung der Steiermark. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Bevor wir zum dritten Teil der Gruppe 7 — Fremdenverkehr übergehen, will ich dem Hohen Haus folgendes zur Kenntnis bringen. Am Beginn der heutigen Nachmittags-sitzung hat Abg. Pölz über Abg. Meisl und in diesem Zusammenhang Abg. Ileschitz über Abg. Pölzl herabsetzende Äußerungen getan. Ich bin sowohl vom Abg. Ileschitz wie auch vom Abg. Pölzl ermächtigt, dem Hohen Hause bekanntzugeben, daß beide ihr heutiges Verhalten bedauern. (Allgemeiner Beifall.)

Ich übergebe nunmehr den Vorsitz an Herrn Präsidenten Koller.

3. Präsident Koller: Als nächster Redner hat sich Herr Abg. Laurich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Laurich: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem heute hier im Hohen Hause bereits über Industrie und Gewerbe und auch über die Landwirtschaft gesprochen wurde, kommen wir nun zur dritten Säule unserer Wirtschaft, dem Fremdenverkehr. Mit Genugtuung werden alle am steirischen Fremdenverkehr interessierten Kreise die Ausführungen des Landesfinanzreferenten DDr. Schachner vernommen haben, daß die für den Fremdenverkehr bestimmten Mittel im Voranschlag für 1969 gegenüber den Ansätzen für 1968 bedeutend erhöht wurden. Leider können wir derart erfreuliche Feststellungen beim Bundeshaushalt 1969 nicht treffen. Auch wenn man die begrüßenswerte Erhöhung für die Auslandswerbung in Rechnung stellt und die kaum den Kostenveränderungen Rechnung tragende höhere Dotierung um 500.000 Schilling für Zinszuschüsse berücksichtigt, so müssen wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß die Gesamtförderungsmittel für den Fremdenverkehr, die laut Bundesrechnungsabschluß für 1967 48,786.000 Schilling betragen, im Bundesvoranschlag 1968 bereits auf 25,7 Millionen Schilling reduziert wurden und im Budget für 1969 auf 25 Millionen Schilling gesunken sind.

Ich brauche hier im Hohen Hause auf die allumfassende wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs nicht besonders hinzuweisen. Seine Impulse beleben nicht nur die vielfältigen Berufszweige des Gast-, Schank- und Beherbergungsgewerbes, die Privatvermieter, Kaufleute und andere Gewerbetreibende, sondern auch den Straßenbau ebenso wie den Wohnungsbau, die Reisebüros gleichermaßen wie die Schischulen, und in vielen Gemeinden ist der Fremdenverkehr zum strukturbeherrschenden Faktor überhaupt geworden.

Die Reduzierung der Mittel für die Fremdenverkehrsförderung im Bundeshaushalt ist deshalb so bedenklich, weil ja bekannt ist, daß gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft zusätzliche Mittel dringender denn je erforderlich wären, um wichtige Verbesserungen und Neubauten durchführen zu können. Gerade für die Steiermark, in der durch Privatinitiative und oft unterstützt durch Landeshilfe und durch die Gemeinden so vieles geschaffen wurde, ist es

notwendig, gegenüber den westlichen Bundesländern noch mehr aufzuholen. Viele Fremdenverkehrseinrichtungen können auf dem normalen Kreditweg nicht gebaut und unterhalten werden. Auch für die Umstellung und Erschließung neuer Gebiete sind solche Mittel unbedingt erforderlich. Es müßte daher möglich sein, dem Fremdenverkehr als dem größten Devisenbringer unseres Landes die gleichen Bedingungen zuteil werden zu lassen, wie das bei anderen Wirtschaftszweigen der Fall ist. Es dürfte Sie sicher interessieren, wie die Einnahmen etwa gleich großer Gemeinden in der Gegenüberstellung aussehen, wenn eine davon für den Fremdenverkehr erschlossen ist.

Ich habe hier die Gemeinde Zell am See in Salzburg mit einem Jahresbudget von 28 Millionen Schilling bei 600.000 Nächtigungen. Gleich groß etwa ist unsere Bezirkshauptstadt Liezen, die einen VÖEST-Betrieb und eine Schuhfabrik hat, die bei gleich großer Bevölkerungszahl nur ein Jahresbudget im ordentlichen Haushalt von 11,9 Millionen Schilling aufweist. Zwei weitere Gemeinden: Saalbach in Salzburg, Jahresbudget 8 Millionen mit über 700.000 Nächtigungen und die Gemeinde Gaal bei Knittelfeld, die etwas größer ist mit einem Budget von 1,9 Millionen. Und zwei kleine Gemeinden: Die Gemeinde Tweng am Obertauern mit 61.000 Nächtigungen mit einem Jahresbudget von 1,2 Millionen und Flatschach bei Knittelfeld mit einem Jahresbudget von 247.000 Schilling.

Der Herr Landesrat Wegart hat beim Landesfremdenverkehrstag in Murau berichtet, daß die Steiermark in der Wintersaison 1967/68 und in der Sommersaison 1968 über 6 Millionen Nächtigungen zu verzeichnen hatte. Davon entfallen allein auf das Dachstein-Tauerngebiet, also Schladming, Raumsau, Pichl, Rohrmoos und Haus rund 900.000 Nächtigungen, darunter die Ramsau mit rund der Hälfte. Ich möchte hier erwähnen, daß diese Gemeinden in den vergangenen fünf Jahren 3.588.662 Schilling an Fremdenverkehrsabgabe dem Land abgeführt haben. Das Ausseerland hatte rund 500.000 Nächtigungen, wobei besonders auf die Steigerung von Bad Aussee in der Wintersaison hinzuweisen ist und Mitterndorf und Tauplitz mit zusammen rund 400.000 Nächtigungen.

Wir haben beim Fremdenverkehrstag in Murau mit großer Freude aus dem Mund des Herrn Landesrates gehört, daß in Zukunft auch die Pistenpräparierung gefördert werden soll. Wir wissen, daß besonders in der Schweiz und auch in den westlichen Bundesländern ein Wintersportbetrieb ohne entsprechende Pistenpräparierung nicht möglich ist. Ich darf Ihnen als Obmann der Planeigesellschaft sagen, daß wir allein im vergangenen Winter 177.000 Schilling für die Pistenpflege der Planeiabfahrt ausgegeben haben, ich darf Sie ferner in Kenntnis setzen, daß ein modernes Pistengerät, ein RATRAG S den runden Betrag von 450.000 Schilling erfordert und wir freuen uns, daß nunmehr auch im Budget 1969 entsprechende Ansätze vorhanden sind. Daß auch im verstärkten Maße die Errichtung von Skiabfahrten gefördert werden soll,

erfreut uns ebenfalls und wird sicher dazu beitragen, daß die dringend notwendige zweite Saison, nämlich die Wintersaison weiter ausgebaut werden kann. Allgemein wäre es wünschenswert, wenn fremdenverkehrstechnische Einrichtungen ausschließlich nach klimatischen Bedingungen und örtlichen Erfordernissen gefördert würden.

Gestatten Sie, daß ich nun einige Straßenfragen des Enns- und Paltentales bzw. des Ausseerlandes behandle. Mit der Fertigstellung der Schober-Bundesstraße ist ein langgehegter Wunsch, eine bessere und schnellere Verbindung zur Landeshauptstadt zu bekommen, in Erfüllung gegangen. Wir freuen uns, daß am Straßenstück Landesgrenze—Schladming eifrig gearbeitet wird und mit großer Freude haben wir auch vernommen, daß das benachbarte Bundesland Salzburg dabei ist, das schlechte Straßenstück von Radstadt bis zur Landesgrenze durch eine neue Straße zu sanieren. Ich höchte hier ausdrücklich auf die eminente Bedeutung der Errichtung der Tauernautobahn hinweisen, als Zubringer aus dem Westen, besonders aber aus der Bundesrepublik und auf die Autobahn Linz—St. Michael—Graz in fremdenverkehrsmäßiger Hinsicht. Erfreulich ist es auch, daß die Altausseerstraße und die Sölkstraße weiter gebaut werden und daß die Straße von Palfau nach Großreifling in Angriff genommen wird.

Wichtige Erfordernisse und Vorhaben wären die Umfahrungen von Oberhaus, von Gröbming, von Liezen, die Verbindung der Pyhrnstraße zur Bundesstraße 112 und die Umfahrung von Rotenmann.

Der Landeshauptmann hat heute hier erwähnt, daß es anfänglich gegen die Umfahrung Schladmings Widerstände gegeben hat und ich kann zu meiner großen Freude feststellen, daß dies nicht von der Gemeindevertretung gekommen ist, sondern, daß sich einige Gewerbetreibende gefürchtet haben, daß sie nunmehr aus dem fehlenden Durchzugsverkehr einen Einnahmementgang zu verzeichnen hätten. Die Umfahrungsstraße ist ein Segen für unsere Stadt, das möchte ich hier ausdrücklich festgestellt haben.

Mit Recht wird das Ennstal und das Ausseerland als das Gebiet der steirischen Bergstraßen bezeichnet. Gewaltige finanzielle Belastungen haben Gemeinden und private Interessenten auf sich genommen, um hier in erster Linie für den Fremdenverkehr Anziehungspunkte zu schaffen und die Berge dem Wintersport zu erschließen. Das gilt für die Straße zur Reiteralp, zur Hochwurzenstraße, die Straße auf die Planei und zur Türliwandhütte, die Stoderstraße, die Planner- und die Tauplitzstraße und wir freuen uns, daß das Land Steiermark den Bau der Loserstraße, die für das Ausseerland von großer Bedeutung ist, großzügig unterstützen wird. Die Dachstein-Südwand-Seilbahn, die sicherlich noch manche Probleme bringen wird, hat eine Bedeutung, die weit über örtliche Interessen hinausgeht. Eine internationale Attraktion wird die zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehene Transversale von Obertraun in die Ramsau sein. Diese Seilbahn soll im Juni nächsten Jahres ihrer Bestimmung

übergeben werden und der Bau war nicht zuletzt erst dadurch möglich, weil die Steiermärkische Landesregierung, aber auch die Umgebungsgemeinden der Ramsau mit kleineren Beträgen Kredite gewährt und Haftungen übernommen haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich der Landesregierung auch dafür danken, daß sie die Dachstein AG beauftragt hat, federführend in das Studium der Planeierschließung durch eine Seilbahn einzutreten. Ich möchte hier all denen Anerkennung zollen, die im Bezirk Liezen in letzter Zeit Freibäder gebaut haben oder solche unterhalten. Um nur einige Neuanlagen anzuführen, darf ich hier Mandling, Haus, Öblarn, Stainach, Selzthal und das neue Alpenbad in Liezen erwähnen. Die Erbauer, fast ausschließlich Gemeinden, haben gewaltige Lasten auf sich genommen und das kommt heuer nach diesem klimatisch überaus schlechten Sommer, ganz besonders zum Tragen. Den klimatischen Bedingungen unseres Gebietes entsprechend, müßte ein Weg gefunden werden, durch billige Kredite und entsprechende Zuschüsse, den Bau von Hallenbädern zu ermöglichen. Das Hallenbad in Mitterndorf erfreut sich als Heilbad eines wachsenden Zuspruches. Trieben baut mit Hilfe der Veitscher Magnesit ein schönes und zweckentsprechendes Hallenbad und für das obere Ennstal ist in der Bergstadt Schladming ein Projekt fix und fertig ausgearbeitet. Auch in der Steiermark müßten eventuell in Koordinierung mit dem Sportstättenplan des Bundesministeriums für Unterricht sogenannte Mittelpunktschwimmbäder errichtet werden, zu deren Bau und Erhaltung öffentliche Mittel bereitzustellen wären. Dies nicht nur als Förderung für den Fremdenverkehr, sondern auch deshalb, damit unsere Jugend, die sonst kaum Gelegenheit dazu hat, schwimmen lernt.

Das Bundesland Salzburg und die Stadt Salzburg sind den Weg über einen sogenannten Bäderschilling gegangen und es wäre zu prüfen, ob nicht hier so, oder durch andere Lösungen ebenfalls ein Weg gefunden werden könnte.

Ein überaus ernstes Problem, für das ich mich aber ausdrücklich für nicht zuständig erkläre, aber darauf hinweisen muß, sind Wünsche des Gastgewerbes um Streichung der Umsatzsteuer für den Küchenbetrieb und die Art der Einhebung der Alkoholsteuer. Mir sind eine Reihe von Betrieben bekannt, die den Küchenbetrieb, weil nicht mehr rentabel, einstellen und nur mehr Zimmer mit Frühstück vermieten. Man spricht überall von Verwaltungsvereinfachung, doch bei der Verrechnung der Alkoholsteuer hat man eine Verrechnungsart gefunden, die für den Wirt, aber auch für den Gast nur noch komplizierter ist.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß der Fremdenverkehr in der Steiermark in den letzten Jahren einen überaus erfreulichen Aufschwung genommen hat, daß also die Fremdenverkehrsförderung und die Werbung ihre Früchte trägt und daß dadurch alle Teile des Landes wirtschaftliche Impulse erhalten. Hoffen wir auf eine gute und weiter ansteigende Win-

tersaison zum Wohle der heimischen Wirtschaft und damit zum Nutzen unseres Vaterlandes. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme an, daß es im Sinne dieser Budgetberatungen ist und auch im Sinne des ressortmäßig zuständigen Regierungsmitgliedes, daß hier nicht bekannte Tatsachen wiederholt werden und daß sogar davon Abstand genommen wird, auf die zweifellos anerkennenswerte Aufwärtsentwicklung und Entwicklung insgesamt des steirischen Fremdenverkehrs hinzuweisen, sondern daß es auch richtig ist, Bedenken, die in der Struktur und in gewissen Entwicklungstendenzen liegen, aufzuzeigen; nicht — das möchte ich hier unterstreichen — um kritisieren zu wollen, sondern um Möglichkeiten der Abhilfe in diesem Bereich zeitgerecht zu finden. An die Spitze stelle ich das Subsidiaritätsprinzip all jener öffentlichen Stellen, die — sei es im Land, in der Stadt oder in einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbänden — die Tätigkeit der Fremdenverkehrsbetriebe, der Fremdenverkehrswerbung, neuer Einrichtungen usw. fördern. Dieses Subsidiaritätsprinzip bedingt, daß die Tätigkeit, und zwar die unternehmerische und verantwortliche Tätigkeit des einzelnen Gastwirtes, Hotelbesitzers, Restaurateurs etc. nicht ersetzt werden kann und soll. Es kann also von der öffentlichen Hand aus nur eine bestimmte Förderung erfolgen und diese Förderung kann gewisse Schwerpunkte haben.

Bei diesen Schwerpunkten komme ich nun auf jene Ausführungen zurück, die ich schon vor fast einem Jahr, am 15. Dezember 1967, mit der Problematik des „Gießkannenprinzips“ umschrieben habe.

Es ist einmal so — ob uns das im Bereich der Steiermark besonders gefällt oder nicht, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle — wenn wir uns in Fremdenverkehrsgebieten des In- und Auslandes ein wenig umsehen, können wir feststellen, daß es absolut zu regionalen Konzentrationen im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft kommt, und zwar Konzentrationen vielleicht nicht so sehr und nicht ausschließlich hinsichtlich der Bettenkapazität, sondern Konzentrationen im Hinblick auf die Fremdenverkehrseinrichtungen weitester Art. Vom Tennisplatz oder von der Möglichkeit, Reit- und Flugsport und Minigolf zu betreiben bis zu entsprechenden Aufenthalts- oder Kursälen; von der Kette eines doch auch qualitativ beachtenswerten Veranstaltungskalenders über die Möglichkeit zum Schwimmen, zum Wandern, zum Fischen, zum Bergsteigen, kurzum eine möglichst vielschichtige Zusammenfassung von Freizeitbetätigungen und Möglichkeiten dazu in einem solchen Fremdenverkehrszentrum zu schaffen, das ist der Trend, den man heute rundum feststellen kann. Diese Erfahrung hat aber selbstverständlich auch entsprechende finanzielle Auswirkun-

gen. Denn es ist klar, daß ohne eine Konzentration von Förderungsmitteln in solchen Zentren die notwendigen Einrichtungen nicht oder nicht in jener Qualität oder Zahl oder nicht in jener Nebenausstattung geschaffen werden können, wie dies erforderlich ist.

Daher erhebt sich selbstverständlich auch im Bereich der Steiermark die Frage, so schmerzhaft das für einzelne Gemeinden sein mag, wo werden Freibäder gebaut. Daß praktisch jedes Bad, das wissen Sie, meine Damen und Herren, ebenso wie es die breite Öffentlichkeit weiß, heute ein Zuschußbetrieb ist, das liegt auf der Hand. Aber es ist ein Unterschied, ob ich in einem klimatischen Normaljahr mit 19 oder doch mit 50 Tagen Badebetrieb rechnen kann. Ebenso ist es ein Unterschied, ob ich in einem Gebiet, von dem boshafte Zungen behauptet haben, es handle sich um einen Weingartenslalom, einen Schilift errichte, wo ich 10 Tage im Jahr die Möglichkeit habe, effektiv schizufahren, oder in einem Gebiet, wo diese Möglichkeit zumindest über die Monate vom Dezember bis Ostern gegeben ist.

Das, meine Damen und Herren, ist eine wesentliche Frage. Sie ist deshalb wesentlich, weil wir bei aller erfreulichen Vermehrung etwa unserer Schilifanlagen doch auch in den konzentrierten Wintersportgebieten der Steiermark von der Plana über die Tauplitz, die Planner, das Lachtal bis zur Turracherhöhe entsprechende Förderungsmittel verteilen müssen. Denn eines, meine Damen und Herren, werden Sie bei Kenntnis dieser Gebiete zugeben, daß wir auch in den Spitzengebieten noch nicht jene Ausstattung an Liftkombinationen haben, wie sie heute in anderen Gebieten, man muß nicht unbedingt nach Lech fahren, man braucht nur ein kleines Stück etwa zum Radstädtertauern weiterfahren, Selbstverständlichkeit geworden ist. Daß hier eine Entscheidung die andere nach sich zieht, hat bereits mein Vorredner in der Frage der Pistenpflege, der Pistengeräte aufgeworfen, die heute auch wieder in zunehmendem Maß eine Selbstverständlichkeit darstellt, nachdem der Anteil der ausgezeichneten Schifahrer, die es bevorzugen, eine etwas anspruchsvollere Piste zu haben, nicht maßgeblich für diese Pistenpflege sein kann, sondern der Tourenläufer, der Feriengast, der Wintersportler, der im Laufe eines Jahres 7, 10, 14 Tage dazukommt, dieser Sportart seinen Obolus zu zollen.

Diese Konzentrationsfrage, die auch in der Förderung zu bestimmter Konzentration zwingt, ist eine sehr wesentliche Frage. Ich möchte aber noch eines anschnitten. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir nicht übersehen dürfen — und was ich jetzt sage, gilt mehr für jene Gebiete, die nicht ausgesprochene Saisongebiete im Fremdenverkehr sind, also ausgesprochene Winter- oder Sommergebiete, daß die Konkurrenzprobleme auf dem Gebiet der Beherbergungsbetriebe auch eine sehr ernste Größenordnung angenommen haben, und zwar dort, wo die Konkurrenz nicht unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen erfolgt.

Der typische Beherbergungsbetrieb, das heißt der Familienbetrieb im engeren oder weiteren Sinne des Wortes, der heute prozentmäßig bei den österreichischen Beherbergungsbetrieben nach wie vor an der Spitze steht, ist in sehr wenigen Fällen, soweit es sich nicht um ausgesprochene Zentralen des Fremdenverkehrs mit zwei Saisonen handelt, in der Lage, den echten Investitionsbedarf erfüllen zu können. Aber er sieht sich auf der anderen Seite — und das meine ich unter Verfälschung der Wettbewerbsbedingungen — Beherbergungsbetrieben gegenüber, die, sei es von Großbanken oder Großversicherungsgesellschaften, außerordentlich gut ausgestattet, es sich ohne weiteres leisten können, jahrelang negativ zu bilanzieren, weil das in der Gesamtgestion dieser Anstalt vielleicht eine sogar nicht unerwünschte steuerliche Abschreibepost darstellt.

Meine Damen und Herren, das ist durchaus verständlich, aber was soll nun der — ich möchte nochmals betonen — typische Familienbetrieb unter diesen Wettbewerbsbedingungen machen, wo nämlich dann auch — und darauf möchte ich hinweisen — die Preiskalkulation nicht von der Kostenseite, sondern von dem Wunsch etwa nach Vollbelag her erfolgt. Ohne Rücksicht darauf, Zinsen für Investitionsdarlehen zur Gänze zurückzahlen zu müssen, den eigenen Kapitaleinsatz zu verzinsen, sondern, wie gesagt, wo ohne weiters auch die Möglichkeit besteht, längere Jahre größere oder kleinere Verluste in Kauf zu nehmen.

Ich meine daher, nachdem diese Frage auch besonders typisch und dringlich in dieser Stadt Graz besteht, daß die Frage der Investitionskredite und zwar weniger der Gewährung der Kredite wie es sich jetzt herausstellt, als vielmehr der dazu notwendigen Sicherstellungen, eine brennende Frage im Fremdenverkehr geworden ist.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen als kleines Beispiel dafür anführen. (Landeshauptmann Krainer: „Bitte mehrere, eines ist zu wenig.“)

Ja, Herr Landeshauptmann, gerne, ich habe Zeit. Wenn ich Ihnen also als eines dieser Beispiele anführe — ich kann ja alle Grazer anziehen, Herr Landeshauptmann — darf ich folgendes sagen. Es gibt mindestens sieben führende Betriebe in Graz, die selbst gerne investieren (Landeshauptmann Krainer: „Bitte keine Betriebsgeheimnisse ausplaudern.“), nein, deswegen sage ich ja keine Namen, Sie waren ja so neugierig, Herr Landeshauptmann, Sie wollten ja mehr wissen.

Aber, die selbst gerne investieren möchten, die aber nicht mehr jene bankmäßigen Sicherstellungen geben können, weil sie ERP-Kredite, Investitionskredite etc. erhalten haben. Wir haben seitens der Stadt Graz eine Zinsenzuschußaktion einvernehmlich mit der Hotellerie, einvernehmlich mit der Kammer in der Form ins Leben gerufen, daß etwa ein solcher Kredit herabgesetzt würde, zumindest in den ersten fünf Jahren auf den Zinssatz eines ERP-Kredites und ich muß Ihnen sagen, obwohl das seit geraumer Zeit den in Frage kommenden Interessenten be-

kannt ist, sind alle bisherigen konkreten Versuche — und es sind wie gesagt eine Reihe von Interessenten — an einer Frage gescheitert, nämlich an der Erfüllung der von der Bank geforderten notwendigen Sicherstellungen. (Landeshauptmann Krainer: „Die Geldwechsler sind schwierige Leute!“)

Daher glaube ich, daß diese Frage des Investitionseinsatzes auch vom Gesichtspunkt, den ich früher angeschnitten habe, nämlich von dem unechter Wettbewerbsverhältnisse gesehen werden muß und daß hier Hilfe nötig ist. Ich meine auch, meine Damen und Herren, daß es durchaus keine populäre Forderung war, als freiheitliche Abgeordnete im Parlament die Meinung vertreten haben, auch zum Zeitpunkt einer besonders sparsamen Verwaltung, sei ein Ministerium oder ein Staatssekretariat für Fremdenverkehr einzurichten.

Ich muß sagen, wenn heute im Bereich der Bundesrepublik Deutschland, im Bereich von Jugoslawien sowieso, in Italien, im Schweizer Bereich Zentralstellen der Fremdenverkehrsordination entweder bereits lange eingerichtet sind oder eingerichtet werden, wenn wir übereinstimmend feststellen konnten, etwa bei der Diskussion des Stahlgutachtens oder wie der Herr Landesrat Peltzmann es genannt hat, des Beratungspapiers, das unbestritten im südamerikanischen Raum, oder auch in anderen Räumen sich österreichische Stahlfirmen konkurrenzieren und daß das nicht sehr sinnvoll und nicht sehr zweckmäßig ist, so, meine Damen und Herren, halte ich es auch nicht für sehr sinnvoll und nicht sehr zweckmäßig, wenn sich die Bundesländer und die Landeshauptstädte in ihrer Auslandswerbung letzten Endes konkurrenzieren.

Das geschieht ebenso und zwar immerhin mit einem Aufwand, der mehr als dreimal so groß ist, als die gesamte österreichische Fremdenverkehrswerbung ausmacht. Bitte, stimmt nicht ganz, weil diese 162 Millionen (Landeshauptmann Krainer: „Das kann nicht stimmen.“) der Bundesländer, ja ich habe mir ein bisserl die Großzügigkeit von Ihnen angewöhnt, Herr Landeshauptmann und diese 162 Millionen, die stimmen schon, nur möchte ich ganz korrekt sagen, daß sie die Budgetsummen der Länder auf dem Gebiet Fremdenverkehr ausmachen und daher nicht diese ganzen 162 Millionen natürlich in die Auslandswerbung hineingehen. Aber immerhin, die Größenordnung ein Drittel österreichische Fremdenverkehrswerbung und dreimal soviel Beträge für den Fremdenverkehr im Bereich der Bundesländer zeigt doch klar und deutlich, daß es nicht abwegig ist, von einer Koordination dieser Bemühungen und dieser Bestrebungen zu reden, sondern, daß sie recht notwendig ist.

Ich kann Ihnen heute sagen, daß im Bereich des zentraleuropäischen Fremdenverkehrsmarktes, wenn man das so nennen darf, ungefähr 220 Städte und Regionen in der Größenordnung der Landeshauptstadt Graz als Konkurrenten auftreten, und daß dabei im einzelnen Werbebeiträge eingesetzt werden, die nicht nur das zehnfache, sondern bis zum achtzigfachen jener Beträge

gehen, die Graz aufwenden kann und die gleiche Situation ist auch für das Land Steiermark gegeben. Wenn heute die Steiermark etwa mit der kombinierten Wirtschaftsfremdenverkehrswerbung von Frankreich konfrontiert wird, die im größtmöglichen Stil im vorigen Jahr durchgeführt wurde, ich weiß nicht, wie es heuer (Landeshauptmann Krainer: „Schlechter!“) im Jahre 1969 sein wird, kann sein, aber das darf man dem de Gaulle nicht erzählen, sonst wird er böse.

Wenn also diese Tatsache gegeben ist, dann glaube ich, meine Damen und Herren, sei es in Form eines Ministeriums oder Staatssekretariates oder in irgendeiner anderen Art, ganz egal, aber die Koordination der Fremdenverkehrsbestrebungen ist notwendig. (Landeshauptmann Krainer: „Aber doch nicht ohne Konkurrenz. Ein bisserl Konkurrenz ist immer gut!“)

Selbstverständlich, Herr Landeshauptmann, aber wir brauchen uns ja nicht gegenseitig zu konkurrenzieren, dort wo wir etwa gemeinsam in einen neuen Markt eindringen wollen. (Landeshauptmann Krainer: „Spannung ist immer gut.“)

Ja, aber ich glaube, wenn man also denselben Zweck mit dem halben Aufwand nach technischem Prinzip erreichen kann, dann soll man sich für diesen halben Aufwand entscheiden. Herr Landeshauptmann und meine Damen und Herren, darüber hinaus möchte ich doch betonen, daß die Grundlage dieser Koordination ja überhaupt erst dann gegeben ist, wenn sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß es gar keinen Sinn hat, im ganzen Fremdenverkehrsbereich zu meinen, daß eine beschränkte Lokalwerbung im kleinsten Bereich denkbar ist. Solange man ängstlich bemüht ist, schon in der Nachbargemeinde möglichst niemand hinzubringen, sondern alles im eigenen Bereich zu lokalisieren. Es ist völlig unbestritten, daß mit zunehmendem Fremdenverkehr, allen Interessenten dabei gedient ist. Sowohl in wirtschaftlicher als auch in anderer Hinsicht, nämlich im Hinblick auf das bessere Verstehen der Menschen, denen diese Möglichkeiten erschlossen werden und daher ist eine gemeinsame Arbeit an diesem Ziel berechtigt und notwendig.

Und hier, meine Damen und Herren, glaube ich, könnte das Land Steiermark einen dankenswerten für den ganzen Bund bedeutsamen Beitrag leisten. Es ist auch gerecht und notwendig und verdient, wenn ich abschließend all jenen, die mit ihrem persönlichen Einsatz, mit ihrer Arbeit, mit ihrem Risiko, mit ihren Sorgen und letzten Endes auch mit ihren Erfolgen, die wir ihnen für das Jahr 1969 ebenso wünschen wollen, Dank sagen für ihre Arbeit, die sie im Dienste der österreichischen, der steirischen Wirtschaft im Bereich des Fremdenverkehrs geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Stöffler hat als nächster Redner das Wort.

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon eine Binsenweisheit, daß der Fremdenverkehr für die

Volkswirtschaft von immer größerem Interesse ist. Das gilt nicht nur für uns. Auch in den anderen Staaten, ob Osten oder Westen, sind solche Bemühungen geradezu in progressiver Weise festzustellen. Es sind vor allem die Devisen, die hier als Triebfeder wirken. So versucht jeder Staat, möglichst viele Fremde von auswärts zu sich zu ziehen und auf der anderen Seite zu bewirken, daß möglichst wenig Einheimische ins Ausland fahren. In den Oststaaten gelingt das verhältnismäßig leicht durch die bekannten Reisepaß- und Devisenbeschränkungen. In den Staaten, in denen der Bürger frei ist und über eine konvertierbare Währung verfügt, ist das schon viel schwieriger. Österreich und die Steiermark haben zweifellos ganz ausgezeichnete Voraussetzungen für einen ertragreichen Fremdenverkehr. Es waren zwar diese Voraussetzungen lange Zeit nicht genügend genützt und es ist sicher Sache der Zukunft, in dieser Hinsicht noch manches nutzbar zu machen. Es hat sich ja der Fremdenverkehr eigentlich erst in den letzten Jahrzehnten in dieser Breite entwickelt, vielleicht verursacht hauptsächlich durch die Motorisierung, nicht zuletzt auch durch die Hebung des Lebensstandards. Im allgemeinen hat der Fremdenverkehr zugenommen. Wir waren aber doch vielen Staaten gegenüber mit wesentlich schlechteren Startbedingungen ausgestattet. Man ist sich eigentlich oft des Anteiles gar nicht bewußt, den Österreich am internationalen Fremdenverkehr nimmt.

Meine Damen und Herren, angefangen vom Einkehrghasthof, dem Bahnhofhotel und den traditionellen Heilbädern aus der monarchistischen Zeit bis zu den heutigen Fremdenverkehrsgebieten mit vielfach zwei Saisonen und mit all den bekannten Kombinationen von ärztlicher Betreuung und Sport, von Unterhaltung und Erholung usw. ist ein sehr weiter Weg zurückzulegen gewesen. Weit vor uns waren die klassischen Fremdenverkehrsländer Italien, Frankreich, die Schweiz und auf dem Weg durch diese Zeit herauf, hat uns eine sehr starke Konkurrenz auf allen Gebieten begleitet. Dazu kamen eine Menge von neuen Gebieten, die plötzlich im Fremdenverkehr aufgetreten sind, ich erwähne nur die Mittelmeerinseln, den Nahen Osten und andere mehr. Was die Steiermark selbst betrifft, so lag sie innerhalb Österreichs nicht an der Spitze. Andere Länder waren uns im Fremdenverkehr weit voraus, wie etwa Salzburg und Tirol die klassischen österreichischen Fremdenverkehrsländer. Sie hatten auch einen wesentlich besseren Start in die jetzige Zeit.

Darf ich mir nun aber doch erlauben, einige Ziffern zu nennen, die die Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft ein bißchen zeichnen. Wir hatten im Jahr 1936 in ganz Österreich 6,2 Millionen Ausländerübernachtungen, im Jahre 1967 waren es 44,3 Millionen. Beim Inländerverkehr ist die Steigerung bei weitem nicht so stark. Wir hatten im Jahre 1936 13,7 Millionen Inländerübernachtungen, im Jahre 1967 aber nur 19,3 Millionen. Daraus zeigt sich, daß die Attraktivität Österreichs für den Ausländerfremdenverkehr sehr stark gestiegen ist

und auf der anderen Seite, daß sehr viele Österreicher es vorziehen, ihren Urlaub im Ausland zu verbringen.

Vergleichsziffern für die Steiermark liegen nur aus der Zeit von 1951 vor. Wir hatten damals 190.300 Ausländerübernachtungen, wir haben in diesem Jahr bisher über 1.600.000 Ausländerübernachtungen, also eine Steigerung von 460 Prozent. Auch bei den Inländerübernachtungen hat die Steiermark eine sehr gute Steigerung festzustellen, von 2.470.000 Übernachtungen sind wir auf 4.720.000 Inländerübernachtungen gestiegen. Es gab im Jahre 1951 in der Steiermark insgesamt 41 Bergbahnen — also Seilbahnen, Schilifte, Schlepplifte, Sessellifte — im Jahre 1968 bereits 493. Die Zahl der Badeanlagen hat sich von 50 auf 200 erhöht. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Fremdenverkehrsförderung ist in vielen Bereichen deutlich erkennbar, aber doch nicht im einzelnen meßbar, außer bei den Devisenerträgen, die im Jahr 1967 16 Milliarden Schilling ausgemacht haben.

Der Bedarf an Devisen für in das Ausland Reisenden hat aber 5,7 Milliarden ausgemacht. Also etwa ein Drittel der eingegangenen Devisen wurde wieder für den Auslandsverkehr bereitgestellt. All die vorerwähnten Fremdenverkehrsattraktionen, also Bergbahnen, Bäder, Ausbau der Gaststätten und Hotels, werden vom Land Steiermark in sehr vielfältiger Weise unterstützt. Es sind 104 Millionen Schilling für fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen seit 1961 ausgegeben worden, über 41 Millionen aus dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds, wobei dadurch noch weitere 20 bis 30 Millionen Privatkapital mobilisiert wurden.

Die Sonderaktion hat bisher weit über 80 Millionen Schilling mobil gemacht, die Zinszuschußaktion 145 Millionen. Die Zuschüsse und Kredite, die das Land in den letzten Jahren gewährt hat, haben sich volkswirtschaftlich bestens ausgewirkt. Ich möchte in dem Zusammenhang auf die sogenannte „Gießkannenmethode“ ein bißchen zu sprechen kommen.

Man soll die Schaffung von Fremdenverkehrszentren nicht übertreiben. Die großen Ballungen — das hat sich immer wieder gezeigt — sind für den Fall irgend welcher Rückschläge außerordentlich spröde. Rückschläge können für ganze Gebiete arge wirtschaftliche Benachteiligungen bringen. Dazu kommt, daß wir in der Steiermark ja bemüht sind, möglichst viele Gebiete für den Fremdenverkehr zu erschließen, weil wir auf breiter Front die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung verbessern wollen.

Und wenn ich mir so die Wintersportzentren ansehe, dann muß ich sagen, es macht wenig Spaß, in einem solchen attraktiven Wintersportzentrum, so schön auch die Abfahrten sein mögen, zwei Stunden am Lift zu stehen, auch dort, wo der Lift ganz ausgezeichnet funktioniert. Wenn wir in der Lage sind, auf Grund der Vielfalt der Gegend, auf Grund der vielen Möglichkeiten, die wir über das ganze Land verstreut haben, auch an vielen Orten Wintersport zu ermöglichen, dann glaube ich, ist das sehr interessant und zweckmäßig. Es ist ja nicht nur der

Devisenertrag interessant, sondern es ist ja die Fremdenverkehrswirtschaft auch ein außerordentlich starker Stabilisator für die Arbeitsplätze. Besonders für die Steiermark ist zu erwähnen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft zur Behebung des sozialen Gefälles außerordentlich viel beiträgt. Auch die Kaufkraft der Fremdenverkehrswirtschaft steigt ständig.

Meine Damen und Herren! Wir haben z. B. bei den letzten beiden Messeveranstaltungen auf der Grazer Messe, verursacht durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es da und dort gegeben hat, natürlich auch im Verkaufserfolg Rückgänge bemerkt, vor allem beim Großgerät für die Bauwirtschaft, beim Großgerät für die metallbearbeitenden Betriebe. Ich muß aber sagen, daß der Investitionsbedarf für den Fremdenverkehr stabil, ja sogar angestiegen ist. Das Geschäft auf dem Gebiet des Fremdenverkehrsbedarfes steigt ständig an. So haben wir uns auch vor allem in der Richtung hin bemüht, das Angebot für den Fremdenverkehr weiterhin abzurunden. Die Grazer Messe hat mit dem Bau einer neuen, großen Halle mit 20.000 m² Ausstellungsfläche begonnen. Wir werden dort eine Konzentration des Haushalts- und vor allem des Hotelleriebedarfes schaffen. Es werden neue Branchen aufgebaut werden, wie Glas, Porzellan, Besteck, Geschirr und Ähnliches mehr. Wenn die Halle nach etwa drei bis vier Jahren fertig sein wird, wird man auf der Grazer Messe alles finden, was man braucht, um ein Hotel zu bauen, um es einzurichten und um es zu betreiben; vom Bodenbelag bis zur Deckenlampe, von der Kühlung bis zur Heizung, Tafelgeschirr, Hotelwäsche und Zimmereinrichtung, bis zu den Anlagen der Schankeinrichtungen, Kücheneinrichtungen, sanitäre Einrichtungen usw.

Meine Damen und Herren, wir hätten es in der Grazer Messe nicht gewagt, das Risiko für einen solchen Bau zu übernehmen, der schließlich etwa 48 Millionen Schilling kosten wird, ein Bau, der in ganz Europa in dieser Art nicht besteht, wenn wir nicht durch die Entwicklung vor allem des heimischen Fremdenverkehrs und den daraus sich ergebenden Investitionsbedarf dazu geradezu angespornt worden wären.

Wir sehen darin auch eine Chance für die Belebung der Wirtschaft im weiteren Sinn und besonders im Bereich von Graz. Wir werden übrigens mit diesem Bau auch einen aktiven Beitrag für den Fremdenverkehr leisten. Dieser Bau wird einen sehr attraktiven Kongreßsaal beinhalten, ausgestattet mit Dolmetscheranlagen, Rundfunkleitung, Bühne und allem, was dazu gehört, um internationale Kongresse abwickeln zu können. Es werden bei Sitzreihen 500 Personen Platz haben, bei Tischen 250.

Nun zu einem anderen Problem, das aber mit dem Fremdenverkehr zusammenhängt. Meine Damen und Herren! In der Richtung eines besseren wirtschaftlichen Erfolges liegt auch die Käuferwerbung. Sie sehen, gerade in diesen Tagen in den Straßen der Stadt Graz eine ganze Menge von Ausländern, vor allem aus unserem südöstlichen Nachbarstaat Jugoslawien, die veranlaßt durch die verschiedenen Werbungen, sei

es durch die Messe, durch die Geschäftsleute selbst, unterstützt durch Maßnahmen des Landes und der Gemeinde, nun hier einkaufen. Der Käufer aus Jugoslawien ist für die Stadt Graz bereits zum festen Bestandteil der Käuferschicht geworden. Wir stoßen aber bei allen unseren Werbemaßnahmen auf eine Schwierigkeit. Auch der Jugoslawe ist vor allem am Wochenende in der Lage, die Fahrt zum Einkaufsziel Graz anzutreten und gerade zu dieser Zeit steht er dann in dieser Stadt oft vor heruntergelassenen Rollbalken.

Triest zum Beispiel hat die Chance des Wochenendgeschäftes enorm ausgenutzt. Tausende von Jugoslawen, die selbst aus den südlichsten Teilen des Landes mit Autobussen und Zügen herankommen, beleben die Geschäftstätigkeit in Triest zum Wochenende.

Auch in Graz hat sich gezeigt, daß z. B. am zweiten Messesonntag und auch an den Samstagen jetzt in der Vorweihnachtszeit, an denen die Geschäfte nachmittags Samstag offen sind, sich der Käuferstrom aus Jugoslawien einfindet und ausgezeichnete Geschäfte gemacht werden. Ich bin davon weit entfernt, meine Damen und Herren, etwa einer Verkürzung der Freizeit für die Geschäftsleute und ihre Mitarbeiter das Wort zu reden oder eventuell wohlverworbene Rechte in Frage zu stellen.

Aber, meine Damen und Herren, in dem Raum, in dem wir leben, in dem wir fast nach jedem Käufer mit dem Lasso werfen müssen, in dem Raum, in dem wir uns um jeden einzelnen bemühen müssen, daß er herkommt und daß er hier etwas kauft, in diesem Raum werden wir nur dann eine größere Prosperität erzielen können, wenn wir unser Wirtschaftshinterland vergrößern und besser nutzbar machen. Wir können es uns nach meiner Meinung auf die Dauer nicht leisten, daß der kaufwillige auswärtige Besucher vor verschlossenen Türen steht. Der Erfolg einer solchen Methode kann nur sein, daß der kaufwillige ein anderes Einkaufsziel anstrebt. Ich halte es daher für sinnvoll, wenn einerseits die Kaufmannschaft selber sich mit der Frage intensiver vertraut macht und daß sie sich nicht mehr in einem so hohen Maß, wie das auch bei der Kaufmannschaft der Fall ist, gegen die Offenhaltungszeiten am Samstag stellt und daß andererseits auch die Gewerkschaft in Hinsicht darauf, daß ein besserer Geschäftsgang die beste Voraussetzung ist, die Arbeitsplätze zu sichern und zu vermehren, an der Lösung dieser Frage im positiven Sinn mitwirkt.

Ich bin überzeugt, daß auf dem Weg über einen Zeitausgleich, oder über tragbare Entlohnungsmodalitäten erreicht werden kann, daß man an jenen Samstag Nachmittagen, an denen wegen der Nähe von Feiertagen oder wegen Veranstaltungen oder im Hinblick auf die Lohnauszahlungstermine, ein verstärkter Zustrom auswärtiger Käufer erwartet werden kann, in flexibler Weise unter Vermeidung von Härten, die Geschäfte Samstag Nachmittag doch geöffnet halten kann.

Abschließend darf ich noch feststellen, daß der Fremdenverkehr im allgemeinen eine der besten

und erfolgreichsten Bemühungen darstellt, die Schwierigkeiten der Randlage, in der wir uns befinden, besonders die Steiermark und hier besonders Graz, zu überwinden. Der bisher eingeschlagene Weg wird daher fortzusetzen sein, man wird sich auch den neuen Strömungen im Fremdenverkehr anpassen müssen. Es gibt ja etwa 17 bis 19 Arten von Fremdenverkehrsgeschehen und es werden noch einige dazukommen und andere wieder verschwinden. Wir werden wieder den Ruf nach der Sommerfrische hören, weil der aus den Industrieballungszentren kommende Urlauber nicht mehr so sehr die Zertreuungen, sondern mehr die Ruhe sucht, wir werden allen diesen Entwicklungen Rechnung tragen müssen und vor allem glaube ich — und das sage ich jetzt bewußt, weil der Herr Kollege Götz von der Koordination soviel gesprochen hat — daß eine bessere Koordination auch der Werbemaßnahmen der Gemeinden und vor allem auch der Stadt Graz mit dem Land unerlässlich ist. Das heißt gar nicht, daß man in der Werbung und in den Maßnahmen nicht eine gewisse Eigenständigkeit bewahren kann, aber es hat keinen Sinn, wenn die Bemühungen einander beheben oder diametral auseinandergehen. Schließlich wird auch eine Steigerung der allgemeinen Gesinnung zum Fremdenverkehr notwendig sein.

Meine Damen und Herren, Gastfreundschaft und Gastfreundlichkeit werden das Ansehen des Österreicher im Auslande nur heben und wir können also nur Ansehen gewinnen und wirtschaftliche Vorteile genießen. Beides brauchen wir vielleicht mehr als andere Völker in Europa. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der zuständige Referent Herr Landesrat Wegart hat das Wort.

Landesrat Wegart: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nach dem dreitägigen rhetorischen Nonstop ist nun der Fremdenverkehr an der Reihe und wenn ich mich jetzt in die Lage des Hohen Hauses versetze, dann könnte ich jetzt sagen, ich hätte die Möglichkeit, einen Akt positiver Fremdenverkehrsgesinnung zu setzen, indem ich mich möglichst kurz fasse, um Ihre Nerven nicht zu strapazieren. Aber hinzufügen darf ich, ich werde nicht so lange sprechen, als vielleicht einige von Ihnen befürchten, ich werde aber nicht so kurz sein, als Sie es vielleicht erwarten dürfen. Ich werde jedenfalls versuchen, einen Mittelweg zu gehen.

Es kann gar nicht anders sein, daß ich zuerst einmal auch eine Übersicht über das Geschehen des steirischen Fremdenverkehrs gebe. Dieses Geschehen zeichnet sich im Jahre 1968 dadurch aus, daß wir zum erstenmal in der Übernachtungsziffer im Fremdenverkehrsjahr 1967 und 1968 die 6-Millionen-Grenze an Übernachtungen überschritten haben, genau 6,065.134. Sie verteilen sich auf 73 Prozent inländischer Gäste, und auf 27 Prozent ausländischer Gäste. Jedenfalls ist auch der ausländische Gast langsam und sicher in der Steiermark im Kommen. Wir legen aber nach wie vor Wert auf die Feststellung,

daß wir ein Inländerfremdenverkehrsland sind und in unseren Speisekarten sind die Preise in Schilling angegeben. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch noch etwas berichten. So ganz unauffällig hat sich nämlich folgendes ereignet:

Im österreichischen Fremdenverkehrsgeschehen liegt Tirol unangefochten an der Spitze, an 2. Stelle folgt das Bundesland Salzburg, an 3. Stelle folgt Kärnten, und nun, verehrte Damen und Herren, seit dem Fremdenverkehrsjahr 1968 liegt die Steiermark an 4. Stelle. (Allgemeiner Beifall.)

Wir haben vor zwei Jahren Niederösterreich überflügelt und im heurigen Jahr Oberösterreich. Ich bin über diese Entwicklung deshalb sehr froh, weil sich doch gezeigt hat, daß der Einsatz unserer Mittel langsam seine Bestätigung gefunden hat. Aber auch der gesamtösterreichische Fremdenverkehr befindet sich in einer Entwicklung und hat im Jahre 1968 einen Erfolg zu verzeichnen, der alle bisherigen Rekorde gebrochen hat. Ich glaube, wir tun gut, die Ursachen dieses Erfolges zu prüfen. Sie liegen meiner Meinung nach in drei Dingen begründet:

a) In den Ereignissen in Frankreich im Frühjahr des heurigen Jahres. (Es haben damals Hunderttausende von Gästen ihre Urlaubsziele umgebucht und wir wissen heute aus der Statistik der OECD, daß Frankreich am Ende des Jahres 1968, wenn es gut geht, etwa ein Drittel seines Fremdenverkehrserfolges von 1967 erreichen wird. Das sagt mehr als alles andere.)

b) In den tragischen Ereignissen des August 1968 in unserem Nachbarstaat und

c) auch ein Umstand, den ich mit Nachdruck betonen möchte — in der Steigerung der Masseneinkommen und im Anstieg der wirtschaftlichen Konjunktur.

Es ist gar keine Frage, daß das im Inland festzustellen ist, aber auch in unseren Herkunftsländern und allen voran in der Bundesrepublik Deutschland. Aber betonen möchte ich eines: Für den Erfolg des Fremdenverkehrs sind maßgebend: hohe Masseneinkommen, aber vor allem, meine Damen und Herren, übersehen wir das nie, Stabilität und innerer Friede. Die Gäste wollen in der Zeit, in der sie Urlaub machen und Erholung suchen, vor allen Überraschungen gefeit und gesichert sein. Und wenn wir gerade in dieser Zeit und in den Jahren darauf im österreichischen Fremdenverkehr über eine solche Entwicklung verfügen, dann ist diese Stabilität und dieser innere Friede mit die Basis und das Fundament für diesen Erfolg. Wir haben auch in den letzten Jahren die Kreditaktionen wesentlich steigern können. Ob es die Fremdenverkehrsinvestitionskredite sind, die Sonderaktion, oder ob es der Bundes- und Landeszinsschuss ist, den wir seit etwa vier Jahren gemeinsam mit dem Handelsministerium vergeben, sie alle haben eines gezeigt, daß wir in der Kreditsituation auch neue Wege gegangen sind.

Und wenn hier Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. Götz zum Ausdruck gebracht hat, daß das Problem der Besicherung ein Problem ist, das wir nicht so ohne weiteres überbrücken können, erlauben Sie mir, eine sehr konservative Einstel-

lung zu sagen. Mein Großvater hat einmal zu mir gesagt, als ich ein kleiner Bub war: „Franzi, merk Dir eines: Im Leben muß Du vor zwei Dingen Respekt haben, vor dem Brot und vor dem Geld.“ Und ich habe manchmal den Eindruck, daß wir in einer Zeit leben, in der wir vor beidem jeden Respekt verloren haben. Sonst wäre es nicht möglich, meine Damen und Herren, daß man manchmal mit einer Leichtfertigkeit sondergleichen Kapital angesprochen wird, daß dann ganz automatisch das Fremdkapital überhand nimmt und die Öffentliche Hand erhalten soll für Dinge, die ein anderer verantwortungslos begonnen hat.

Ich neige daher zur Auffassung, daß bei den Investitionen selbstverständlich auch die Frage der Besicherung eine entscheidende Rolle spielt, und zwar eine Besicherung, in der wir sagen können, daß das eingesetzte Kapital nach menschlichem Ermessen in jeder Hinsicht verkraftet werden kann. Das Land selbst hat ja in dieser Frage ohnehin außerordentlich viel getan, aber wir gehen behutsam vor. Jeder Kredit hat nämlich etwa zwei Seiten der Medaille, die Medaille vorne, daß man ihn kriegt und die Medaille rückwärts, daß man ihn auf den Groschen genau zurückzahlen hat und Tilgung und Zinsen müssen letzten Endes verdient werden.

Und damit darf ich in der Beantwortung noch ein weiteres Thema anschnitten. Herr Kollege Götz, ich darf vielleicht noch etwas sagen. Wir haben in der Frage der Investitionen bewußt folgenden Weg gewählt. In der steirischen Fremdenverkehrspolitik ist die Orientierung der Investitionen ausschließlich — ich lege Wert auf diese Feststellung — auf den Familienbetrieb ausgerichtet, und zwar deshalb, weil sich schon gezeigt hat und immer mehr zeigt, daß der Familienbetrieb im Fremdenverkehr der krisenfesteste schlechthin ist. Wir wollen keine Hotels mit vielen hundert Zimmern in unseren Fremdenverkehrsregionen, sondern wir wollen jenen Fremdenverkehrsbetrieb, der jene Atmosphäre schafft, die der Gast sich in der modernen Massengesellschaft entscheidend wünscht und die er vielleicht in Zukunft mehr suchen wird, als wir es gegenwärtig noch ahnen können. Der Familienbetrieb ist auch jenes Instrument, das es uns ermöglicht, in jenen Gebieten, die nur über eine Saison verfügen, das ist fast die gesamte Oststeiermark, Investitionen vorzunehmen, damit auch im Einsaisonbetrieb sich das eingesetzte Kapital lohnt. Leichter wird die Frage in den Zweisaisonbetrieben. Das ist gar keine Frage, weil Sommer und Winter gleich genützt werden können, aber es zeigt sich auch hier, daß es gar nicht so einfach ist, wenn nicht der Familienbetrieb zusammenwirkt und wenn nicht dieser Familienbetrieb hier eine Einheit bildet.

Was die Schwimmbäderförderung anlangt, so darf ich vielleicht zur Frage der Förderung der Infrastruktur des Fremdenverkehrs ebenfalls ein Wort sagen. Wir fördern nicht nur Schwimmbäder, Schilifte, Wanderwege, Minigolfanlagen, die Pflege der Schipisten, Badeseen, Förderung der Alpinen Vereine usw. Hier muß ich auch vielleicht auf eine Tatsache hinweisen, um vor

einem Schlagwort gesichert zu sein. Konzentration oder Koordination im Fremdenverkehr ist auch eine Frage des Angebotes. Wir sind der Auffassung im Lande, daß wir ein aufgefächertes und ein vielschichtiges Angebot haben wollen, ein aufgefächertes und vielschichtiges Angebot deshalb, um den Gästen vom großen Familienerhalter mit der kleinen Brieftasche bis zum größeren Verdiener die Möglichkeit zu bieten.

Aber auch hier darf ich auf eines aufmerksam machen. Wir werden in unserer Fremdenverkehrspolitik immer mehr uns darauf in diesem Land orientieren, daß wir ein Erholungsland sind und noch stärker werden wollen. Es eignet sich nicht jedes Gebiet und jede Region in unserem Land für den Fremdenverkehr. Wir wollen sogar viel dazu beitragen, daß zwischen den Industrie- und Fremdenverkehrsregionen doch Abgrenzungen erfolgen, und zwar im Interesse beider, im Interesse der Ausweitung der Industrie, aber selbstverständlich auch im Interesse des Fremdenverkehrs. Und daher werden wir dort, wo es zweckmäßig ist — ich bin für jede Anregung außerordentlich dankbar — solche Überlegungen anstellen. Aber bei der Förderung, meine Damen und Herren, gehen wir von folgendem Grundsatz aus. Zunächst muß unten etwas geschehen, in der Gemeinde, in der Region und im Bezirk, ehe wir bereit sind, auch vom Land her Steuergroschen und Steuermittel für diese Förderung einzusetzen. Und in diesem Umfange, in dem wir die Aktivität unten sehen, wird selbstverständlich auch von uns die notwendige Förderung vorgenommen. Dadurch ist es möglich, immerhin Mittel zu mobilisieren, die schon in viele, viele Millionen jedes Jahr gehen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auf eine Entwicklung verweisen, die uns mit Genugtuung erfüllt. Es ist die Förderung unserer alpinen Vereine und ihre außerordentliche aktive Tätigkeit. Ob es der Alpenverein, die Naturfreunde sind, sie alle leisten in unserem Lande für das Zurückführen der Menschen zur Natur einen ganz, ganz entscheidenden Beitrag, und sie erfüllen eine große Aufgabe. Ich habe mit außerordentlicher Genugtuung in der letzten Generalversammlung des Österreichischen Verkehrsbüros von kompetenter Stelle gehört, daß die Steiermark über das gepflegteste Wandernetz und über die gepflegtesten Schutzhütten in den österreichischen Alpen verfügt. Das ist ein Verdienst dieser alpinen Vereine, und es führt auch die Steiermark hinsichtlich der Förderung der alpinen Vereine die Spitze an.

Es gibt mehr als etwa das klassische Bundesland oder Fremdenverkehrsland Tirol. Ich möchte das auch heute hier mit besonderer Freude vermerken. Wenn ich bei dieser Gelegenheit noch aufmerksam machen darf, daß im Blumenschmuckwettbewerb, der seit mehr als zehn Jahren in diesem Lande zur Durchführung gebracht wird, wir heuer eine Ingesamtbeteiligung von 12.000 Personen hatten. Das ist ein Rekord und es kommt nicht von ungefähr, daß wir immer wieder gefragt werden und immer wieder darauf hingewiesen werden, man könnte die Steiermark nicht nur eine eherne oder eine

grüne Mark nennen, man könnte sie auch ein Blumenland nennen. Auch eine Mitarbeit, eine ehrenamtliche von mehr als 12.000, allen voran sind es Frauen, die in unserem Lande für die Verschönerung dieses Landes einen wichtigen Beitrag leisten.

Wenn ich jetzt ein Wort zur Werbung sagen darf. Unsere Werbung hat zwei Schwerpunkte, die Inlandswerbung mit dem Schwerpunkt die Bundeshauptstadt. Von den mehr als sechs Millionen Übernachtungen sind 3.5 Millionen Übernachtungen auf Wiener Gäste zurückzuführen, daher ist der Schwerpunkt unserer Werbung Wien. Nicht nur durch Plakate, durch Filme, wir sind jährlich mit einer Großveranstaltung mit dem Steiermarktag in Wien im Frühjahr präsent. Wir haben im Oktober dieses Jahres eine Wintersportausstellung in Wien zur Durchführung gebracht und wenn ich Ihnen berichten darf, daß wir bei dieser Wintersportausstellung 260.000 Besucher zu verzeichnen hatten, dann ist das ein Ausstellungsbesuch, der alle Rekorde geschlagen hat, die je bei einer Fremdenverkehrsausstellung in Wien zur Durchführung gebracht wurden.

Unsere Auslandswerbung erstreckt sich auf die Deutsche Bundesrepublik mit dem Dreieck Frankfurt, Hamburg und Berlin. Und es hat sich gezeigt, daß die Bildung dieses zweiten Schwerpunktes ebenfalls es uns ermöglicht hat, die Werbung konzentriert einzusetzen, also kein Gießkannenprinzip, weil wir der Auffassung sind, daß gerade in der Werbung nicht genug getan werden kann. Es spielt uns keine Rolle, wenn etwa Tirol oder Salzburg, oder Kärnten oder ein anderes Bundesland bei dieser Gelegenheit auch in Frankfurt, oder in Hamburg, oder in Berlin auftritt, ja erstens können wir es nicht verhindern und zweitens ist es so, daß diese Präsenz der anderen Bundesländer erst auch unsere Konkurrenz auf den Plan gerufen hat und daß es sich gezeigt hat, daß wir in dem Angebot der Bundesländer her ebenfalls eine Präsenz gezeigt haben, die, meiner Überzeugung nach, nur nützlich gewesen ist. Wenn wir uns hier — und ich darf mir diese Kritik erlauben — auf den Bund allein verlassen hätten, dann, meine Damen und Herren, wäre die Steiermark ganz sicher zu kurz gekommen, weil selbstverständlich die Orientierung mehr auf die klassischen Fremdenverkehrsländer wie Tirol, oder Salzburg und Kärnten ausgerichtet war, uns hat man unter ferner liefen, wenn Sie wollen, mitgenommen. Daher sind wir also auch hier zur Selbsthilfe geschritten und es hat sich gezeigt, daß auch diese Tatsache richtig gewesen ist.

Und ich darf jetzt zu einem dritten Schwerpunkt ein Wort sagen, das sind die Werbemaßnahmen im slowenischen und kroatischen Raum. Wir haben heuer im Frühjahr die Steiermarkwoche in Agram zur Durchführung gebracht. Es finden laufend Kontaktgespräche zwischen den slowenischen und kroatischen Herren der dortigen Fremdenverkehrsverbände statt.

Meine Damen und Herren, gerade hier hat es sich gezeigt, daß es der Fremdenverkehr gewesen ist, der, wenn Sie wollen, das Tor nach dem

Südosten von österreichischer Seite zuerst aufgemacht hat und daß langsam und behutsam dann auch die Gäste aus Jugoslawien zu uns heraufgekommen sind und daß wir heute eigentlich — das dürfen wir sagen — über ein Verhältnis an dieser Grenze verfügen, wie es in seiner ganzen Vergangenheit nicht bestanden hat.

Wir haben den Jugoslawen bei dieser Gelegenheit gesagt, unsere jüngere Geschichte ist mit einem blutigen Griffel geschrieben worden, es wird darauf ankommen, daß wir aus den Fehlern und aus den Irrtümern dieser Vergangenheit lernen und es hat sich gezeigt, daß dieses Zueinanderfinden beide Teile befruchtet hat in vieler Hinsicht und daß wir auch in dieser Frage glaube ich, ein sehr wichtiges Stück mit und durch den Fremdenverkehr zur Völkerversöhnung beigetragen haben, in praktischer Form und nicht durch Manifestationen und große Reden, in der Begegnung von Mensch zu Mensch. (Beifall.)

Meine Damen und Herren, unsere Werbemaßnahmen gehen aber darüber hinaus auch mit den Besichtigungsreisen für Journalisten und Reisebüroangestellte, mit der Inserationswerbung in den Tages- und Wochenzeitungen und im Rundfunk, wir haben im heurigen Jahr allein 40 Gebiets- und Ortsprospekte neu aufgelegt mit einer Gesamtauflage von 2 Millionen Stück. Wer nur ein wenig davon weiß, welche immense Arbeit damit verbunden ist, kann diese Leistung erst voll ermessen.

Ich kann in meinem Referat nicht darauf verzichten, auch ein Wort zu den Verkehrsproblemen zu sagen. Ob es die Straßen sind, weil immer mehr Gäste in dieses Land zur Straße kommen, die Einfallstore aus dem Nordosten-Nordwesten und aus dem Osten sind weitestgehend saniert. Die Steiermark ist aber auch in diesen Jahren ein Transitland aus dem Nordwesten Europas nach dem Südosten geworden. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres sind sechs Millionen Touristen auf der Strecke Bruck a. d. Mur, Graz, Spielfeld-Straß und Staatsgrenze gefahren. Das ist eine unglaubliche Ziffer und es ist gar keine Frage, daß sie eine Steigerung erfahren wird. Von diesem Transitverkehr profitiert nicht nur der steirische Fremdenverkehr, sondern selbstverständlich auch die übrige steirische Wirtschaft.

Zur Schiene sind die Verkehrsverbindungen wesentlich verbessert. Ob es Graz—Wien, oder Graz—Salzburg ist, ob es auch die Verbindungen im Lande selbst sind, wir können sagen, daß hier nach modernsten Grundsätzen und mit bestem Wagenmaterial ausgestattet, auch zur Schiene sich die Situation verbessert hat.

Eine erfreuliche Entwicklung, wenn es auch nur die erste Schwalbe ist, aber es ist ein Anfang, war, daß es uns im heurigen Jahr gelungen ist, eine Flugkette Berlin—Graz zustandezubringen. Sie wird 1969 verdoppelt und gegenwärtig laufen Verhandlungen mit Neckermann in Frankfurt a. M., um eine Flugkette Frankfurt a. M.—Graz für den Winterfremdenverkehr zustandezubringen.

Der zuständige Manager war vor einigen Tagen bei mir und wir haben festgelegt, was wir in dieser Richtung hin tun können. Es wird das Problem jetzt auch bei Neckermann studiert und ich habe den Eindruck, daß wir hier zweifels- ohne auch mit einer neuen Entwicklung zugunsten des Winterfremdenverkehrs, aber sicher auch in weiterer Folge für den Sommerfremdenverkehr rechnen können. Allerdings darf ich in diesem Zusammenhang eines vermerken, das bereits im Finanz-Ausschuß erörtert wurde, nämlich für die Weiterentwicklung des Flugverkehrs in die Steiermark ist die Verlängerung der Landebahn auf dem Flughafen Thalerhof ein Gebot der Stunde, um das werden wir nicht herumkommen, das ist völlig ausgeschlossen, denn, das muß man gerechterweise sagen, es wurde im Finanz-Ausschuß schon festgestellt, als man diese Landebahn gebaut hat, konnte man nicht die Entwicklung des Flugverkehrs voraussehen, aber heute wissen wir ganz genau, daß eigentlich eine Entwicklung erst im Kommen ist, die es erfordert, daß wir über eine Landebahn verfügen, in der also nicht nur Sportmaschinen, sondern die modernen Jets landen und starten können, um also auch das völlig sicher zu machen. Das darf also auch in diesem Zusammenhang angemeldet werden.

Meine Damen und Herren, hin und wieder höre ich in einer witzigen Bemerkung, ja, wir wollen doch nicht ein Land der Köche und der Kellner werden oder sein. Und daher darf ich jetzt in der Zielgeraden meiner Ausführungen, zu dieser witzigen Bemerkung doch auch ein Wort sagen. Eine Volkswirtschaft, die nur auf einer Säule ruhen würde, etwa auf der Säule der Industrie, wäre nicht gesund und eine Volkswirtschaft, die nur auf der Säule der Landwirtschaft ruhen würde, wäre auch anfällig und nicht gesund und eine Volkswirtschaft, die nur auf dem Fremdenverkehr ruhen würde, hätte noch mehr Anfälligkeit zu verzeichnen. Eine Volkswirtschaft, die auf mehreren tragenden Pfeilern ruht, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Handel, Gewerbe, Handwerk und Fremdenverkehr, kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie krisenfest ist.

Wir dürfen sagen, daß wir auch auf dem besten Wege dorthin sind. Was bedeutet etwa der Devisenerfolg für die österreichische Zahlungsbilanz? Wir sind neben der Deutschen Bundesrepublik, neben Holland und neben der Schweiz der einzige Staat in Europa, der über eine aktive Zahlungsbilanz verfügt. Er verdankt es zwei Ursachen, den Exporterfolgen der österreichischen Industrie und den gigantischen Devisenerlösen des österreichischen Fremdenverkehrs. Der österreichische Schilling zählt heute neben dem holländischen Gulden, dem Schweizer Franken zur drittbestgedeckten Währung in der Welt und als der französische Franc vor kaum 14 Tagen an seiner Abwertung vorübergehend, zählte zumindest der österreichische Schilling zu den aufwertungsverdächtigen Währungen. Auch dafür zeichnet letzten Endes der Fremdenverkehr verantwortlich. Und ich darf noch etwas sagen. Der Fremdenverkehr trägt auch entscheidend dazu

bei, daß in vielen unseren Gemeinden, in denen es nicht möglich ist, Industriebetriebe zu errichten, in denen es nicht möglich ist, Arbeitsplätze zu schaffen, die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft über den Fremdenverkehr erfolgt. Darf ich Ihnen zur Begründung dazu auch einen Bericht geben.

Die Steuerkopfquote aus dem Jahre 1966 der steirischen Gemeinden zeigt folgendes Bild: 10 Gemeinden führen die Spitze an, 5 davon sind reine Industriegemeinden: 1. Retznei, 2. Weiz, 3. Peggau, 4. Veitsch, 5. Trieben, und die weiteren fünf Gemeinden unter den ersten zehn sind reine Fremdenverkehrsgemeinden: 6. Bad Gleichenberg, 7. Mariazell, 8. Aflenz-Kurort, 9. Tauplitz, 10. Ramsau.

Ich will mit dieser Steuerkopfquote den Beweis antreten, daß es mit und durch den Fremdenverkehr möglich ist, die gleichen wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen wie über die Industrie, vielleicht mit einem Unterschied, daß unsere Landschaft auch da und dort eine Schonung erfährt und daß die biologischen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Das sei nur betont, um damit unter Beweis zu stellen, daß der Einsatz, den wir mit viel Begeisterung und Schwung hier vollbringen, auch seine Früchte zeigt.

Aber es ist auch die Frage in diesem Zusammenhang am Schluß zu stellen: Wohin führt die Entwicklung im Fremdenverkehr? Das Bruttonationalprodukt unserer Republik hat im Jahre 1937 70 Milliarden Schilling auf der Wertbasis von heute betragen. Im Jahre 1968 erreicht unser Bruttonationalprodukt 290 Milliarden Schilling. Es hat sich vervierfacht. Wenn wir den Wirtschaftsfachleuten glauben dürfen, dann dürfen wir in spätestens 10 Jahren mit einer Versechsfachung rechnen. Ich glaube fest daran. Die Fremdenverkehrsfachleute sagen, daß wir in den nächsten zehn Jahren mit einer Verdoppelung des Fremdenverkehrs in Europa, aber allen voran in Österreich rechnen können. Das heißt mit anderen Worten, unsere Investitionen und unser eingesetztes Kapital sind damit gerechtfertigt.

Mir ist es in dieser Stunde ein aufrichtiges Anliegen, einen Dank zu sagen, einen Dank zu sagen meinen Mitarbeitern in der Fremdenverkehrsabteilung, dem Vorstand der Abteilung, Hofrat Dr. Gaisbacher und den Damen und Herren der Abteilung. Ich darf aufrichtig und herzlich danken der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft, an der Spitze unseren Gastwirtinnen, unseren Wirten. Ich darf danken den Bürgermeistern und den Obmännern der Verbände und Vereine, die viel dazu beitragen, um jenes Klima in diesem Lande zu schaffen, das der Gast anheimelnd und angenehm empfindet. Und ich darf gleichzeitig danken der Presse, den Tages- und Wochenzeitungen und dem Rundfunk und dem Fernsehen, die immer wieder Kunde davon geben, daß dieses Land nicht nur ein schönes, sondern auch ein gastfreundliches Land ist, daß dieses Land ein Land ist, wo man gerne hinfährt, wo man sich erholt und wo man mit den besten Eindrücken, gestärkt an Geist, Körper und Seele wieder heimfährt, um seinem Tagewerk nachkommen zu können. Wenn das der Sinn unserer

Arbeit ist, dann glaube ich, haben wir eine gute Pflicht erfüllt. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

3. Präsident: Ich erteile dem Herrn Bericht-erstatte das Schlußwort.

Abg. Koiner: Hohes Haus! In Anbetracht der im Sachlichen positiven Aussagen der insgesamt 37 Redner, die in fast achteinhalbstündiger Debatte zur Gruppe 7 Stellung genommen haben, verzichte ich auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag.

3. Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen“

Berichterstatter ist der Herr Abg. Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Die Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen“ sieht Einnahmen von 32 Millionen und Ausgaben von 52 Millionen Schilling vor. Die Erhöhung der Einnahmen und auch der Ausgaben resultiert zum größten Teil aus einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung der Steweag in Höhe von 15 Millionen und der Kapitalaufstockung der Österreichischen Draukraftwerke mit ebenfalls 15 Millionen. Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich das Hohe Haus um Annahme dieser Ansätze.

3. Präsident: Als erster Redner hat sich der Herr Abg. Ritzinger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 8, Post 85,88 ist eine Kapitalerhöhung von einer halben Million für die Flughafen Graz-Betriebsges. m. b. H. vorgesehen. An dieser Gesellschaft ist das Land Steiermark und die Stadt Graz mit je 25 Prozent beteiligt und der Bund mit 50 Prozent. Die Steiermark hat eine große Anzahl von Firmen, die im internationalen Bereich Ansehen, Ruf und Namen genießen. Diese Firmen exportieren in die ganze Welt. Persönlicher Kontakt und gute Verkehrsverbindungen sind oft schon der halbe Geschäftserfolg. Auch im Sektor des Fremdenverkehrs — und wir haben es gerade vom Herrn Landesrat Wegart gehört, ist eine gute Flugverbindung von sehr, sehr großer Bedeutung, weil heute bereits der Gast oft einen kurzen Flug einer mehrstündigen Fahrt mit dem Auto oder mit dem Zug vorzieht.

Da der Flugverkehr auch für unser Land von ganz besonderer wirtschaftlicher und fremdenverkehrspolitischer Bedeutung ist, erscheint es mir wichtig, daß wir dem Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof auch hier in diesem

Hause unser ganz besonderes Augenmerk widmen. Ohne einen sicheren, modern und großzügig ausgebauten Flugplatz, der Anschluß an die großen Weltfluglinien ermöglicht, kann die Steiermark nicht auskommen und wenn wir halbwegs mit der Zeit Schritt halten wollen, müssen wir schauen, daß dieser Flugplatz ordnungsgemäß ausgebaut und vergrößert wird. Die Frequenzzahlen der letzten Jahre zeigen eindeutig auch hier im Bereich von Graz, daß der Flugverkehr, die ankommenden Gäste und die abreisenden Gäste immer mehr und mehr zunehmen. Im Jahre 1963 waren es 12.000, im Jahre 1965 20.000, 1967 35.000, 1968 40.000. Diese Zahlen beweisen, daß der Flugverkehr im Ansteigen begriffen ist und daß mit den alten Flugsicherungsanlagen und mit dem alten Abfertigungsgebäude, das heute in Graz-Thalerhof vorhanden ist, auf die Dauer nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Der Hohe Landtag hat sich vor nicht allzulanger Zeit mit dem Flughafen Graz-Thalerhof beschäftigt, als wir die Aufstockung des Gesellschaftskapitals beschlossen haben.

Es wurde damals die Kritik geübt, daß zuerst das Abfertigungsgebäude sehr großzügig und modern gebaut wird und daß erst in zweiter Linie an die Flugsicherungsanlagen gedacht wird. Hiezu darf ich feststellen, daß in der Zwischenzeit insofern eine Änderung eingetreten ist, als mit einem Kostenaufwand von 3,6 Millionen Schilling heuer im September eine ganz moderne Flugsicherungsanlage installiert wurde und nunmehr diese Anlage bereits ihren Dienst versieht. (Landesrat Bammer: „Seit wann?“)

Seit September. (Landesrat Bammer: „10 Jahre schon!“)

Nein, die Flugsicherungsanlage! Da sind Sie ein bißerl schlecht orientiert. Die Blindfluganlage, die Sie meinen, das ist der sogenannte Landekursender, der es ermöglicht, daß bei Nebel der Flughafen Thalerhof angefliegen werden kann, der wird im Jänner 1969 fertig, das meinen Sie. (Landesrat Bammer: „Die andere Flugsicherung war ja schon früher.“)

Ja, aber die moderne Flugsicherung ist erst im September fertig geworden. Kurz und gut, möchte ich feststellen, daß mit Fertigstellung des Landekursenders im Jänner 1969 der Flughafen Graz-Thalerhof eine der modernsten Flugsicherungsanlagen überhaupt in Europa besitzt, einen sogenannten Landekursender besitzen außer Graz nur drei andere Flugplätze, das ist Frankfurt, Nürnberg und München. Und Graz-Thalerhof kann beanspruchen in Österreich sozusagen in dieser Frage den ersten Platz nunmehr einzunehmen.

Aber ein Kardinalproblem, das bereits auch vom Herrn Landesrat Wegart angeschnitten wurde, ist die Frage der Landebahn. Die Landebahn, die wir heute in Graz-Thalerhof haben, ist zu kurz. Diese Landebahn ermöglicht größeren Düsenflugzeugen nicht die Landung. Und es hilft uns die schönste Flugsicherungsanlage, es hilft uns nichts der beste Landekursender, wenn nicht diese Landebahn erweitert und verlängert wird. Es wäre erforderlich, um also mit dem

modernen Flugverkehr mithalten zu können, die Landebahn bis zu einer Länge von 2.5 bis 3 km zu verlängern. Eine Gruppe von Fachleuten hat in der Zwischenzeit ein Gutachten erstellt und festgestellt, daß eine Verlängerung dieser Landebahn in nördlicher Richtung nicht möglich erscheint, weil dort das Gebiet zu stark verbaut ist und weil die Autobahn dort vorbeiführt. Es bleibt uns also nur mehr die Möglichkeit nach dem Süden die Landebahn zu verlängern und zwar nach dem Ort Forst.

Und nun, meine Damen und Herren, hören Sie und staunen Sie. Bis zum Jahre 1959 hat in diesem nunmehr zu erschließenden Gebiet für die Landebahn ein Bauverbot bestanden, im Jahre 1959 wurde dieses Bauverbot aufgelassen, das bedeutet nunmehr, daß dort in der Zwischenzeit Einfamilienhäuser gebaut wurden, daß also gesiedelt wurde und daß jetzt, wenn also dort die Verlängerung der Landebahn erfolgt, ein Aufwand von 37 Millionen Schilling erforderlich ist, um die neuerbauten Häuser ablösen, kurz und gut, um also den Flugplatz ordnungsgemäß verlängern zu können. Ich glaube feststellen zu müssen, daß uns das ganze Geld, welches wir hier bisher investiert haben, nichts hilft, wenn nicht sofort wieder — und ich fordere hiemit die Verantwortlichen für diese Betriebsgesellschaft auf, das seinerzeitige Bauverbot in diesem Bereiche auferlegt wird, weil ansonsten eine noch größere Kostensteigerung erfolgt. Und nun noch ganz kurz eine Randbemerkung. Ich war vor kurzem unten in Thalerhof und habe mir das neue Betriebsgebäude angesehen. Wenn man da hineinkommt in diese moderne Abfertigungshalle, dann sieht man dort eine sehr moderne Decke aus exotischen Hölzern. Als Steirer muß ich sagen, es dreht sich einem dabei der Magen um, weil ich der Meinung bin, daß eine gute steirische Holzdecke es genau so gut getan hätte und wahrscheinlich den Einheimischen und den Fremden genau so gut gefallen hätte und wahrscheinlich auch billiger gekommen wäre.

Und nun noch eine kurze Anmerkung zum Abschluß. Wir haben gehört, daß die AUA nunmehr eine Fluglinie einrichtet von Wien über Brüssel nach New York und es war vorgesehen, daß von Graz aus nach Brüssel von der AUA ein Zubringerdienst für diese Überseelinie eingerichtet wird. In der Zwischenzeit mußte ich hören, daß diese Zubringerlinie nur von Salzburg nach Brüssel geführt werden soll. Ich glaube, sagen zu können, daß das nicht richtig ist. Ich fordere daher, daß die Zubringerlinie, wenn schon über Salzburg zumindestens von Graz aus ihren Ausgang nimmt. In diesem Sinne darf ich nochmals meine Wünsche zusammenfassen

1. daß sofort die nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, um die Landebahn zu verlängern,
2. daß sofort das Bauverbot ausgesprochen wird und
3. daß im Hinblick auf den Zubringerdienst nicht nur Salzburg in Betracht gezogen wird, sondern auch Graz. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz hat als nächster Redner das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Meine Damen und Herren! Nachdem heute mehrfach und bei verschiedenen Kapiteln, nicht zuletzt bei der abgeschlossenen Gruppe 7, sehr ausführlich über die Frage der Wirtschaft und Wirtschaftsförderung die Rede war, muß ich doch auf ein Problem hinweisen und Sie alle meine Damen und Herren des Landtags darauf aufmerksam machen, das nunmehr im Zusammenhang mit der Gruppe 8 in Form eines Resolutionsantrages der Fraktionen der ÖVP und SPÖ zur Abstimmung kommen soll. Es ist der Resolutionsantrag, der die Landesregierung ermächtigt, Ausfallshaftungen bis zum Betrag von 30 Millionen Schilling im eigenen Wirkungsbereich zu genehmigen, wobei dem Landtag darüber zur nachträglichen Genehmigung bis spätestens zum Abschluß des Rechnungsjahres berichtet werden muß.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie auf zwei Dinge dabei aufmerksam machen. Beide hat mein Klubkollege Abg. Scheer auch schon im Ausschuß berührt, und ich möchte sie hier mit allem Ernst nochmals unterstreichen. Über betriebsinterne Angelegenheiten soll nicht in einer öffentlichen Sitzung, aus Interesse dieses Betriebes, gesprochen werden. Das ist anzuerkennen. Es schließt dies aber nicht aus, daß beispielsweise der Landtag eben in einer nicht öffentlichen Sitzung die Frage behandelt und ich habe mir erzählen lassen, daß die Vertraulichkeit einer vielleicht durchzuführenden nichtöffentlichen Landtagssitzung etwa gleich wirkungsvoll sei, wie die an sich gegebene Vertraulichkeit einer Regierungssitzung. Wie gesagt, das habe ich mir nur erzählen lassen, aber es stimmt, daß die Regierungsbeschlüsse des Montags am Dienstag bekannt sind. (Landeshauptmann Krainer: „Nein, nicht alle! Die vertraulichen nicht!“)

Über die vertraulichen wird halt dann mehr geredet, Herr Landeshauptmann. Das ist der eine Teil. Aber für jeden Abgeordneten des Landtages erhebt sich die Frage, inwieweit er bereit ist, ein ihm nicht nur gegebenes verfassungsmäßiges Recht, sondern meiner Auffassung nach eine landesverfassungsmäßige Pflicht nicht zu erfüllen. Es heißt im § 15 der Landesverfassung, Abs. 2 c „Insbesondere sind der Beschlüßfassung des Landtages vorbehalten: die Veräußerung oder Belastung des Landesvermögens, sofern der Wert 50.000 Schilling übersteigt; ferner die Übernahme von Bürgschaften“ genau genommen ohne finanzielle Grenze, also praktisch von 1 Schilling beginnend.

Meine Damen und Herren! Ich will mich nicht in einen Rechtsstreit einlassen, ob ein solcher Beschlüß verfassungswidrig ist oder nicht. Ich darf Ihnen meine persönliche Auffassung dazu sagen. Ich halte einen solchen Beschlüß nicht nur für verfassungswidrig, ich halte ihn für nichtig.

Ich kann mir vorstellen, daß der Landtag, um überhaupt in der richtigen Form dieser Frage, die seine eigene Kompetenz mit eigenem Beschlüß beschneiden soll, näherzutreten, einen Gesetzentwurf beschließen müßte. Dieses Gesetz

wäre dann meiner Auffassung nach verfassungswidrig. Aber wenn man all diese ernststen und prinzipiellen Erwägungen außer acht läßt, sehe ich nicht ein, daß sich der Landtag eines Rechtes aus durchaus nicht zwingenden Gründen begeben soll. Aber selbst, wenn das nicht der Fall ist, muß ich sagen, die Formulierung, die dann lautet, daß der Landtag am Jahresende zwecks nachträglicher Genehmigung zu entscheiden hat, müßte einen vorsichtigen Kreditverantwortlichen — sprich Bankdirektor — ja davon abhalten, ein solches Bürgschaftsangebot anzunehmen, da ja nicht sicher ist, daß der Landtag tatsächlich am Jahresende seine Zustimmung erteilt. Wenn man also feststellen muß, daß ein reiner Beschluß in vorliegender Form nichtig, ein Gesetz mit dem gleichen Inhalt verfassungswidrig wäre, aber außerdem noch die Formulierung so, daß sie zumindest bei einem vorsichtigen Finanzmann zwecklos ist, dann, meine Damen und Herren, kann oder — meiner Auffassung nach — müßte der Landtag von einer Beschlußfassung hinsichtlich dieses Resolutionsantrages der Gruppe 8 Abstand nehmen. Um diese Abstandnahme möchte ich Sie ersuchen.

3. Präsident: Als nächster Redner hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek gemeldet.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten DDr. Götz lediglich festzustellen, daß auch wir gegen eine Ermächtigung der Landesregierung zur Übernahme von Haftungen verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht und eine Beurteilung dieser Frage durch die Landesamtsdirektion und den Verfassungsdienst bedungen haben. Nachdem diese Stellen unsere Bedenken nicht teilen und eine derartige Beschlußfassung als durchaus vertretbar erachten, haben wir uns zwar nicht entschließen können, dem Antrag beizutreten, aber wir haben auch keinen Anlaß, gegen diesen zu stimmen.

Präsident: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abg. Koiner das Wort.

Abg. Koiner: Ich erachte es als meine Pflicht, zuerst darauf aufmerksam zu machen, daß ich nicht so lange reden werde, als ich gesessen bin.

Hohes Haus! In der Gruppe 8 werden im Unterabschnitt „landwirtschaftliche Betriebe“ die Einnahmen und Ausgaben der dem Land gehörenden Landwirtschaftsbetriebe präliminiert. Es bietet sich die Möglichkeit an, an Hand von konkretem Zahlenmaterial die Lage der Landwirtschaft zu beleuchten. Der Voranschlag sieht bei Einnahmen von insgesamt 14,5 Millionen Schilling Ausgaben von 18,9 Millionen Schilling, also einen Abgang von 4,4 Millionen Schilling vor.

Für die vier nicht der Rechtsabteilung 8 unterstellten Betriebe ist im Budget 1969 ein Abgang von etwas über zwei Millionen Schilling vorgesehen, so daß für die Betriebe der Rechts-

abteilung 8 ein Abgang von etwa 2,4 Millionen Schilling verbleibt.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich der Abgang tatsächlich in dieser Höhe einstellen wird, weil die Betriebsstatistik 1967 für die der Rechtsabteilung 8 unterstehenden Betriebe trotz schweren Hagelschlags in den Weinbaubetrieben einen Kassenüberschuß von 1,983 Schilling aufweist, wobei ich dazu bemerken muß, daß allerdings dieser kassenmäßige Abschluß die Werterhöhung der Landesbetriebe durch die getätigten Investitionen nicht berücksichtigt. Dieser Kassenüberschuß wurde erzielt auf einer Gesamtwirtschaftsfläche von 2.025 ha, wovon 775 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, 885 ha Wald, der Rest Bauland und unproduktiv ist.

Die Zahl, welche dabei ins Auge sticht, ist bei etwa 1.660 ha Wirtschaftsfläche ein Kassenüberschuß von 1,983 Schilling. Das ist etwas mehr als 1 Schilling pro ha, oder bei laufenden Einnahmen von insgesamt 11,5 Millionen Schilling ein Kassenüberschuß von 1,983 Schilling.

Meine Damen und Herren, Sie werden berechtigterweise nach den Ursachen fragen.

Die Betriebsstatistik 1967 begründet es hauptsächlich mit

1. dem schweren Hagelschlag in den Weinbaubetrieben, den sie mit etwa 500.000 Schilling Schaden veranschlagt und
2. mit dem sich ständig verschlechternden Lohn-Preisverhältnis in der Landwirtschaft.

Aus dieser Entwicklung wird eine zusätzliche Belastung von ca. 750.000 Schilling angenommen, wobei es nicht uninteressant ist, daß der Rohbetrag um 1,7 Prozent, der Aufwand jedoch um fast 6 Prozent gestiegen ist.

Unter diesen Bedingungen, so führt die Betriebsstatistik wörtlich an, wird es immer schwieriger, einen positiven Betriebserfolg zu erreichen und die verantwortlichen Betriebsleiter stehen vor immer größeren Schwierigkeiten.

Wenn diese der Rechtsabteilung 8 unterstehenden Betriebe in Vergleich zur Landeskultur gestellt werden sollen, wäre zuerst die Frage zu prüfen, ob ein solcher Vergleich möglich ist bzw. welche Unterschiede bei einem solchen Vergleich beachtet werden müssen. Ich darf dazu folgendes sagen:

Positiv zu werten im Hinblick auf die Erfolgswerte ist meiner Meinung nach die Tatsache, daß die Abrechnung in besagten Betrieben nicht auf die möglichst weitgehende Ausschöpfung steuerlicher Vorteile Bedacht zu nehmen braucht und Interesse daran besteht, einen Gebarungserfolg buchhalterisch nachweisen zu können.

Damit fällt jedenfalls der mögliche Vorwurf, daß die Erfolgswerte nicht die wahren Werte darstellen.

Einen entscheidenden Faktor für den Betriebserfolg stellt jedenfalls der Betriebsführer dar. Die Betriebe sind bis auf Wagna und die Weinbaubetriebe Schulbetriebe. Als Betriebsführer sind die Direktoren der Schulen tätig, über deren fachliche Ausbildung und Eignung kein Zweifel bestehen kann. In dieser Hinsicht haben wir also sicher von optimalen Voraussetzungen zu sprechen. Die Betriebsgröße im Vergleich zur

Landeskultur stellt sich ebenfalls als günstig dar. Lage, Klima und Vegetationszeit ergeben sich aus dem Standort und ebenfalls eine vergleichbare Bonität.

Die Schülerarbeit in den Schulbetrieben kann außer acht gelassen werden, weil also der Arbeitskräftebesatz diese Arbeit außer acht lassen muß und weil auch gar nicht die Tendenz besteht, Schüler, die also hauptsächlich zur theoretischen Ausbildung kommen, vermehrt in der Praxis einzusetzen. Ein Unterschied scheint mir noch erwähnenswert.

Die Landesbetriebe rechnen mit durchschnittlichen Lohnkosten je Arbeitskraft und Jahr von etwa 40.000 Schilling, der Grüne Bericht mit etwas über 28.000 Schilling. Daraus ergibt sich also eine Mehrbelastung je Arbeitskraft von 12.000 Schilling im Jahr bei den Landesbetrieben. Nachdem also in den Landesbetrieben 121 Arbeitskräfte beschäftigt sind, gibt das also die erquickliche Summe von etwa 1.5 Millionen Schilling. Beachtet werden muß dabei allerdings folgendes, daß die Landesbetriebe die tatsächlich anfallenden Lohnkosten einsetzen und als solche auch verrechnen, daß aber die Statistikbetriebe, die die Unterlagen für den Grünen Plan liefern, hier eine einfachere Erfolgsrechnung durchführen, indem sie also die Betriebsausgaben und die Betriebseinnahmen gegeneinanderstellen, daraus das Fazit ziehen und sich daraus dann erst den Lohnanspruch errechnen.

Das bedeutet aber praktisch, daß für den Durchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich aus dem Unterschied 40.000 Schilling also bei den Landesbetrieben und 28.000 Schilling als Durchschnittswert Arbeitseinkommen je Arbeitskraft in den normalen landwirtschaftlichen Betrieben, also eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals in der Landwirtschaft nicht gegeben ist, im Gegenteil, daß vom Lohnanspruch der mitarbeitenden Besitzerfamilie noch ein Teil dazu verwendet werden muß, um die Zinsenerträge für das eingesetzte Kapital wenigstens auf Pari zu stellen.

Wir könnten auch einen Schritt weitergehen und sagen, daß der größere Teil der Landwirte in Österreich sein Einkommen nicht aus seinem Besitz, sondern aus dem Arbeitsverdienst seiner Familie bezieht, in wesentlichen Momenten also als Arbeitnehmer anzusprechen ist, ein Arbeitnehmer, dessen Einkommen aber nicht nur von seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit abhängt, sondern von vielen Faktoren, die sehr oft außerhalb seiner Einflußmöglichkeit liegen.

Einen letzten wesentlichen Faktor darf ich kurz streifen. Die Möglichkeiten der Investitionen, die Beschaffung des benötigten Fremdkapitals und die sich daraus ergebende Zinsenbelastung darf in den Landesbetrieben als günstig im Vergleich zur Situation der allgemeinen Landwirtschaft bezeichnet werden.

Wir dürfen uns also gar nicht deswegen aus den geschilderten Gründen auf einen Vergleich einlassen und aus der Situation der erwähnten Landesbetriebe auf die Lage der Landwirtschaft schließen.

Laut Auskunft besteht auf dem viehwirtschaftlichen Sektor in den Landesbetrieben die größere Schwierigkeit, während die direkte Vermarktung von Feldfrüchten sich allgemein als günstiger erweist. Ursache dafür ist der verhältnismäßig hohe notwendige Arbeitskräftebesatz in der Viehwirtschaft, der sich nicht vermeiden läßt, die Schwierigkeiten in der Mechanisierung, die enormen, oder doch hohen Lohnkosten in der Milchwirtschaft, die besonders bei Fremdarbeitskräften auch abschlußmäßig augenscheinlich werden und die Preisbelastung durch die EWG-Agrarmarktordnung.

Ein interessantes Beispiel ist der Betrieb Hardt, der mit einem Freiluftstall und Harvestorsilos verhältnismäßig sehr arbeitssparende Investitionen vorgenommen hat, dabei aber auf Höchstleistungen in produktionsmäßiger Hinsicht verzichten mußte, im Betriebserfolg aber praktisch summenmäßig an der Spitze der Betriebe steht. Das ist deswegen nicht uninteressant, weil es, glaube ich, ein Hinweis darauf ist, daß für den Reinertrag eines Betriebes scheinbar nicht die Höchstproduktion an erster Stelle als Einflußfaktor steht.

Der Betriebsabschluß 1967 weist — und das möchte ich abschließend betonen zur Lage der Landwirtschaftsbetriebe — beim kaufmännischen Abschluß einen Abgang von 956.000 Schilling aus, während also der kassenmäßige Abschluß — wie ich schon erwähnt habe — einen Erfolg von 1.983 Schilling zu Buch bringt.

Und nun ein Vergleich zur breiten Landeskultur. In der Steiermark weisen nach dem letzten Grünen Bericht nur 19 Prozent der Betriebe ein Jahresarbeitseinkommen je Arbeitskraft von 40.000 Schilling auf, welches allgemein als angemessen angesehen wird. 41 Prozent der Betriebe des steirischen Alpenraumes haben einen Verlust, der sich besonders bei extremen Bergbauern, das sind solche mit einem Katasterkennwert von über 80 Punkten laut Berghöfekataster, zeigt. Interessant, daß beispielsweise das Murauer Gebiet, das ist ein Kleinproduktionsgebiet, 69.2 Prozent Verlustbetriebe aufweist, das Ennstal 58.3 Prozent, während z. B. das Gebiet um Eisenerz, Aflenz, St. Gallen nur etwa 20.0 Prozent Verlustbetriebe ausweist. Das sind, ich darf ausdrücklich darauf aufmerksam machen, Durchschnittszahlen. Aufschlußreicher scheinen mir noch die Zahlen zu sein, die also die einzelnen Betriebe dazu liefern. Und ich darf Ihnen an Hand des Ennstaler Beispiels doch noch folgendes zur Kenntnis bringen:

Es scheinen dort neben einer großen Anzahl von Verlust- und Durchschnittsbetrieben einige Betriebe mit einem sehr guten Arbeitseinkommen auf. Und wenn man also diese einzelnen Betriebe untersucht, kommt man zu der Einstellung, daß etwa drei Fünftel dieser guten Betriebe ihre Einnahmen aus dem Wald zusätzlich erwerben, während also etwa zwei Fünftel aus dem Fremdenverkehr diese zusätzlichen Einnahmen beziehen. Es ist jedenfalls ein Hinweis auch darauf, daß in den extremen Berggebieten das Nebeneinkommen an Bedeutung gewinnt.

Dieses Bild, daß also die Viehwirtschaft an und für sich nicht sehr kostendeckend zu arbeiten vermag, zeigt uns auch der Landesbetrieb Grabnerhof, wo ein kaufmännischer Erfolg bei aller Sorgfalt, die dort angewendet wird, nur dann zu erzielen ist, wenn also in einem Jahr gerade einmal alles in Ordnung ist. Das ist halt leider in einer Viehwirtschaft nicht immer zu erwarten.

Obst- und Weinbau nach modernen Methoden betrieben, scheinen halbwegs tragbare Möglichkeiten zu bieten. Der Maisbau, wenn die entsprechende Betriebsgröße vorhanden ist, scheint interessant zu werden. Und es ist also nicht unerwähnenswert, daß in letzter Zeit auch in der Obersteiermark Versuche stattfinden, dort den Körnermaisbau heimisch zu machen und es dreht sich hier hauptsächlich um die Findung einer sehr frühreifen Körnermaissorte und hier würde sich auch im obersteirischen Raum ein echter Arbeitsteilungsprozeß zwischen Talbetrieben und extrem steilen Hanglagen ganz gut in die Wege leiten lassen.

Ich bin mir darüber im klaren, daß der Rahmen bei weitem nicht ausreicht, alle bestimmenden Faktoren zu berücksichtigen. Ich glaube mich aber berechtigt, zu der Feststellung, daß, wenn es unseren landeseigenen Betrieben nicht gelingt, mit doch zumindest gleichartigen Bedingungen einen entsprechenden Erfolg zu erwirtschaften, dann sind jene Behauptungen, daß die Landwirtschaft rückständig und nicht aufgeschlossen genug sei, also nicht aufrecht zu erhalten. Zu der Feststellung glaube ich mich also berechtigt.

Ich habe den Ausführungen Ihres Generalredners, des Herrn Abgeordneten Dr. Klauser, nicht eine so große Bedeutung beigemessen, wo er gesagt hat das, was der Herr Abgeordnete Koller schon zitiert hat. Aber nachdem der Herr Abgeordnete Brandl hier dann sehr stark nachgezogen hat und mit einem Mansholt-Plan gekommen ist, dem er — wahrscheinlich unbewußt — hier den Anschein gegeben hat, als wäre das überhaupt schon die Lösung der Landwirtschaftsprobleme, obwohl noch sehr wenig davon verwirklicht worden ist. (Abg. Zinkanell: „Das Schlußwort des Abg. Nigl war besser!“)

Darf ich folgendes hier sagen. Ich war doch, weil ich aus einem Industriegebiet stamme, sehr beeindruckt von den Argumenten, die Eure Redner, meine Herren Sozialisten, in bezug auf die Arbeitsplatzsicherung gebracht haben. Wir waren mit dem Abgeordneten Vinzenz Lackner in der Grube unten, und ich kann voll verstehen, daß hier berechtigte Wünsche und Sorgen Platz greifen. Aber ich glaube mich auch berechtigt, zu sagen, wenn diese Arbeitsplätze gesichert werden sollen, was soll dann eine Debatte über den Mansholt-Plan und auch die Forderung, daß in kurzer Zeit so und so viel tausend Bauern verschwinden müßten. Ist es denn wirklich soweit, daß hier die Sozialisten der Meinung sind, man kann nur sozial denken in Sparten, wo sich das eventuell politisch irgendwie rentiert, aber bei den Bauern kann man das ohne weiteres for-

dern. Ich glaube mich zu dieser Feststellung doch berechtigt.

Wenn sich die Landwirtschaft bemüht, in der Industriegesellschaft mit ihrer ständig wachsenden Wirtschaft sich den veränderten Bedingungen und Markterfordernissen anzupassen, und das unter Hintansetzung der persönlichen Wünsche, dann ist die oft erhobene Forderung, es müßten in Anpassung an diese Verhältnisse so und so viele Bauern verschwinden, keine Lösung, weder für die Landwirtschaft noch für die übrige Wirtschaft. Ich möchte das auch noch einmal wiederholen.

Wenn hier die Landwirtschaft in dem Maße Arbeitskräfte abgibt, als die übrige Wirtschaft in der Lage ist, solche aufzunehmen, und das geschieht fortwährend und seit langem, so ist das für die gesamte Wirtschaft eines Staates zweckmäßiger als die kurzfristige Freistellung einer großen Anzahl aus der Landwirtschaft stammender Arbeitskräfte, die gar nicht verkräftet werden könnte.

Wenn wir in diesem evolutionären Anpassungsprozeß um Verständnis und auch um Hilfe ersuchen, glauben wir uns dazu berechtigt, weil wir meinen, daß die Wirtschaft eines Staates nur gedeihen kann, wenn alle ihre Räder im möglichsten Gleichlauf sich drehen und wenn jeder Stand und jede Berufsgruppe sich auch für die anderen verantwortlich fühlt. (Beifall bei der ÖVP.)

3. Präsident: Herr Landesrat Peltzmann hat als nächster Redner das Wort.

Landesrat Peltzmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Hohe Haus hat am 30. Juni 1966 das Investitionsprogramm 1966/67 der Steiermärkischen Landesbahnen mit einem Aufwand von 30 Millionen genehmigt. Ich werde der Direktion der Steiermärkischen Landesbahnen den Auftrag geben, Ihnen die Erfolgsabrechnung über diese Investition schriftlich zugehen zu lassen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich übernehme hiermit den Vorsitz. Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 8 nicht vor. Der Herr Antragsteller hat das Schlußwort.

Berichterstatter: Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Die Ansätze der Gruppe 8 sind hiermit angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Groß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Groß: Meine Damen und Herren! Die Gruppe 9 Finanz- und Vermögensverwaltung,

die zehn Abschnitte umfaßt, beinhaltet im wesentlichen jene finanziellen Mittel, die wir in den vorher beschlossenen acht Gruppen ausgeben wollen. Sie weist Gesamteinnahmen von 2.121,850.000 Schilling gegenüber 1.913,156.700 Schilling im Jahre 1968 aus. Die weitaus höchsten Einnahmen erhalten wir durch die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben in der Höhe von 1.548,930.000 Schilling. Dazu kommen noch als Hauptposten die Landesumlage mit rund 147 Millionen, der Kopfquotenausgleich mit 62 Millionen und die eigenen Abgaben, die aus der Steuerhoheit des Landes erwachsen, betragen rund 52 Millionen.

Im Namen des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle der Gruppe 9 die Zustimmung geben.

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, das Wort.

Erster Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-Blazizek: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht als „Buchhalter der Mehrheit“, der vermutlich am Karmeliterplatz zu suchen sein wird, sondern als das für die Finanz- und Vermögensverwaltung, also für die Gruppe 9 zuständige Regierungsmitglied, als Finanzreferent des Landes zu Wort gemeldet.

Es geht mir nicht darum, zu den vielen Fragen Stellung zu nehmen, die in der Budgetdebatte behandelt wurden und die nicht zuletzt in Wirklichkeit in jedem Fall zumindestens hinsichtlich der notwendigen Einnahmen mit der Gruppe 9 zusammenhängen. Ich werde nicht versuchen, einen bestimmten, augenblicklich nicht anwesenden Abgeordneten darüber aufzuklären, daß man die im Rechnungsabschluß ausgewiesenen Mehreinnahmen der Krankenanstalten nicht ohne weiteres ohne die damit zusammenhängenden zwingenden Mehrausgaben betrachten und so tun kann, als würden die über den Durchschnittsbelag hinaus aufgenommenen Patienten nichts kosten. Es ist entweder ein arger Mangel an Sachkenntnis oder aber versuchte Demagogie, auf diese Art behaupten und beweisen zu wollen, daß ein Abgang der Anstalten künstlich konstruiert werde, um die Krankenkassen gewissermaßen mit Forderungen quälen zu können. Ein derartiges Beginnen wäre übrigens ein aussichtsloser Versuch mit untauglichen Mitteln, weil sich nämlich die Krankenkassen besser auskennen, weil ihnen die Rechnungsabschlüsse, und zwar sowohl die Mehreinnahmen als auch die damit verbundenen Mehrausgaben bekannt sind, weil außerdem jeder Abgeordnete des Hohen Hauses schon zur Zeit der jährlichen Kassenverhandlungen in der 3. Rubrik unseres Budgets den Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres längst vor sich hat und weil diejenigen, die sich ernsthaft damit beschäftigen, ohnehin sehr genau wissen, wie es um die Dinge steht.

Ich möchte jetzt auch nicht über die Schwierigkeiten zu raunzen anfangen, die einer Durchforstung des Budgets mit dem Ziele einer noch

stärkeren Schwerpunktbildung und mit dem Ziele des Wegfalles von überflüssigen Gefälligkeitsansätzen sicherlich nicht im ganzen und auch nicht, solange allgemein darüber geredet wird, aber doch in jedem einzelnen Falle immer dann entgegenstehen und entgegengesetzt werden, wenn der Ansatz wirklich gekürzt oder gestrichen werden soll. Vor drei Jahren wurde mir in der Budgetdebatte sogar der Vorwurf gemacht, daß ich nicht bereit war, Ansätze für einmalige und bereits vollzogene Ausgaben wieder zu veranschlagen und abermals bereitzustellen.

Auch um die Vaterschaft für dieses Budget werde ich nicht erst streiten, meine Damen und Herren. Mir genügt die schlichte Tatsache, daß weit mehr als 99 Prozent der Zehntausende von Ansätzen des Budgets, der Wirtschaftspläne und der Untervoranschläge, so wie ich sie vorgeschlagen habe, unverändert von der Regierung übernommen und vom Finanz-Ausschuß bereits beschlossen worden sind.

Mir genügt die Tatsache, daß damit das vorausschauend geplante und seit Jahren gewissenhaft verfolgte Gesamtkonzept unserer Finanz- und Budgetpolitik auch im kommenden Jahr fortgesetzt und daß diesem Konzept gemäß auch weiterhin wirklich Bedeutendes für das Land und seine Menschen geleistet werden wird. Ich erblicke darin einen hinreichenden Beweis dafür, daß ich mich mit meinen Mitarbeitern redlich bemüht habe, der mir übertragenen Aufgabe gerecht zu werden. Und die Tatsache, meine Damen und Herren, daß der von mir im Einvernehmen mit der Landesregierung vorgelegte Budgetentwurf von der übergroßen Mehrheit dieses Hauses angenommen werden wird — wie die Redner versichert haben — von einer Mehrheit angenommen werden wird, die nahezu 97 Prozent der steirischen Wählerinnen und Wähler repräsentiert, diese Tatsache kann mich wirklich nicht kränken, sie ist eher geeignet, mich in dieser Stunde froh zu stimmen. Sie gilt mir als Zeichen einer Aufgabenerfüllung, mit der das Land und seine Bewohner sicher besser fahren, als sie je mit diktierten Maßnahmen gefahren sind oder mit Zank und Hader fahren könnten, wobei es in der praktischen Wirkung dort, wo derartige Verhältnisse vorliegen, nicht einmal darauf ankommt, ob Zank und Hader aus mangelnder Leistung entstehen oder ob umgekehrt die mangelnde Leistung eine Folge des Zankes und des Haders ist.

Wesentlich, meine Damen und Herren, ist und bleibt ja doch, was bei der Politik für die Bevölkerung, für die Wirtschaft, für das soziale und für das kulturelle Leben und für den Weg herauskommt, den wir so oder so, ob wir wollen oder nicht, gemeinsam gehen müssen, weil wir mit allen unseren Mitbürgern ein Ganzes, eine unteilbare Familie bilden, weil wir mit der Steiermark und allen Steirern eine solche Familie sind und auch sein wollen und weil wir hier in der Landstube in Wirklichkeit nichts Besseres tun können, als den gemeinsamen Willen dieser Familie zu vertreten und einen Weg zu bereiten, mit dem sich möglichst viele im Lande einverstanden erklären können.

Seien wir glücklich, meine Damen und Herren, daß wir Weihnachten für die große Familie der Steirer in dem Bereich, für den wir verantwortlich zeichnen, gut und so vorbereitet haben, wie es uns aufgetragen ist und seien wir froh darüber, daß wir nach dieser Debatte mit der Überzeugung auseinandergehen können, mit diesem Budget das Unsere getan zu haben, um ein gutes Jahr einzuleiten. Ein gutes Jahr für das Land, ein gutes Jahr für unser gemeinsames Leben und ein gutes Jahr für die Menschen, die mit uns Bürger dieses Landes sind.

In dieser Gesinnung danke ich Ihnen, meine Damen und Herren, für die Beratung des Budgetentwurfes, danke ich der Landesregierung und denen, die mir bei der Vorbereitung dieses Entwurfes geholfen haben und danke ich zuerst und zuvorderst allen unseren Landsleuten für das, was sie durch ihre Arbeit, durch ihr Leben, durch ihr Maßhalten und durch ihre Gesinnung und immer bewiesene Einsicht dazu beigetragen haben, daß wir imstande sind, eine gute Finanz- und Budgetpolitik als Grundlage des Geschehens weiter Bereiche des Landes zu machen.

Ich wünsche aus ganzem Herzen, daß es uns gelingen möge, die Ziele zu erreichen, die wir uns mit diesem Budget gesetzt haben, daß wir einer guten Entwicklung entgegengehen und daß uns jener Friede beschieden sei, der für eine solche Entwicklung notwendig ist.

In dieser Gesinnung wünsche ich Ihnen allen, meine Damen und Herren, wünsche ich der ganzen steirischen Bevölkerung frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr 1969. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann Krainer hat das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Meine Frauen und Herren! Zum Abschluß unserer Budgetdebatte sind wir alle froh, einmal, weil ein hartes aber auch schönes Jahr zu Ende geht und weil eine ausgiebige Debatte, die Diskussion zum Voranschlag über die Bühne gelaufen ist. Wir sind froh und glücklich, daß wir ein Budget beschließen können, das den Erfordernissen dieses Landes und dem Willen der politischen Kräfte dieses Landes entspricht. Wir sind froh darüber, daß wir mit diesem Budget Arbeitsplätze sichern, Arbeit fördern und daß wir damit die Wirtschaft beleben und aus diesem Fluß der Wirtschaft Kultur, Soziales und Bildung befriedigen können. Wir sind glücklich darüber, daß wir ein Jahr hinter uns bringen, das in Regierung und Landtag ein fruchtbares Jahr war.

Es gab schon gegensätzliche Meinungen, manchmal auch ein bißchen Zank, ein Familienzank, der unvermeidbar ist und der, wenn er nicht bestehen würde, den natürlichen Gegebenheiten widersprechen würde. Wir sind alle glücklich, das entnehme ich auch den Worten meines Kollegen des 1. Landeshauptmannstellvertreters und Finanzreferenten, auch Verantwortlichen für die Buchhaltung. Daher sind wir also sehr, sehr glücklich, daß wir so eine Überein-

stimmung haben. Ich darf Ihnen auch versichern, Herr Landesfinanzreferent, Sie brauchen sich nicht zu ärgern, Sie brauchen sich wirklich nicht zu ärgern, wenn der eine oder der andere oder wenn die Mehrheit dieses Hauses durch ihren Sprecher sagt, wir verantworten in der Hauptsache dieses Budget und wenn ich dann noch hinzufüge, daß wir in der Erstellung des Budgets Ihre Arbeit keineswegs unter den Scheffel stellen wollen und schon gar nicht die der Beamten, die also mühevoll monatelang zusammentragen und schon gar nicht aller jener Abteilungsleiter mit ihren Kräften, ob sie es gut oder schlecht machen, nicht immer gut, einmal zu viel, einmal zu wenig, vielleicht wird das Große immer gesehen, wir anerkennen also diese Arbeit wirklich voll und ganz, aber Herr Kollege, ohne Kritik geht's ja nicht. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Ich streite mich nicht um die Vater-schaft!“)

Das haben Sie also hier mehrmals zum Ausdruck gebracht und ich glaube, es ist auch so richtig.

Und wenn ich etwa bei der Budgetdebatte als politisches Klima unseres Gemeinschaftslebens — und hier ist ja der Ausdruck der Gemeinschaft der Steirer durch die gewählten Vertreter sichtbar und hörbar — wenn ich da etwa versuche, ein gerechtes Urteil zu finden, dann muß ich sagen, mit Ausnahme von einigen Versammlungsreden war die Budgetdebatte eine gute Debatte; vielleicht auch ein bißchen zuviel „Ich“, wenn ich einen oder den anderen verehrten Freund aus der Regierung ins Auge fasse, zu wenig „Wir“. Ich glaube, wir sollten uns alle klar sein: Diese Regierung ist eine Kollegialregierung und in dieser Kollegialregierung gibt es in Wirklichkeit gar nichts zu kämpfen, sondern es gibt höchstens Auseinandersetzungen, ob das tragbar oder nicht tragbar ist, ob die Architektur so oder so, die Raumgestaltung so oder so sein sollte, aber nicht mehr.

Ich kann Ihnen versichern, diese Regierung und dieses Kollegium Regierung ist nicht immer friedlich, etwa so, daß jeder ja sagt, keineswegs. Hier gibt es viel nein, nein und viele Diskussionen. Und wenn ich etwa an eine Rede an einem Parteitag denke und die Bestätigung dafür gefunden habe, die etwa so aussieht — aber das ist verständlich bei einer Parteitagsrede — daß man sehr ringen muß, um überhaupt einen Kompromiß zu erreichen, dann muß ich sagen: Das ist nicht unwahr. (Gelächter.)

Wir haben immer zur Kenntnis genommen und werden immer zur Kenntnis nehmen: Der bessere Weg, die bessere Idee muß in diesem Lande siegen, erst dann werden wir glücklich sein. Woher sie kommt, fragt der Bürger dieses Landes nicht und hat nie gefragt. Das ist ein Irrtum, wenn man etwa glaubt, daß danach die Einstellung der Person, der Partei und dergleichen beurteilt wird. Ich bin sehr glücklich, daß wir eine gute Atmosphäre haben und daß wir auch mit unseren Ideen ein bißchen angesteckt haben rundherum, nur nicht bei unserem lieben Kolle-

gen Leitner, dort nützt es nichts. Der ist befohlen. (Gelächter.)

Da kann sich nichts ändern. Aber ich bin sehr glücklich, daß wir doch ein und das andere gegenseitige Verständnis gefunden haben. Ich glaube, das ist auch gut so. Und wenn ich etwa wieder an diese Debatte denke, gut, da gibt es natürlich Meinungsverschiedenheiten scheinbar dort, wo es in Wirklichkeit gar keine gibt. Das wäre im Wirtschaftsbild unseres Landes. Da gibt es keine Meinungsverschiedenheiten; in der Förderung unserer Investitionsstöße gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Wir sind nur so am Plafonds, daß wir nicht mehr können. Ich bin sehr wohl glücklich darüber, daß wir in der Förderung, ich sage ausdrücklich in der leisen Förderung unserer Strukturerscheinungen mitwirken und damit auch anregen, hinaus über das Land anregen und auch im Land selbst immer wieder aufmerksam machen, daß wir gerne jenen, die mittun wollen, helfen wollen, fördern wollen. Ich bin sehr glücklich, daß es hier überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Manchmal bricht man aus, das kommt auch vor, und man benützt eine an sich völlig unpolitische, nur wirtschaftliche Frage zum Verpolitisieren. Man verpolitisiert sie dorthin und daher und versucht beispielsweise natürlich auch, die Interessen der Gewerkschaft ganz zu verquicken und . . . (Landesrat Sebastian: „Oder eines Bundes!“)

Das ist nur eine Annahme. (Landesrat Sebastian: „Bei uns ist es politisch!“)

Verstehen Sie das richtig. (Landesrat Sebastian: „Ich bemühe mich, aber das muß sich auf beide Seiten verteilen.“)

Ich habe nur festgestellt, ich sage das nicht leichtfertig. Ich sage das deshalb, weil ich mahnen will, daß wir damit ja nicht einen einzigen Betrieb bekommen, nur den Anschein vielleicht erwecken könnten, daß man da und dort einen retten kann, das wäre noch denkbar.

Aber in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist das selbstverständlich eine Verantwortung der kollegialen Regierung, aber keine Aufgabe und keine Sache von vielen, wo immer sie sein mögen und wie gut und wie redlich sie immer diese Aufgabe etwa auffassen mögen, dort und da einen neuen Betrieb zu gründen.

Ich sage Ihnen redlich, ich war immer der Überzeugung, daß man nur Geld haben braucht, dann kann man Industrien gründen. Ich bin gründlich eines besseren belehrt worden. Was wir brauchen, sind Manager, sind Männer, sind Industrielle, ob sie nun private oder ob sie angestellte Vorstandsmitglieder sind, völlig gleichgültig. Wenn wir diese Männer nicht besitzen, wenn wir diese Manager nicht besitzen, wenn wir nicht die Risikofreudigkeit besitzen, über die heute schon ausführlich gesprochen wurde, dann nützen uns Hunderttausende, Millionen und Milliarden nichts, wenn wir etwa versuchen wollten, mit Zwang irgendwo einen Betrieb zu errichten, dann geht es bestimmt schief. Und wenn wir irgendwo erreichen wollten, einen Betrieb dort und da hinzusetzen, wie das auch in der Diskussion dieser Budgetdebatte durchgeklun-

gen ist, dann sind wir völlig im Irrtum. Wenn wir irgend einen Betrieb in ein Gebiet zwingen wollen, dann ist das bestimmt einer, der nach dem letzten Halm greift und nach kurzer Zeit seine ganze Wirtschaftskraft einbüßt und zugrunde geht.

Das Spiel in der Wirtschaft ist wie ein Seismograph mit so vielen Imponderabilien. Wehe, wenn wir sie nicht berücksichtigen, dann erleiden wir mit jeder Million Schiffbruch und das wollen wir nicht. Wir wollen ja fördern, und ich weiß nicht, was wir alles anstellen sollen, um die Risikofreudigkeit zu bekommen. Ich weiß schon, nicht nur von inneren Händlungen oder Gegebenheiten hängen diese bestimmten Imponderabilien ab, sicher überhaupt von der Atmosphäre, wenn ich etwa an die Situation vor einem Jahr denke, wo wir so und so viele Betriebe aus dem Ausland am Band hatten, die auf einmal klar und redlich uns mitteilten, jetzt ist keine Zeit für Betriebsgründungen. Diese Atmosphäre der Zurückhaltung ist vorüber. Aber sie ist keineswegs etwa mehr, als sie noch vor vier oder fünf Jahren war. Und in der Zeit haben wir ja die Kenntnis nicht gehabt, da ist vieles versäumt worden, weil man auch versucht hat, die Dinge zu verpolitisieren. Ich will nicht, weil wir ja damit auch keinerlei Erfolg haben, davon reden und diese Fakten auf den Tisch legen. Ich vermerke sie nur in der wirklich inneren Überzeugung, wenn wir unsere Struktur verbessern wollen, die laufend und stetig von Jahrzehnt zu Jahrzehnt selbstverständlich verändert werden muß, besonders in der heutigen, schnellebigen Zeit, wenn wir das wollen, daß diese Veränderung vor sich geht, dann ist das erste, Männer, Fachleute, Manager, unternehmungslustigere Männer und Frauen. Es gibt auch sehr unternehmungslustige Frauen. (Gelächter.)

Und dann noch das notwendige Geld dazu. (Landesrat Bammer: „Bitte, wo ist eine Adresse?“)

Aber das sind einfach Grundsätze einer wirtschaftlichen Expansion, die wir nicht übersehen dürfen.

Schauen Sie, ich bin sehr glücklich darüber, daß ich dank unserer Anstrengungen im vergangenen Jahr auch 600, 700 neue Arbeitsplätze gefunden habe, ohne daß wir dazu einen Groschen oder einen Federstrich beigetragen haben.

Das wäre natürlich das Glücklichste und das Wertvollste, wenn sich das so entwickeln würde und so quellen würde, aber hier spielt natürlich die wirtschaftliche Situation, das wirtschaftliche Klima eine ganz entscheidende Rolle.

Und bitte, meine Damen und Herren, nicht um jemanden zu reizen oder jemandem einen Vorwurf zu machen, natürlich Kritik am Geschehen dieser Wirtschaft, na, wo gibt es denn nichts zu kritisieren, nein wir sind in vielem ja wirklich stockkonservativ, nicht nur in der Wirtschaft, in unserer Verwaltung genau so, stockkonservativ und wir wagen uns gar nicht heran, den Zustand etwa einer Änderung zu unterwerfen. Aber, vergessen wir eines nicht, die Anpassung an die Zeit ist natürlich immer wieder von jungen aufstrebenden Menschen abhängig. Vergessen wir auch

nicht unsere Wirtschaftsgeschichte. Die steirische Wirtschaftsgeschichte ist ein typisches Beispiel dafür, daß wir mit ganz wenigen Ausnahmen keine industriellen Gründer gehabt haben, wohl in den Mittelbetrieben, die haben wir ja, aber in industriellen Strukturen sind nur in ganz wenigen, in fünf Ausnahmefällen von Voitsberg über Leoben oder Köflach besser gesagt, einer in Graz festzustellen, das ist also etwa der Name Puch, der Name Pichler Weiz, der Name Krempel Leoben, der Name Tunner in Köflach und dann noch der Maier, der Gründer von Donawitz und Pengg, das sind jene glänzenden Namen, die heute auch noch zum Teil existieren, aber nur mehr zum Teil, alles andere sind zugewanderte industrielle Gründer, das dürfen wir nicht übersehen.

Der Steirer war also als Grenzlandbewohner kampfbereit, der Offizier, in der weiteren Folge der Beamte, der Wehrbauer, der Forstwirt, der Handelsmann gar keine Frage, nur sind uns diese Handelsleute, die großen internationalen 1938 verlorengegangen, aber industriell haben wir nichts großes zu bieten gehabt und erst in der Nachkriegszeit von 1945 schon, der eine oder der andere auch nach 1918, aber in der Atmosphäre der Trostlosigkeit und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann die industrielle Entwicklung nicht blühen und gedeihen. Erst nach 1945 haben wir einen Zustand von Initiativen erreicht, über die wir sehr sehr glücklich sein können und zwar neue Strukturen, ich könnte auch hier wieder Namen nennen, ich tue es deshalb nicht, damit ich nicht Leute aus dem Kreise unserer Abgeordneten ansprechen muß, obwohl das sehr ehrenvoll ist, wir haben also hier neue Unternehmer, neue Industriestrukturen, aber natürlich auch dort und da mit sehr argen Schwächen behaftet. Schwächen, die einfach darin ihren Ausdruck finden, daß eine rasante Kapitalbildung nicht so ohne weiteres möglich ist bei unserem Zustand vergleichbar etwa mit der Schweiz, aber auch deshalb nicht geschehen konnte, weil wohl der ausgezeichnete Fachmann als Gründer tätig war, aber nicht auch der ausgezeichnete Kaufmann, vor allem der internationale Kaufmann.

Sehen Sie, hier glaube ich, liegt überhaupt der Schlüssel zu allem. Wenn wir etwa von den Stahlgutachten reden, dann dürfen wir erstens nicht vergessen, daß die Stahlgutachten auf der Wirtschaftssituation des Jahres 1966 beruhen, das ist die Ausgangsbasis und jedes Gutachten hat nur soviel Wert als die Entwicklung von der Ausgangsbasis sichtbar ist, nein alle Prognosen und deshalb bin ich ja so ein planscheuer Mensch und ein so planmißtrauischer Mensch. (Landesrat Sebastian: „Auch gegen den Koren-Plan?“)

Tun Sie mich nicht reizen, da müßte ich sagen, gegen den sozialistischen Wirtschaftsplan.

Ich versuche zu beurteilen, was sauber und möglich ist, aber ich bin halt mit einem Wort sehr sehr mißtrauisch und zwar deshalb wirklich mißtrauisch, weil wir immer die Situation der Ausgangsposition beurteilen müssen und weiß ich, wie die Situation in drei oder fünf Jahren ist? Und daher ist auch kein Plan sicher,

ein Leitfaden, das ist gar keine Frage, das wäre also falsch oder auch Gutachten, Leitfaden, ja-wohl, anstrengend hier das Richtige herauszufinden, aber das Um und Auf, das A und O ist der Plan bei weitem nicht. Wer also plangläubig ist, wird auch häufig vom Plan enttäuscht. Wenn ich also im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung beispielsweise auf die Entwicklung unseres ganzen Schulwesens hinweise. Ich habe in Moskau mit sehr ehrenwerten Herren der Geisteswissenschaften diskutiert, warum die Pläne der Sowjetunion nicht erfüllt werden. (Landesrat Gruber: „Das wird der Abg. Leitner vormerken!“)

— er wird schon berichten, macht nichts — oder überhaupt die kommunistischen Pläne nicht erfüllt werden, da war eine rege Diskussion, und es waren wunderbare Ausreden beispielsweise auch dafür zu hören, daß sie nicht erfüllt wurden. Aber ein Professor, ich könnte Ihnen glaube ich sogar den Namen in Erinnerung bringen. (Abg. Leitner: „Aber, Herr Landeshauptmann, das ist die zweite Weltmacht geworden, trotz der Fehlschläge.“ — Abg. Pözl: „Mit dem Bajonett!“)

Ich habe nichts dagegen, ich habe nichts dagegen, das haben alles die Bürger bezahlt, die Sowjetbürger bezahlt, aber darüber diskutieren wir nicht, ist nicht unsere Sache, jeder soll für sich tun, was er will und was er glaubt was richtig ist. Ich störe niemanden daran und kann niemanden daran stören. Aber da hat mir einer ins Ohr geflüstert, der Mensch ist noch nicht verstaatlicht und wir kennen die Geburtenentwicklung nicht und daher kann auch jeder Plan schiefgehen. Ich weiß nicht, was er mit dieser an sich sehr redlichen Antwort sonst noch alles gemeint hat. Aber bitte, nur zum Plan. Wenn ich mir also das Stahlgutachten etwa noch anschau und versuche zu analysieren, dann sind darin sicher Grundsätze zu finden, aber ich muß auch eines sagen, wir werden einen Idealplan auch aus einem sehr fundierten Gutachten niemals erreichen können, das ist einfach menschlich nicht möglich und ich zweifle auch, daß ein ausländisches Gutachten, das mit völlig anderen Strukturen und völlig anderen Wirtschaftsbereichen zu rechnen hat, auf Österreich anwendbar ist, ich bezweifle das.

Aber bitte, das ist keine Kritik an sich an den Plänen oder an den Gutachten. Sie sind eine Richtschnur, das ist außer Frage, wir müssen nur jetzt von der praktischen Seite her versuchen, das Bestmögliche herauszuholen, um unserer Wirtschaft, unserer Stahl- und Eisenindustrie, ob verstaatlicht oder nicht verstaatlicht, wieder einen Lebensweg und einen Zukunftsweg zu eröffnen.

Wenn wir nur in den Kategorien des Zusperrens denken würden, wenn wir nur etwa den amerikanischen Plan in der Sicht des Erzberges als das Um und Auf ansehen würden, dann muß ich sagen, liegt darin überhaupt keinerlei Optimismus, keinerlei Entwicklung, und wenn ich auch die Kostenrechnung ansehe, die sich aus den Plänen ergibt, dann ist sie nicht nur die erste Grundlage 1966 und heute längst — Gott

sei Dank — weitgehend überholt, sondern es ist auch in der Kostenrechnung, weil inzwischen am Erzberg allerhand geschehen ist, manches nicht mehr richtig.

Aber das sind nur ein paar Beispiele. Ich will damit noch einmal ganz klar machen: Die Stahlgutachten kann man nicht übersehen, sie sind eine Richtschnur, müssen aber der Praxis angepaßt werden.

Und wenn ich jetzt noch ein paar Sätze sage zur Lage unseres Landes schlechthin: Graue Wolken über der Steiermark, sicher.

Es ist keine leichte Aufgabe, in diesem Land die Wirtschaft in eine Richtung zu weisen oder mitzuwirken daran, daß sich wieder nicht nur graue Wolken, sondern daß sich das helle Licht der Sonne zeigt. Ist keine einfache Aufgabe. Aber wir haben auch gar keinen Grund, einfach zu verzweifeln und zu sagen, legen wir die Hände in den Schoß, mit dem Land ist es aus und vorüber. Gerade die Rezession hat erwiesen, daß man bei Anstrengung nicht nur den Export trotz Exportdruck aus der ganzen Nachbarschaft erhöhen kann, sondern daß man auch in der Qualitätsarbeit und in der Produktivität sehr wohl, und zwar beachtliche Erfolge zu erzielen vermag. Das dürfen wir nicht übersehen. Das ist ein sehr gutes und glückhaftes Zeichen. Und wenn wir noch dazu alles das, was an geistigen Kräften im Lande verwurzelt war und ist und ebenfalls immer wieder geweckt und durch unsere mittleren und hohen Schulen hervorgebracht wird, sehen, dann geht es nur darum, daß wir jetzt diese trüben Jahre wirklich überleben und mit allen Anstrengungen wieder in eine bessere Zukunft hineinwachsen.

Der Erzberg ist der eiserne Brotlaib des Landes. Der Erzberg ist nach wie vor nicht nur das Wahrzeichen für die Eherne Mark, sondern er ist nach wie vor Brotlaib, nicht nur für die Eisenerzer und nicht nur für die obersteirische Eisenindustrie, sondern für die Steiermark und für Österreich; das ist gar keine Frage, wenn auch dem Eisen und Stahl sicher allerhand Konkurrenzen entstanden sind und der Gesamtverbrauch an Stahl- und Eisenprodukten nicht steigend, sondern sogar rückläufig ist, obwohl und gerade wenn wir hier die Alpine als Beispiel nehmen . . . (Landesrat Gruber: „Noch ist es steigend!“)

Jetzt steigt es wieder —, dann müssen wir sagen, der Standortnachteil, von dem so viel gefaselt wird, stimmt ja gar nicht bei einem Eisen- und Stahlbetrieb oder Betrieben, die zu 80 Prozent im Inland absetzen. Da ist gerade der Standort fast in der Mitte Österreichs nicht ungünstig. Das sind Tatsachen, über die Sie nicht hinwegkommen und die Leute, die international in Stahl und Eisen tätig sind. Es gibt schon allerhand Schwierigkeiten. Die Lagerbestände der Bundesrepublik sind auch nicht uninteressant. Das dürfen wir nicht übersehen. (Landesrat Peltzmann: „Haben die Höchstgrenze erreicht!“)

Die dort ihre Stahlwerke jetzt an den Meeresküsten aufgebaut haben, um das billige Erz heranzubringen, sind inzwischen auch darauf gekommen, daß man ja nicht nur das Erz, sondern

auch letzten Endes den fertigen Stahl irgendwohin transportieren muß. Und wenn also, wie bei uns, die Inlandsproduktion gerade was die Produktion der Alpine betrifft, weitgehend im Inland verbraucht werden kann, dann ist die Standortfrage auch eine gut gelöste Frage. (Landesrat Gruber: „Dann müßte eine Planung sein, eine richtige, auf Jahre gesehen!“)

Ja, ja, kommt so. Alles Idealzustände, lieber Kollege. Was gibt es denn, gesichert auf Jahre? Ist unser Leben auf Jahre gesichert? Wir hoffen es alle und wir glauben es alle. Ist es wirklich gesichert? Ist unser Arbeitsplatz gesichert? Ist unser Establishment gesichert? Wir glauben es alle. Wir sind alle innerlich überzeugt, daß wir es richtig gemacht haben und daher hier sitzen bleiben dürfen. (Landesrat Bammer: „Schon der Kästner hat gesagt: „Leben ist immer lebensgefährlich!““)

Ich habe ja auch etwas übrig für jene, die meinen, daß nicht die Zufriedenheit die Welt bewegt, sondern daß die Unzufriedenen die Welt bewegen. Ich habe sehr viel dafür übrig, nur im richtigen Maß und konstruktiv. (Landesrat Bammer: „Sonst kommt ein Antrag über die Subversion.“)

Bitte sehr. Schauen Sie, wenn wir jetzt vom Eisen und Stahl weg noch ein bißchen das Holz, das doch auch ein entscheidender Faktor ist, und unsere Landwirtschaft betrachten, kann man sagen: Das Holz hat sich Gott sei Dank wieder erholt. Es ist wenigstens der Absatz nach dieser Naturkatastrophe wieder in Fluß. Die Preise, behaupten alle, sind nicht zufriedenstellend, wer behauptet das nicht. (Abg. Brandl: „Stimmt! Sie waren nie zufriedenstellend!“)

Alle behaupten, die Löhne sind nicht zufriedenstellend, die Gehälter sind nicht zufriedenstellend und trotzdem behaupte ich, sie sind zufriedenstellend.

Papier hat sich auch gebessert. Unsere Agrarwirtschaft ist außer Zweifel in einer echten Klemme. Es ist heute sehr viel darüber gesprochen worden. Ja, wenn wir das Geld hätten, genauso wie für die Forderungen von 22 Milliarden im Straßenbau. Wenn wir das Geld hätten, wäre das auch kein Problem, dann könnten wir den Mansholt-Plan erfüllen. Aber das ist eine Milliardenfrage.

Die Landwirtschaft ist aber in einer zweifelsohne sehr beengten Situation. Aber — was auch ihr gutgeschrieben werden muß — sie ist selbst bemüht, aus diesen Schwierigkeiten, aus diesen Engen der Milchwirtschaft und dergleichen herauszukommen.

Die Fremdenverkehrswirtschaft ist in guter und bester Entwicklung. Und ich glaube, daß auch der Grundsatz, vor allem den Inländer-Fremden zu sehen, richtig ist, weil er am wenigsten krisenanfällig ist und eine gute Verbindung zwischen Wien und unserem Land gibt, eine gute Atmosphäre. Das brauchen wir ja auch, um eine gute Nachrede in der Bundeshauptstadt zu haben, um nicht als die wilden Bergvölker, sondern als Leute angesehen zu sein, die auch dort auftreten können. (Landesrat Gruber: „Die Zeit ist

schon vorbei, wo sie uns als die wilden Bergvölker angesehen haben!“)

Sind wir schon zu mild. (Landesrat Sebastian: „Sie sind so milde geworden, seit es eine monocolore Regierung gibt!“)

Ich bin immer ein disziplinierter Mensch gewesen. (Landesrat Bammer: „Das hat sogar die Presse festgestellt!“)

Aber bitte, wenn es einmal nicht mehr ausgeht, dann gehe ich halt wieder in den Gewerbeverein. (Gelächter.)

Wir haben also nach den bitteren Sorgen der vergangenen Jahre doch wieder eine gute Sicht. Und ich bitte Sie um alles in der Welt, ich verlange niemals, wie schon unser Generalredner gesagt hat, von Ihnen ein Lob, aber bitt' gar schön, kein Krankbeten. Das ist für die Entwicklung unserer Wirtschaft, für den Absatz im Ausland schädlich, überhaupt ist die Atmosphäre ja so entscheidend, die Wissenschaft stellt es ja eindeutig fest, daß man sich eine Rezession und sogar eine Katastrophe selbst einwirtschaften kann, wenn man alles negiert.

Und wir erinnern uns ja noch sehr gut, bitte nicht alle, Gott sei Dank, aber ich zähle zu jener Generation, die sich noch erinnert, wie das einmal gewesen ist, und ich erinnere mich sehr wohl und ich habe mich sehr darum gekümmert, wie war denn das in Amerika, na, das ist ja mit unserer Rezession von 1930 bis 1933 gar nicht vergleichbar, das war noch viel viel schlimmer, wie die Leute also am Boden, auf den Straßen, in den Parks herumgelegen sind, weil sie eben aus ihren Wohnungen herausgeworfen wurden, das war bei uns in keinem Fall möglich und ist auch nirgends geschehen. (Landesrat Sebastian: „Oh, Delogierungen gab es genug, muß ich Sie erinnern, wieviele Delogierungen in Donawitz waren?“)

Das waren Einzelfälle, aber keine Massenerscheinungen, keine Massenerscheinungen, daß die Menschen in den Parks und auf den Straßen herumliegen mußten, ich meine, es hat ja gar keinen Sinn, solche Dinge aufzuziehen, ich habe sie nicht gesagt, um Sie zu provozieren. (Landesrat Sebastian: „Sie haben gesagt es hat keine gegeben.“)

Na, ja, einzelne wird es immer geben, es gibt auch heute Delogierungen. Ich wollte nur sagen, wie also dort die Dinge sich entwickelt haben und die amerikanische Krise ist gelöst worden nur durch eine echte Anstrengung, daß einfach versucht wurde, einmal den Konsum wieder zu kräftigen, sowohl von der großen Masse der Konsumenten schlechthin als besonders und speziell von der Landwirtschaft her und dann ist es wieder aufwärts gegangen. Aber genau so wie es aufwärts geht, kann es auch abwärts gehen bei einer absolut negativen Einstellung.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ja keine Belehrungen geben, sondern ich glaube nur, daß wir auch tatsächlich sagen können, Gott sei Dank, es geht wieder ein bißchen aufwärts. Ich will ja gar nicht übertreiben und wir wissen ja gar nicht, was morgen sein wird, wie sich die Umwelt zu uns stellen wird, es hängt ja so vieles von uns ab.

Ich habe letzstens einmal gesagt, wie könnten wir denn überhaupt in unserer Exportwirtschaft eine gewisse Sicherheit erreichen. Sicher, der Schlüssel wäre, mehr zu exportieren, neue Märkte zu erobern, aber wer erobert sie uns? Es gibt also jetzt ein Buch über die Industrialisierung der Schweiz, die bekanntlich in der Welt eines der hervorstechendsten Industrieländer ist, und in diesem Buch gibt es sehr interessante Dinge zu lesen. Als das Interessanteste kommt mir vor, daß beispielsweise die Söldneroffiziere oder die Söldner schlechthin sich auch gleichzeitig als Händler betätigt haben und daß sich hier der Schweizer, der aus Not aus der Schweiz auswandern mußte, sich für sein Land als Händler betätigt hat und nicht nur als Händler, sondern auch, um es brutal zu sagen, als Spranzer, um Industrie zu entwickeln. Von der Bekleidungs- und Textilindustrie angefangen, von der Hausarbeit angefangen — bitte das brauchen und können wir heute nicht mehr, das ist gar nicht mehr denkbar — aber, wenn wir die Händler finden würden, die Erzeuger glaube ich, hätten wir in breiter Front bei uns, tüchtige Leute, ausgezeichnete Leute, aber die brauchen wir auch im Verkauf und dann hätten wir wahrscheinlich auch eine breitere Basis, um eine Sicherheit zu erreichen. Aber es geht doch wieder aufwärts. Die Industrie, die steirische Industrie erzeugte im dritten Quartal um 14,8 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Diese Zuwachsrate ist die höchste, die bisher in den Siebzigerjahren beobachtet werden konnte.

Ich will noch ein paar Ziffern sagen, weil man den Ziffern, so hoffe ich, soferne sie amtlich-statistische Ziffern sind, Glauben schenkt. Die zusammenfassenden Ergebnisse der ersten neun Monate des Jahres 1968 zeigen bei der Gesamtindustrieproduktion eine Zuwachsrate von 7,8 Prozent, trotzdem die Zahl der Industriebeschäftigten um 3,8 Prozent gesunken ist. Die Arbeitsproduktivität ist um 15 Prozent angestiegen. Die Stahl- und Eisenindustrie, die steirische natürlich, konnte in den ersten 9 Monaten 1968 ihre Produktion um insgesamt 6,4 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres steigern, die Produktion an Walzwerkserzeugnissen erhöhte sich in den ersten drei Quartalen um 11,9 Prozent, der Rohstahl um 8,4 Prozent. Das sind also immerhin beachtliche Mehrerzeugungsziffern.

Der Aufschwung in der Eisen- und Stahlindustrie ging auf dem heimischen Markt von der Konsumgüterindustrie, den Grundstoffindustrien und auch von einer gewissen Belebung der Investitionsgüterindustrie aus. In den 20 Industriezweigen konnten im 3. Quartal bereits 17 ein größeres Ergebnis erzielen, als im Vorjahr, im 1. Quartal waren es erst 9, im zweiten schon 12. Die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr liegen beispielsweise bei den Rädern plus 270 Punkte, es war ja ein unerhörter Tiefstand da und um 9,8 in der Genussmittelindustrie, im Bergbau minus 3, die Magnesitindustrie wieder einmal plus 9,9 Prozent.

Es konnte also die Produktion insgesamt kräftig erhöht werden. Auch die eisenschaffende Industrie konnte bei ihren Erzeugnissen nach kräf-

tigem Ausweiten ein plus von 15,3 Prozent erzielen und ich habe diese Zahl schon einmal gesagt. In den Hauptsparten der Stein- und Ziegel- und Zementindustrie war in der ersteren ein Zuwachs von 8,9 Prozent und in der zweiten, Zement, ein solcher von 14 Prozent.

Ich will Sie nicht weiter mit Zahlen belästigen, aber ich glaube, daß diese Zahlen uns auch wieder den Blick in eine bessere Zukunft geben. Mögen dort und da Schwächen auftauchen, wenn heute gesagt wurde, Weiz ist ein Brennpunkt, wenn das Programm und der Plan sitzt, dann wird es eine glückliche Ordnung gewesen sein. Wir hoffen es, daß es so ist. Und wenn wir hinein schauen ins Mürztal und wenn wir heute die Auftragsziffern kennen, die sich um Beachtliches erhöht haben und wenn also die Frage der Beschäftigung zur Zeit keine Rolle spielt und wenn die Investitionen in Krieglach einsetzen und damit nicht nur Krieglach mindestens die Leute brauchen würde, sondern auch das Stahlwerk in Donawitz dadurch seine Beschäftigung miterhalten kann, dann sind das schon Lichtpunkte.

Und wenn wir auch im Grazer Raum einige Entwicklungen sehen und wenn uns — ich hoffe, daß das wenigstens teilweise glückt, ich bin nämlich sehr sehr skeptisch geworden und meine Hoffnungen sind heute sehr tief gestapelt im Vergleich vor einigen Jahren, wo ich noch glaubte, das Geld spielt keine Rolle — also beispielsweise die Errichtung des einen oder anderen modernen Betriebes gelingt, die wir ja so dringend brauchen würden, die modernen Betriebe, die zukunftsweisenden Betriebe, dann dürfen wir auch für Graz sagen, es geht weiter und wir dürfen sagen, daß auch in den schwierigen Regionen von Voitsberg und Deutschlandsberg sich allerhand getan hat. Ich habe niemanden von Deutschlandsberg abgehalten, aber alle werden in Deutschlandsberg nicht Platz haben, sicherlich aber noch einige in der nächsten Zeit.

Das ist wünschenswert. Aber wir werden die Konkurrenz der Bürgermeister, die Konkurrenz der Bundesländer nicht ausschalten, und wir werden auch die Konkurrenz der Abgeordneten nicht ausschalten, die sich genauso versuchen einzuschalten, der Regierungsmitglieder, der Gewerkschaft usw. usw. Aber Grundsatz soll sein: Alles, was uns etwas bringt, soll uns recht sein. Nur dürfen wir uns selbst nicht irgendwo im Wege stehen, daß wirklich Neues zu uns kommt.

Jetzt bin ich schon am Schlusse. Unser schönes Steirerland mit seiner auch großartigen Tradition in Eisen und Stahl unserer Hammerherren, der Vorläufer unserer großen Industrie, der heute verstaatlichten Industrie, meine Damen und Herren, der Industrie — wer Eigentümer ist, ist völlig gleichgültig. Wenn wir alle uns bemühen, der Industrie eine Entwicklung zu sichern, dann darf das und kann das niemals von Nationalratsperioden abhängen. Und das kann auch nicht nur von der politischen Farbe der Vorstandsdirektoren abhängen. Ich wüßte einen ganz großen Industriellen, der Ihrer Partei angehört. Schade, daß man ihn nicht mehr etablie-

ren kann. (Landesrat Gruber: „Herr Landeshauptmann, da gibt es eigene Parteien, die heißen nicht ÖVP und SPÖ!“)

Aber ich sage nur, diese Grundsätze, unseren Angestellten, Arbeitern, Ingenieuren, ist das völlig gleichgültig, die wollen alle, daß der Betrieb geht. Und darauf müssen wir immer wieder bedacht sein. Selbstverständlich werden wir auch Bedacht nehmen und uns einschalten, wo wir immer können, nachdrücklichst, wenn man etwa glaubt, daß die Stahlpläne nur Pläne der Bundesstraße 17 sind. Selbstverständlich nicht spektakulär. Das nützt meistens nicht, da scheucht man nur andere auf, die auch dann aktiv werden, nicht still und leise, mit aller Zähigkeit, aber ohne äußere Erscheinungen und ohne, daß auf Papier oder Blech geschrieben wird — das kommt auch vor, und das haben wir besonders in den vergangenen Monaten erlebt. Alles bereitstellen, für alles bereit sein, daß wir hier zu einer vernünftigen, richtigen Ordnung kommen.

Ich glaube an dieses Land und ich bin überzeugt, wir alle glauben an dieses Land, darüber gibt es Gott sei Dank heute keinen Streit mehr. Und wenn wir den Glauben besitzen, dann müssen wir auch das Vertrauen besitzen. Und da kann es auch gar nicht stören, wenn in Wien die Wogen hochgehen, wenn wir hier unseren Willen durchsetzen wollen — selbstverständlich bei der Haltung eines jeden, der irgendwie anders denkt als der, der gerade spricht, (Landesrat Sebastian: „Ein bisserl, ja!“), aber doch in der Einheit um die Steiermark, um die Sache der Steiermark.

Und so darf ich sagen, ich bin sehr froh, daß wir ein gutes Jahr hinter uns gebracht haben. Und ich danke auch allen. Nachdem Sie mich einstimmig gewählt haben, glaube ich, bin ich dazu auch berechtigt und bin ich dazu auch legitimiert. Ich danke allen, den Kleinen, den Mittleren und den Großen, den Rentnern genauso wie den Pensionisten, Angestellten, Arbeitern, Bauern, Wirtschaftstreibenden, Industriellen, den Freischaffenden, allen, wie sie im Lande tätig sind, unseren tüchtigen und sauberen Beamten — das können wir gar nicht genug betonen — allen danke ich. Sie haben nicht nur gearbeitet und gewirkt, sondern auch das Steuergeld zusammengetragen, um uns eine Budgetdebatte zu ermöglichen in der Erwartung, es gibt noch mehr, und es ist mehr möglich, ein Budget zu erstellen, das ein gutes Budget ist, und ich danke meinen Kollegen, und ich danke Ihnen, Herr Finanzreferent, für all Ihr Arbeiten, vor allem auch Ihr sparsames Arbeiten.

Ich danke meinen Freunden, die immer wieder auch verzichtet haben, verzichten konnten, um nicht irgendwo störend zu wirken. Wir werden das, was uns Schwierigkeiten macht, auch noch bewältigen, davon bin ich fest überzeugt, wenn wir alle den Willen haben, diesem Lande, unserer steirischen Heimat zu dienen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Groß: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 9.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie der Gruppe 9 zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum

Außerordentlichen Landesvoranschlag

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! In den Gruppen 0 bis 9 im Außerordentlichen Voranschlag sind Ausgaben von 432,840.000 Schilling vorgesehen, denen bedeckte Einnahmen von 316,500.000 Schilling entgegenstehen.

Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Voranschlages.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Außerordentlichen Landesvoranschlag zustimmen. (Geschieht.)

Er ist angenommen.

Wir kommen nun zu den.

Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1969

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl.

Es handelt sich um 21 Anträge. 18 sind gemeinsame Anträge der ÖVP und SPÖ. Einem weiteren Antrag der ÖVP hat die SPÖ und zwei Anträgen der SPÖ die ÖVP zugestimmt.

Zu der vom Abg. Scheer in seiner Rede zur Gruppe 0 aufgestellten Behauptung, daß der Resolutionsantrag zu Gruppe 8 die Ermächtigung der Landesregierung zur Ausfallhaftung für Investitionskredite von 30 Millionen Schilling den im Finanz-Ausschuß gefaßten Beschlüssen nicht entspricht, halte ich an Hand des Ausschußprotokolls fest, daß in demselben der ursprüngliche Resolutionsantrag durch Einfügung des Wortes „Betrag von insgesamt“ und durch den Nachsatz „über derartige Beschlüsse ist dem Steiermärkischen Landtag spätestens bis zum Ende des Rechnungsjahres zwecks nachträglicher Genehmigung zu berichten“ ergänzt, also in dem jetzt dem Hohen Haus zur Beschlußfassung vorgelegten Wortlaut beschlossen worden ist.

Wir können nun über alle Beschlußanträge, wie sie im mündlichen Bericht Nr. 77 enthalten sind, gemeinsam abstimmen.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über diese Beschlußanträge abzustimmen.

Abg. Brandl: Ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Scheer das Wort.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben bei der Debatte zum Aus-

druck gebracht, daß wir dem letzten Resolutionsantrag nicht unsere Zustimmung geben können. Daher bitten wir um eine entsprechend getrennte Abstimmung. Sonst müßten wir allen diesen Anträgen ablehnend gegenüberstehen.

Präsident: Wir bringen sämtliche Anträge mit Ausnahme des Antrages zur Gruppe 8 zur Abstimmung. Wer für alle anderen Anträge ist, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Sie sind einstimmig angenommen.

Ich bringe jetzt den eben erwähnten Antrag bezüglich der 30 Millionen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist ebenso angenommen.

Wir kommen nun zum

Dienstpostenplan

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag! Es liegt Ihnen ein gebundenes Werk vor über den Dienstpostenplan 1969. Ich nehme an, daß Sie mit mir übereinstimmen, wenn ich Ihnen sozusagen die Aufgliederung des Dienstpostenplanes in den Details erspare, sondern nur die Zusammenstellung zur Verlesung bringe.

11.985 1/2 Posten zu Lasten des Landes

711 1/2 Wirtschaftspläne

230 Berufsschulen

404 Dienstpostenpläne der einzelnen Gemeindeverbandsverwaltungen.

Zusammen also 13.331.

Ich darf namens des Finanz-Ausschusses um Annahme des Dienstpostenplanes 1969 ersuchen.

Präsident: Mangels Wortmeldung bitte ich die Abgeordneten um ein Händezichen, falls Sie dem Dienstpostenplan zustimmen. (Geschieht.)

Dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum

Kraftfahrzeug-Systematisierungsplan

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Brandl: Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes für das Jahr 1969 ist ebenfalls im Finanz-Ausschuß beraten und beschlossen worden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 636 und ich erteile zu dem Schlußantrag dem Herrn Hauptberichterstatter das Wort.

Abg. Brandl: Ich habe einleitend bei der Budgetdebatte die Regierungsvorlage vorgetragen,

habe sie begründet und bitte nun, dieser Regierungsvorlage die Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters gehört. Wer mit den Anträgen zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 636 einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Diese Vorlage ist daher auch angenommen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 94, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1969.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Brandl: Das Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1969 liegt Ihnen im Wortlaut vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Ich bringe den Antrag zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Dieses Gesetz ist somit angenommen.

Bevor ich zu den übrigen Punkten der Tagesordnung übergehe, weise ich, um die heute eingebrachten Anträge nach den Feiertagen einer Bearbeitung zuführen zu können, folgende Anträge in einer Nachtragszuweisung der Landesregierung zu:

den Antrag, Einl.-Zahl 653, der Abgeordneten Nigl, Jamnegg, Ritzinger und Lind, betreffend die gesetzliche Errichtung eines Landarbeitskammertages,

den Antrag, Einl.-Zahl 654, der Abgeordneten Ritzinger, Burger, Prof. Eichinger und Lackner, betreffend die Übernahme des Reststückes der Paalgrabenstraße usw.,

den Antrag, Einl.-Zahl 655, der Abgeordneten Burger, Lautner, Koiner und Ing. Koch, betreffend Sonderunterstützung für die im Bergbau Beschäftigten,

den Antrag, Einl.-Zahl 656, der Abgeordneten Ileschitz, Zagler, Schön und Genossen, betreffend Ausdehnung der Sonderunterstützung im Falle einer Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer im gesamten Bergbaubereich.

Weiters weise ich noch dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuss zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 611, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Burger, Pabst und Ritzinger, betreffend die Errichtung eines Streckreduzierwalzwerkes im Alpine-Werk Krieglach,

die Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 627 zum Antrag der Abg. Sebastian, Lendl, Schön, Ileschitz, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend Investitionen in der eisenverarbeitenden Industrie des Mürztales.

Wird gegen die Nachtragszuweisungen ein Einwand erhoben. Das ist nicht der Fall.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 458, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Nigl und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Rationalisierung der Reinigungsarbeiten in Landesanstalten

und sonstigen in der Verwendung des Landes stehenden Gebäuden.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Egger: Aus der Regierungsvorlage zu diesem Antrag geht hervor, daß dieser Antrag der Anlaß war, einmal die Situation auf diesem Gebiet durch jene Abteilungen zu klären, die für Gebäude verantwortlich sind. Die Antworten zeigen, daß noch fast überall in der hergebrachten Weise gearbeitet wird und moderne Methoden fast unbekannt sind. Deshalb werden größere Arbeiten sogar zum Teil an Reinigungsfirmen vergeben. Die für die Reinigung zuständige Abteilung ließ von einer zuständigen Firma Großgeräte vorführen, von welchen nun eine Garnitur angekauft werden soll, so daß die Beschäftigung der Reinigungsfirmen verringert werden kann. Die zuständigen Stellen haben sich also diesen Problemen zugewendet und einen kleinen Anfang der Verbesserung gemacht, die dem Personal manche schwere körperliche Arbeiten erleichtern kann.

Ich ersuche daher den Hohen Landtag, diese Vorlage der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 628, betreffend die Objektseinslösung Altenmarkt Nr. 21 „Wohnhausablöse“ der Landesstraße Nr. 277, Buchauerstraße.

Berichterstatter ist Herr Abg. Siegmund Burger. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Burger: Hoher Landtag! Die Vorlage behandelt eine Wohnhausablöse in Altenmarkt Nr. 21 zur Beseitigung einer Verkehrsenge im Gesamtbetrag von 182.500 Schilling. Die Bedeckung ist im Landesvoranschlag, Post 661 gegeben.

Der Finanz-Ausschuss hat die Vorlage behandelt und die Zustimmung gegeben und ich ersuche den Hohen Landtag, ebenfalls dieser Vorlage seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 629, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Langreiter Emil, Döllach 32, für den Ausbau der Landesstraße Nr. 276, Lassingerstraße.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Lackner. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Karl Lackner: Die Regierungsvorlage 629 beinhaltet die Flächeninanspruchnahme sowie

die Objektseinlösung von Emil Langreiter in Döllach.

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Ortsverhandlung für die vorzeitige Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung der Liegenschaft Lassing-Sonnseite, Wohnhaus, Holzlage und Kohlenbunker von Emil Langreiter in Döllach im Enteignungswege gegen eine Gesamtentschädigung von 316.000 Schilling durchgeführt. Auf Grund der Feststellung des Sachverständigen ist der Betrag von 316.000 Schilling angemessen und vertretbar.

Der Finanz-Ausschuß hat diese Vorlage behandelt und ich ersuche das Hohe Haus, dieser Vorlage die Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 631, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung für den künftigen Ausbau der Landesstraße Nr. 50, Söchauerstraße.

Berichterstatter ist Herr Abg. Josef Schrammel. Ich bitte um Ihren Bericht.

Abg. Schrammel: Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Die Vorlage betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung für den künftigen Ausbau der Landesstraße, Söchauerstraße, hat im zuständigen Ausschuß die Zustimmung gefunden und ich darf namens dieses Ausschusses hier im Hohen Hause auch um Zustimmung ersuchen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 632, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung für das Bauvorhaben Nr. 22/68 „Seiersberg—Zwaring“ der Landesstraße Nr. 160.

Berichterstatter ist Frau Abg. Johanna Jamnegg. Ich bitte um Ihren Bericht.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag! Die Vorlage liegt bei allen Abgeordneten auf. Ich darf namens des Finanz-Ausschusses den Antrag um Annahme stellen.

Präsident: Bitte mehr Ruhe! Sie haben den Antrag vielleicht gehört. Er liegt Ihnen ohnedies vor. Wer für den Antrag ist, möge ein Händedezeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 639, über die Zuerkennung von Hilfflosenzulagen an Bezieher von außerordentlichen Versorgungsgenüssen.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hoher Landtag! Die Vorlage 639 behandelt die Zuerkennung von Hilfflosenzulagen an Bezieher von außerordentlichen Versorgungsgenüssen. Die Vorlage liegt Ihnen allen auf und ich darf Sie bitten, namens des Finanzausschusses dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 640, betreffend den Verkauf eines landeseigenen Grundstückes in Gössendorf bei Graz an Johann und Sophie Seidler in Birkhof 20, St. Stefan ob Stainz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Zinkanell. Ich bitte um Ihren Bericht.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Die Vorlage liegt Ihnen auf. Ich stelle den Antrag, den in der Vorlage enthaltenen Antrag anzunehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 96, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 15. März 1954, LGBl. Nr. 20, über die Bildung eines Fonds für gewerbliche Darlehen, in der Fassung der Gesetze vom 8. März 1958, LGBl. Nr. 41, vom 21. November 1961, LGBl. Nr. 17/1962, und vom 6. Juli 1965, LGBl. Nr. 130, neuerlich abgeändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ing. Koch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Koch: Die gegenständliche Vorlage beinhaltet die 4. Novellierung des Fondsgesetzes für gewerbliche Darlehen. Zu diesem Fonds leistet die Kammer der gewerblichen Wirtschaft mindestens 40 Prozent bis zur Besserung ihrer finanziellen Lage zum jeweils bereitgestellten Betrag des Landes. Der Darlehensbetrag wird von 50.000 Schilling auf 100.000 Schilling erhöht, wobei der Zinssatz nicht höher als 5 Prozent ist und die Laufzeit höchstens 10 Jahre beträgt.

Dieses für die gewerbliche Wirtschaft so wichtige Gesetz über die Darlehenserrhöhung wurde im Finanzausschuß eingehend beraten. Namens des Ausschusses empfehle ich dem Steiermärkischen Landtag, diesem Gesetz die Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648, betreffend

Übernahme einer Ausfallbürgschaft des Landes Steiermark für einen von den „Juniorwerken“ Köflach bei der Sparkasse Voitsberg-Köflach aufzunehmenden Kredit von 3,5 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Hleschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hleschitz: Die Vorlage liegt den Abgeordneten des Hohen Hauses vor. Sie wurde im Finanz-Ausschuß behandelt. Ich beantrage namens des Ausschusses die Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Kontroll- und des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 523, über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1963.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Im Rechnungsjahr 1963 wurde der Überschuß von 19,619.672,94 Schilling der Betriebsmittelrücklage zugeführt. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Kontroll- und des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 524, über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1964.

Berichterstatter ist ebenfalls Herr Abg. Brandl.

Abg. Brandl: Im Jahr 1964 wurde der Überschuß von 10,024.451,30 Schilling der Betriebsmittelrücklage zugeführt. Ich bitte um Annahme des Rechnungsabschlusses.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Kontroll- und des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 525, über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1965.

Ich erteile Herrn Abg. Hans Brandl das Wort für seinen Bericht.

Abg. Brandl: Im Rechnungsjahr 1965 wurde ein Überschuß von 19,228.139,55 Schilling der Betriebsmittelrücklage zugeführt. Ich bitte, den Rechnungsabschluß für das Land Steiermark für das Verwaltungsjahr 1965 zu genehmigen und den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungüberprüfung der Jahre 1963, 1964 und 1965, die hiezu abgegebene Äußerung

der Landesregierung und die Gegenäußerung des Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen.

Ich unterbreche jetzt kurz die Sitzung. Ich bitte, die Herren, die draußen sind, hereinzuholen. Wir kommen zum Schluß und wir kommen zur Abstimmung. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum letzten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Mitglieder in das Kuratorium des Vorsorgefonds.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Landtag mittels Stimmzettel durchzuführen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, diese Wahl durch Erheben mit der Hand durchzuführen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß der Antrag auf Durchführung der Wahl durch Erheben mit der Hand einstimmig angenommen ist.

Vom Klub der Österreichischen Volkspartei wurden vorgeschlagen die Abgeordneten Prof. Dr. Eduard Moser, Simon Koiner, Heribert Pözl, Johanna Jamnegg.

Vom Klub der Sozialistischen Partei Österreichs wurden vorgeschlagen die Abgeordneten Dr. Christoph Klausner, Gerhard Heidinger, Josef Zinkanell.

Wer mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die Wahl ist erfolgt.

Die Vorschläge sind somit angenommen.

Meine Damen und Herren! Ein reiches Arbeitsjahr liegt hinter uns. In den Anfangs- und Schlußsitzungen jeder Session wurde von der Fragestunde mit 80 Anfragen reichlich Gebrauch gemacht. In insgesamt 10 Arbeitssitzungen hat das Hohe Haus 202 Beschlüsse gefaßt, die alle in zahlreichen Sitzungen der Ausschüsse vorberaten und vorbereitet worden waren. Unter diesen Beschlüssen befinden sich 24 Landesgesetze, aus denen ich besonders hervorhebe:

die beiden Gesetze, durch welche die Rahmen für die Fremdenverkehrskredite und die gewerblichen Darlehen erweitert wurden,

das Gesetz zur Sicherung und Förderung des Hybridmaisbaues,

das Veranstaltungsgesetz,

das Landwirtschaftl. Schulgesetz,

das Krankenanstaltengesetz,

das Jugendschutzgesetz und

schließlich als Krönung der gesetzgeberischen Arbeit des Landtages die Steiermärkische Bauordnung 1968, womit bekanntlich nach etwa 50-jähriger Bearbeitungs- und Beratungszeit ein einheitliches Gesetzeswerk für Land und Stadt in Steiermark geschaffen wurde und womit das Hohe Haus auch auf diesem Gebiet Schrittmacher für die Gesetzgebung anderer Bundesländer geworden ist.

Von fast ebenso großer und weittragender Bedeutung sind schließlich die Gesetze über die Gebietsänderungen der steirischen Gemeinden.

In innigem Zusammenhang mit dem Gemeindefachrecht steht auch die Anpassung der Landesgesetze an die sogenannte Gemeindeverfassungsnovelle des Jahres 1962. Der Auftrag des Verfassungsgesetzgebers, diese Anpassung bis Ende des Jahres 1968 vorzunehmen, wurde bekanntlich mit Verfassungsgesetz vom 28. Juni 1968 abgeändert, so daß den Landtagen nun bis Ende des Jahres 1969 hiefür Zeit gelassen ist. Bisher ist der Landtag diesem Auftrag erst in einigen obangeführten Gesetzen, nämlich dem Veranstaltungsgesetz, dem Krankenanstaltengesetz und der Bauordnung nachgekommen. Weitere, etwa 50 Landesgesetze, werden noch der Anpassung zu unterziehen sein.

Ich führe als einige Beispiele an: das Theatergesetz und die Feuerlöschordnung, deren Rechtsgrundlagen aus dem vorigen Jahrhundert stammen, also ebenso einer gesamten Neufassung zu unterziehen sein werden, wie etwa das Tierzuchtgesetz, die Garagenordnung, das Gesetz über die Müllabfuhr, die Bergführerordnung, das Schilehrer- und Schischulgesetz, das Aufzugsgesetz und andere mehr, die eben auch an das genannte Verfassungsgesetz angepaßt werden müssen.

Damit eröffnet sich, abgesehen von anderen gewiß nicht minderdringlichen Aufgaben des steirischen Gesetzgebers, für das Jahr 1969 ein besonders reiches Arbeitsjahr. Wegen des großen Umfangs und der tiefen Bedeutung dieser Anpassungsarbeit seien hiezu noch einige Worte gesagt:

Nach der wie ich glaube einhelligen Auffassung aller Verwaltungs- und Verfassungsjuristen haben die Anpassungsbestimmungen der besagten Gemeindeverfassungsnovelle 1962 keine sehr glückliche Fassung und stellen die Gesetzgebung wie die Vollziehung der Bundesländer vor Aufgaben, die kaum oder doch nur sehr schwer zu bewältigen sind. Es bemühen sich schon seit vielen Monaten Expertenkonferenzen von Beamten aller Bundesländer, in einer Aufteilung der Materie zu einer möglichst einheitlichen Regelung des sogenannten „eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde“ auf den einzelnen Verwaltungsgebieten zu gelangen.

Ich zweifle nicht, daß diese noch im Gang befindlichen Beratungen zu irgendwelchen Ergebnissen führen werden, die aber immer nur Ratschläge an die einzelnen Landesgesetzgeber beinhalten werden können. Diesem kann weder die Entscheidung weg- noch die Verantwortung abgenommen werden, will man das föderalistische Prinzip unseres Bundesstaates nicht noch weiter aushöhlen. Es handelt sich nämlich nicht bloß darum, daß in formeller Erledigung des Gesetzesbefehles in jedem der etwa 50 Landesgesetze irgendein neuer Paragraph aufgenommen wird, der irgendeinen Teil der betreffenden Vollzugsverhandlungen als „eigener Wirkungsbereich“ bezeichnet, sondern es geht vielmehr bei den meisten der Landesgesetzgebung unterwor-

fenen Angelegenheiten auch um die tief in die Materie eingreifende Entscheidung, ob nach den länderweise gewiß oft verschiedenen Gegebenheiten die betreffende Angelegenheit im Interesse der Gemeinde durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt werden kann oder ob sie doch überörtliche Auswirkungen hat, also diese gesetzliche Grenze überschreitet. Hievon hängt ja bekanntlich nicht nur die Regelung der Zuständigkeiten, sondern auch der Instanzenzug ab. Es wird sich also in vielen Einzelregelungen um sehr schwerwiegende Entscheidungen des Landesgesetzgebers handeln. Dazu kommt noch, daß es bei zahlreichen Gesetzesmaterien nicht angehen wird, sich ausschließlich mit dieser Bestimmung des „eigenen Wirkungsbereiches“ zu begnügen, da eben nicht bloß aus diesem Anlaß, sondern auch aus Gründen der Veralterung eine Gesamtüberprüfung und allfällige Novellierung der betreffenden Gesetzesmaterien überhaupt sich als notwendig erweisen wird. Hiebei gehe ich von dem Gesichtspunkte aus, daß der Bevölkerung nicht zuzumuten sei, kurz aufeinanderfolgende Novellierungen eben desselben Gesetzes hinzunehmen.

Als eines der Beispiele sei hiefür die Naturschutzgesetzgebung angeführt, die derzeit noch auf NS-Vorschriften beruht. Hier wird gewiß auch eine Aufteilung der Aufgabengebiete in örtliche und überörtliche zu erfolgen haben. Darüber hinaus wird aber noch weit dringlicher ein neuer Leitgedanke dem Gesetze zugrunde zu legen sein. Die ungeheure Ausweitung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und die fast noch rapidere technische und wirtschaftliche Auswertung dieser Erkenntnisse machen es notwendig, auch die Einstellung des Menschen zur Natur oder richtiger zu den Grundlagen seines Lebens, die eben nur die Natur gibt, auf den richtigen Boden zu stellen und das volle Gewicht des Gesetzgeberwillens auf die Erhaltung dieser Lebensgrundlagen zu legen. Wenn es dem forschenden Geist des Menschen gelingt, immer wieder mehr, immer wieder neue Kräfte der Natur sich zu einem längeren und bequemeren Leben dienlich zu machen, so stellt dieser Erfolg den Menschen nicht über die Gesetze der Natur, denen er weiterhin unterworfen bleibt.

Auch hier gilt, daß nichts umsonst gegeben wird und daß kein Gleichgewicht auf die Dauer ungestraft gestört werden kann. Gerade in der diesjährigen Steirischen Akademie haben namhafte Wissenschaftler ein wahrhaft apokalyptisches Bild von den Bedrohungen unseres Daseins im technischen Zeitalter gezeigt. Wenn wir versäumen, dem dormaligen, oft sehr schwer erkennbaren Raubbau rechtzeitig Einhalt zu tun und uns damit begnügen, weiterhin nur das äußere Bild der Natur zu schützen, so werden über kurz oder lang wir uns selbst oder unsere Nachkommen uns mit Recht folgenschwere Säumnisse vorzuwerfen haben. Dieser Hinweis soll zeigen, daß es vielleicht wichtiger sein wird, ein Gesetz den bedrohten Lebensnotwendigkeiten als bloß den Formvorschriften der Verfassung anzupassen.

Wenn ich vorhin etwas kritische Bemerkungen zu der Gemeindeverfassungs-Novelle 1962 gemacht habe, so sei hier doch auch als positive Auswirkung dieses Verfassungsgesetzes die Tatsache vermerkt, daß es alle Bundesländer zu einer umfassenden Überprüfung und Entrümpelung ihrer gesamten Landesgesetze zwingt. Die gesetzte Frist Ende 1969 läßt diese gewiß nicht leichte Verpflichtung dem Steiermärkischen Landtag noch in dieser Gesetzgebungsperiode auf.

Mit diesen grundsätzlichen Gedanken habe ich nach einem erfolgreichen Arbeitsjahr dem Hohen Haus einen kurzen Ausblick für ein wahrscheinlich noch intensiveres kommendes Arbeitsjahr gegeben.

Wir sind damit, Hohes Haus, am Ende dieser Sitzung angelangt, die nach einer 36stündigen Dauer noch einmal alle Mitglieder des Hohen Hauses in 137 Reden anläßlich der Beratung des Landesvoranschlages 1969 zu einer umfassenden Betrachtung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens unseres Landes zusammengeführt hat.

Im Laufe dieser langen Wechselrede wurde viel Dank ausgesprochen, sei es von den einzelnen Abgeordneten im eigenen Namen oder für ihre Fraktion, sei es von den Referenten an die Beamten ihrer Ressorts. So habe ich als Sprecher des Hohen Hauses nun nur noch namens des gesamten Landtages, der Landesregierung, der Beamtschaft und allen Stellen, die es durch ihre Vorarbeiten dem Steiermärkischen Landtag er-

möglicht haben, seiner gesetzgeberischen Aufgabe nachzukommen, den herzlichen Dank auszusprechen. Namens des Präsidiums will ich aber auch allen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten dafür danken, daß diese vielstündige Wechselrede über den Landesvoranschlag 1969 eingehend und doch zügig abgeführt werden konnte, daß bei aller Redefreiheit Selbstzucht geübt wurde und schließlich auch noch manchmal für auflockernde Heiterkeit Raum blieb.

An dieser Stelle sei auch der Presse und dem Rundfunk dafür gedankt, daß sie dem Erfordernis der Öffentlichkeit den Beratungen des Hohen Hauses durch ihre Berichte gedient haben.

Schließlich will ich auch unseren Landtagsstenographen für ihre besondere Mühe und Ausdauer meinen herzlichen Dank aussprechen. Ohne ihre Arbeiten könnten die in diesen langen Sitzungen gehaltenen Reden der Nachwelt nicht erhalten bleiben. (Beifall.)

Da es sich aller Voraussicht nach um die letzte Sitzung in diesem Kalenderjahr handelt, wünsche ich allen Regierungsmitgliedern, Abgeordneten sowie allen Bediensteten des Landes Steiermark und der ganzen steirischen Bevölkerung ein gesegnetes und zufriedenes Weihnachtsfest sowie Frieden, Wohlergehen und Erfolg im kommenden Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende 23.45 Uhr.